53. Sitzung

am Dienstag, dem 12. Dezember 2000, 14.30 Uhr,
in München

Geschäftliches	3676	Strasser (SPD)	3686
Geburtstagswünsche für die Abg. Rudolf Peterke , Frau Renate Schmidt und Max Strehle	3676	Staatsminister Prof. Dr. Faltlhauser	3686
Glückwünsche für die Abg. Frau Christine Stahl und Dr. Josef Dürr zu deren Wahl zu Vorsitzen- den der Landtagsfraktion des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN		Freiherr von Rotenhan (CSU)	3688
Dank an Abg. Frau Ruth Paulig für deren zweijäh- rige Tätigkeit als Fraktionsvorsitzende des BÜND- NISSES 90/DIE GRÜNEN in Bayern		Namentliche Abstimmung zum Dringlichkeitsan- trag 14/5316 (s. a. Anlage 1)	3689, 3709, 3711
Aktuelle Stunde gemäß § 75 GeschO auf Antrag der SPD-Fraktion		Haushaltsplan 2001/2002;	
„ Bayerns Zustimmung zur Entfernungspau- schale und zur Verbilligung des Agrar-Diesels “		Einzelplan 15 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wissen- schaft, Forschung und Kunst	
hierzu		Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs.14/5003)	
Dringlichkeitsantrag der Abg. Maget, Strasser, Dr. Kaiser u. Frakt. (SPD)		Staatsminister Zehetmair	3689, 3708
Höhere Entfernungspauschale (Drs. 14/5316)		Frau Dr. Baumann (SPD)	3695
Maget (SPD)	3676	Kupka (CSU)	3699
Grabner (CSU)	3678	Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3700
Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3680	Dr. Spaenle (CSU)	3704
Schläger (SPD)	3681	Hufe (SPD)	3707
Dinglreiter (CSU)	3681	Abstimmung	3709
Gartzke (SPD)	3682	Schlussabstimmung	3709
Kobler (CSU)	3683	Mitteilung betr. Ablehnung von Änderungsanträ- gen zum Einzelplan 15 gemäß § 132 Abs. 5 GeschO (s. a. Anlage 2)	3709, 3713
Frau Lück (SPD)	3684	Mitteilung betr. Erledigung der Änderungsanträge 14/4769 bis 14/4773 unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung 14/5003 des Haushaltsaus- schusses	3709
Kiesel (CSU)	3685	Schluss der Sitzung	3710

(Beginn: 14.32 Uhr)

Präsident Böhm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 53. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde, Ihre Zustimmung vorausgesetzt, erteilt.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich noch einige Glückwünsche aussprechen. Am 7. Dezember konnte Herr Kollege Rudolf Peterke einen halbrunden Geburtstag feiern,

(Allgemeiner Beifall)

und heute feiern Frau Kollegin Renate Schmidt und Herr Kollege Max Strehle Geburtstag.

(Allgemeiner Beifall)

Im Namen des Hohen Hauses und persönlich gratuliere ich der Kollegin und den Kollegen sehr herzlich und wünsche ihnen alles Gute, Gottes Segen sowie Kraft und Erfolg bei der Erfüllung ihrer parlamentarischen Aufgaben.

Einen weiteren Glückwunsch spreche ich Frau Kollegin Christine Stahl und Herrn Kollegen Dr. Josef Dürr aus, die vor wenigen Tagen zu Vorsitzenden der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN gewählt wurden. Ich darf der Kollegin und dem Kollegen zu ihrer Wahl im Namen des Hohen Hauses gratulieren und ihnen bei der Erfüllung ihrer neuen Aufgaben viel Erfolg wünschen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich verbinde damit meinen Dank an Frau Kollegin Ruth Paulig. Sie hat das Amt der Fraktionsvorsitzenden zwei Jahre lang mit Engagement ausgeübt und sich einer gebotenen Zusammenarbeit nie verschlossen. Ich wünsche ihr für ihre weitere parlamentarische Tätigkeit viel Erfolg und persönlich alles Gute.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 1

Aktuelle Stunde

Für die heutige Sitzung war die Fraktion der SPD vorschlagsberechtigt. Sie hat eine Aktuelle Stunde beantragt zum Thema „**Bayerns Zustimmung zur Entfernungspauschale und zur Verbilligung des Agrar-Diesels.**“

In die Beratung beziehe ich ein den zum Plenum eingereichten

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Maget, Strasser, Dr. Kaiser und Fraktion (SPD)

Höhere Entfernungspauschale (Drucksache 14/5316)

Wie Sie wissen, dürfen in der Aktuellen Stunde die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als 5 Minuten sprechen. Auf Wunsch einer Fraktion kann einer ihrer Redner 10 Minuten reden. Dies wird auf die Gesamtredezeit der jeweiligen Fraktion angerechnet.

Wenn ein Mitglied der Staatsregierung kraft seines Amtes das Wort nimmt, wird die Zeit seiner Rede nicht mitgerechnet. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung das Wort für mehr als 10 Minuten, erhält auf Antrag einer Fraktion eines ihrer Mitglieder Gelegenheit, 5 Minuten ohne Anrechnung auf die Zeit der Dauer der Aussprache zu sprechen. Ich bitte Sie, jeweils auf mein Signal zu achten.

Erster Redner ist Herr Kollege Maget. Er wird einen 10-Minuten-Beitrag bringen.

Maget (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn es gelänge, in den nächsten Tagen und Wochen eine Erhöhung der Kilometerpauschale und ihre Umwandlung in eine Entfernungspauschale durchzusetzen, wäre dies ein Segen für die Menschen im Freistaat Bayern.

(Beifall bei der SPD – Willi Müller (CSU): Besser wäre es, die Öko-Steuer abzuschaffen!)

Deswegen ist die Zustimmung Bayerns im Bundesrat zu dieser Entfernungspauschale notwendig und unverzichtbar. Gerade wir in einem Flächenstaat sollten größtes Interesse daran haben, die Pendler für die Fahrt zum Arbeitsplatz zu entlasten, und zwar unabhängig davon, ob sie den Pkw oder den öffentlichen Nahverkehr benutzen.

Deswegen hat die Bundesregierung zu Recht beschlossen, eine Entfernungspauschale in Höhe von 80 Pfennig pro Entfernungskilometer einzuführen und diese unabhängig von der Wahl des Verkehrsmittels zu gewähren bis zu einem Höchstbetrag von 10 000 DM.

Die Vorteile einer solchen Regelung liegen auf der Hand. Wer zum Beispiel 50 Kilometer zum Arbeitsplatz fahren muss, kann künftig 8580 DM steuerlich geltend machen. Das macht bei einem verheirateten Arbeitnehmer mit 6000 DM Bruttoeinkommen monatlich 188 DM Entlastung aus. Das ist eine gute Sache für die Pendler in Bayern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Auch bei geringeren Entfernungen ergeben sich deutliche Vorteile. Wenn derselbe Arbeitnehmer 20 Kilometer vom Arbeitsplatz entfernt wohnt, sind es immer noch 3300 DM, die er geltend machen kann, immerhin eine monatliche Steuerersparnis in Höhe von 50 DM.

Außerdem – und das ist für Bayern besonders vorteilhaft – wird die Bildung von Fahrgemeinschaften erleichtert und gefördert. Sie kennen die Möglichkeit, dass man sich an der Autobahnauffahrt trifft und miteinander den Weg zum Arbeitsplatz nimmt. Künftig werden alle, auch die, die nur mitfahren, die Entfernungspauschale in Anspruch nehmen können. Auch das ist eine echte Verbesserung für Bayern – und im Übrigen auch ein Beitrag zur Steuerehrlichkeit, das will ich bei der Gelegenheit sagen.

(Beifall bei der SPD)

Ein dritter Punkt kommt hinzu: Das Umsteigen auf den öffentlichen Personennahverkehr, wo immer es möglich ist, wird erleichtert und gefördert. Auch das ist in unserem Interesse.

Insgesamt soll die Entlastung für die Bürgerinnen und Bürger über 1 Milliarde DM betragen. Darüber kann man sich doch eigentlich nur freuen und muss dem im Bundesrat zustimmen.

Dass die CSU erneut eine vernünftige Regelung, die den Menschen hilft, aus parteipolitischen Kalkül, wie ich meine, im Bundesrat blockieren will, ist ein grober Verrat an den Interessen der Menschen in Bayern und an ihrer wirtschaftlichen Situation.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Widerspruch des Abgeordneten Herrmann (CSU))

Im Übrigen ist es auch ein Verrat an der Landwirtschaft. Denn in diesem Zusammenhang soll das Angebot gemacht werden, den Preis für Agrar-Diesel von jetzt 57 Pfennig auf 50 Pfennig abzusenken.

(Zuruf von der CSU: Das ist zu wenig!)

– Das kann immer zu wenig sein, aber es ist besser, als auch das abzulehnen, wie Sie es tun.

(Willi Müller (CSU): In Frankreich sind es 11 Pfennig!)

Lieber gebe ich der Landwirtschaft doch etwas als überhaupt nichts, wie Sie es vorhaben.

Ein sachlicher Grund für die Ablehnung dieses Pakets ist nicht gegeben. Deshalb wird zum Beispiel auch das Land Baden-Württemberg offenkundig für dieses Vorhaben stimmen.

Übrig bleiben einzig und allein sachfremde Erwägungen, die ich auch kurz benennen will. Erstens: Wie bei der Steuerreform, wollen Sie der Regierung Schröder auch hier keinen Erfolg gönnen. Damit sind Sie aber auch schon bei der Steuerreform auf die Nase gefallen und jetzt wird es Ihnen wieder genauso gehen.

(Unruhe bei der CSU)

Statt die Menschen zu entlasten, wollen Sie die Pendler immer nur stärker belasten.

(Ach (CSU): Öko-Steuer abschaffen!)

Sie haben nämlich vorgeschlagen – das muss man in dem Zusammenhang in Erinnerung rufen –, die Entfernungspauschale nicht zu erhöhen, wie wir es jetzt tun, sondern auf 50 Pfennige zu senken. Das war Ihr Vorschlag. Ich finde es ungeheuerlich, dass man einen solchen Vorschlag in der Situation überhaupt bringt.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei einer Entfernung von weniger als 15 Kilometern zum Arbeitsplatz wollten Sie die Entfernungspauschale sogar ganz abschaffen. Das finde ich unglaublich. Das müssen wir den Menschen in Bayern viel lauter sagen. Immer wieder werden wir das verbreiten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Was Sie drittens wollen, ist: Nutzen ziehen für Ihre unsägliche Ökosteuer-Kampagne, die an Volksverdummung ja schon ihresgleichen sucht.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie verschweigen nämlich erstens die wahren Ursachen für die Verteuerung der Energiepreise. Sie verschweigen, dass die Preissteigerungen in ganz Europa und in Amerika und auf der ganzen Welt stattfinden, und zwar auch dort, wo Ökosteuer ein Fremdwort ist, sehr geehrter Herr Kollege Ach, dass es also diesen Zusammenhang gar nicht gibt. Sie verschweigen auch, dass das Konzept der Ökosteuer teilweise Ihr eigenes gewesen ist, damals, als Sie noch regiert haben. Und Sie verschweigen vor allem – und das ist das Schlimmste –, dass es einen inneren Zusammenhang zwischen Ökosteuer und Stabilisierung, ja Senkung der Beiträge zur Sozialversicherung gibt. Sie sagen, von schlichtem Gemüt: Dann schaffen wir die Ökosteuer einfach wieder ab. Aber den zweiten Satz, dass wir dann die Beiträge zur Sozialversicherung um mindestens 2% erhöhen müssten, verschweigen Sie. Das gehört aber zusammen.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So einfach kann man das nicht machen. Weil Sie das so primitiv anlegen, ist Ihre Ökosteuer-Kampagne gescheitert. Schade, dass der Herr Goppel -- Doch, da sitzt der Herr Goppel. Ich warte auf die Unterschriften, die Sie zur Ökosteuer-Kampagne angekündigt haben. Wo sind sie denn?

(Beifall bei der SPD)

Wann werden die denn endlich der staunenden Bevölkerung präsentiert? Ich fürchte, es werden nicht so viele sein, wie Sie erwartet haben. Das beruhigt mich. Denn es zeigt, dass die Menschen doch noch Wahrheit von Trug unterscheiden können.

Wir wollen, dass den Menschen geholfen wird, gerade angesichts steigender Energiepreise. Deshalb muss Bayern im Bundesrat der Entfernungspauschale zustimmen.

Sie, meine Damen und Herren in der Staatsregierung, sind gewählt, damit Sie die Interessen Bayerns vertreten und nicht die Interessen Ihrer Partei.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sind gewählt, um die Interessen der Pendler und der Bürgerinnen und Bürger zu vertreten und nicht die eines Mächtigen- und Trautrich-Kanzlerkandidaten Stoiber. Dafür sitzen Sie nicht im Bundesrat.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie die Entfernungspauschale ablehnen, verstoßen Sie gegen die Interessen der Menschen in Bayern, und Sie verstoßen auch gegen Ihre verfassungsmäßige Pflicht, den Wohlstand der Menschen in unserem Land zu mehren. Das sollten Sie nicht tun.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Böhm: Als Nächster hat Herr Kollege Grabner das Wort, ebenfalls mit einem 10-Minuten-Beitrag.

Grabner (CSU): Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Maget, wenn Sie sagen, die Umsetzung der Entfernungspauschale so, wie sie von der Bundesregierung vorgeschlagen und vom Bundestag beschlossen wurde, sei ein Segen für die Menschen in Deutschland und in Bayern, dann muss ich sagen: Irrtum. Es wäre ein Segen, wenn Sie die Ökosteuer abschaffen würden.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Dann würden Sie nämlich das Übel bei der Wurzel packen und nicht an Symptomen herumdoktern.

(Zurufe von Abgeordneten der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Ich komme schon noch dazu. Keine Sorge. Keine Panik.

Die rot-grüne Bundesregierung hat die Ökosteuer eingeführt, die diesen Namen nicht verdient,

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

weil sie keine Lenkungsfunktion hat und weil sie nicht gerecht ist. Sie ist in sich nicht schlüssig, und sie ist auch nicht konsequent. Das sagen sogar Ökoinstitute heute. Vielleicht erinnern Sie sich an eine Anhörung vor nicht allzu langer Zeit. Sie führt zu Wettbewerbsverzerrungen,

benachteiligt Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen in Deutschland gegenüber den Nachbarn in den europäischen Ländern. Sie haben diese Ökosteuer auch nicht mit den europäischen Nachbarländern abgestimmt.

Meine Damen und Herren, mit der nächsten Stufe der Ökosteuer zum 1. Januar 2001 haben wir insgesamt drei Stufen mit jeweils 6 Pfennig plus Mehrwertsteuer – macht insgesamt 21 Pfennig –. Zum 1. Januar 2002 und zum 1. Januar 2003 kommen noch einmal jeweils 7 Pfennig hinzu, sodass es 35 Pfennig sind.

(Zuruf von der SPD)

Sie verschweigen auch, dass Deutschland heute bereits zu den Ländern mit dem höchsten Steueranteil bei den Treibstoffpreisen gehört.

(Maget (SPD): 50 Pfennige!)

– Natürlich musste das Argument --

(Weitere Zurufe von der SPD)

– Wissen Sie, Ihre Argumente werden nicht besser, wenn Sie lauter schreien. – Natürlich weiß ich, dass das Argument jetzt kommen wird. Nur, Sie dürfen auch nicht vergessen: Jede Fahnenstange hat ein Ende. Irgendwann ist Schluss. Man kann nicht ständig eins draufsetzen, so wie Sie glauben.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Natürlich. Sie können nicht beliebig an der Steuerschraube drehen. Jetzt ist etwas passiert, das Ihre Steuerschraube nicht mehr so ungeniert und ungehindert nach oben drehen lässt, nämlich: Die Förderpolitik und die Preispolitik der OPEC-Staaten und die Euroschwäche sind hinzugekommen zu der – ja, ich sage es einmal – Preistreiberei, die Sie zusätzlich mit der Ökosteuer getrieben haben.

Ich bin nicht so blind, dass ich sage, es sei nur die Ökosteuer gewesen. Alle drei Faktoren sind für die enormen Preiserhöhungen bei Treibstoff und Heizöl verantwortlich gewesen. Aber Sie haben sich durch die Ökosteuer maßgeblich an der Preistreiberei beteiligt.

Statt die Ökosteuer auszusetzen oder abzuschaffen, beginnen Sie wieder mit Flickschusterei. Es ist nicht die bessere Einsicht, die Sie jetzt plötzlich dazu getrieben hat, einige Korrekturen anzubringen, sondern es ist der massive Protest der Bevölkerung, meine sehr verehrten Damen und Herren. Denn wenn Sie jetzt Heizkostenzuschuss zahlen, wenn Sie die Entfernungspauschale einführen und etwas nach oben verändern, und wenn Sie beim Agrardiesel eine Rückvergütung gewähren wollen, dann ist es, wenn man dem nicht zustimmt, kein Verrat an der Landwirtschaft. Wissen Sie, was Sie machen? Sie langen zuerst den Bauern in die Taschen, Sie kassieren bei der Ökosteuer ab, und danach geben Sie einen Teil zurück.

(Beifall bei der CSU)

Diese Verknüpfung ist ein ganz durchsichtiger Versuch, sich Stimmen wieder zu erkaufen. Sie erpressen damit wieder Länder und wollen sie an den Pranger stellen: Wenn ihr nicht mitmacht, dann seid ihr gegen die Bauern und, wie der Herr Maget gerade gesagt hat – gegen die Arbeitnehmer.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Meine Damen und Herren, wissen Sie: Man kann aus ökologischen Gründen sehr wohl für eine Entfernungspauschale sein. Nur, die Verknüpfung mit der Ökosteuer ist unzulässig, wenn Sie sagen, wir kompensieren auf diesem Weg einen Teil.

Diese Entfernungspauschale für Berufspendler ist ein weiteres negatives Beispiel der Regierungspolitik. Sie doktern an Symptomen herum und haben nicht den Mut und nicht die Kraft, Ursachen zu beseitigen und das Übel bei der Wurzel zu packen.

Wie in vielen Fällen ziehen Sie zuerst den Bürgerinnen und Bürgern das Geld aus der Tasche, um sich anschließend für vermeintlich soziale Wohltaten oder besondere Arbeitnehmerfreundlichkeit feiern zu lassen. Meine Damen und Herren von der Opposition, wir werden Ihnen diesen Taschenspielertrick nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt sollen, unabhängig vom Verkehrsmittel und von der Entfernung, für die ersten 10 Kilometer der Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte 70 Pfennig als Werbungskosten anerkannt werden, insofern ändert sich bei den Pkw-Benutzern nichts. Ab dem elften Kilometer sollen bei einer Obergrenze von 10000 DM oder einem Nachweis 80 Pfennig anerkannt werden. Herr Maget, Sie haben in Ihrem Beitrag so getan, als gäbe es bei den Werbungskosten bisher keine Berücksichtigung – natürlich gab und gibt es diese für die Pkw-Benutzer. Man darf sich aber nicht täuschen: Die Erhöhung von 70 auf 80 Pfennig ab dem elften Kilometer ist kein bares Geld, das der Steuerzahler in der Tasche hat. Nein, damit werden die Werbungskosten erhöht und das zu versteuernde Einkommen vermindert. Der Entlastungseffekt ist umso geringer, je niedriger die Steuerlast des Einzelnen ist. Das heißt, Sie kassieren bei der Ökosteuer bei allen gleich ab, geben aber denjenigen, die wenig Steuer zahlen – etwa Familien und Geringverdiener – am wenigsten oder gar nichts zurück.

(Beifall bei der CSU)

Ich frage Sie: Ist dies sozial und gerecht? Auf diese Fragen haben Sie keine Antwort gegeben.

Es kommt ein weiterer Punkt hinzu. Die Ökosteuer ist eine reine Bundessteuer. Die Einkommenssteuer, die durch diese Entfernungspauschale vermindert wird, ist eine Gemeinschaftssteuer von Bund, Ländern und Kommunen.

(Maget (SPD): Die Mehrwertsteuer!)

Nun greifen Sie zur Teilkompensation den Ländern und Kommunen ein weiteres Mal ungeniert und unverschämt in die Taschen.

(Zuruf von der SPD)

– Aber natürlich. Die rot-roten und rot-grünen Landesregierungen protestieren zunächst lautstark – dies haben wir schon erlebt –, knicken dann aber aus Machterhaltungsgründen in Berlin wieder ein oder lassen sich freikaufen. Diese Politik kann man nicht unterstützen. Deswegen können wir weder im Bundesrat dieser Regelung noch Ihrem Dringlichkeitsantrag zustimmen.

Ein Beispiel dafür, wie sich die Regelung für einen verheirateten Arbeitnehmer mit 60000 DM Brutto-Einkommen und einer Entfernung zum Arbeitsplatz von 40 km auswirkt; Erhöhung der Werbungskosten durch die erhöhte Entfernungspauschale von 630 DM. Von insgesamt 821 DM Steuerentlastung im Jahr 2001 entfallen, bei Berücksichtigung von 300 DM Werbungskosten, 684 DM auf die Tarifentlastung, und nur 137 DM entfallen auf die Entfernungspauschale. Der Mehraufwand durch die Ökosteuer beträgt allein bei diesem Arbeitnehmer, wenn der durchschnittliche Spritverbrauch 7,5 Liter beträgt, 264 DM, also etwas weniger als doppelt soviel, wie Sie entlasten. Dabei sind die Preissteigerungen auf dem Ölmarkt nicht berücksichtigt.

Herr Maget, Sie sagen, es seien rein sachfremde Gründe der CSU, weil sie der Regierung Schröder keinen Erfolg gönne. Die Absenkung der Entfernungspauschale von 50 Pfennig, wie wir sie vorhätten, sei geradezu ungeheuerlich. Sie verschweigen ganz bewusst, dass wir für die Bürger bereits in der Regierung Kohl eine schnellere Steuerreform und eine höhere Steuerentlastung auf den Gesetzgebungsweg gebracht haben. Dieses Gesetz haben Sie aus durchsichtigen parteipolitischen Gründen im Bundesrat verhindert. Dass Sie jetzt solche Behauptungen aufstellen, ist ungeheuerlich, nicht die Tatsache, dass wir die Bürger stärker entlasten wollten.

Ich fasse zusammen: Die Entfernungspauschale ist eine unzureichende Kompensation für einen kleinen Personenkreis, eine Überkompensation für ÖPNV-Benutzer und Mitfahrer. Arbeitnehmer, vor allem im mittleren und unteren Einkommensbereich, die nur mit dem Pkw zur Arbeitsstätte kommen können, haben von dieser Entfernungspauschale wenig oder gar nichts, etwa Arbeitnehmer mit einer Entfernung von bis zu 10 Kilometern zum Arbeitsplatz. Sie berücksichtigen das Transportgewerbe überhaupt nicht. Rentner, Studenten und viele Familien mit Kindern, also fast ein Drittel der Bevölkerung, werden nicht entlastet, sondern gehen leer aus.

Präsident Böhm: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Grabner (CSU): Aus diesen Gründen werden wir Ihren Dringlichkeitsantrag ablehnen und wird die Staatsregierung im Bundesrat diesem Unsinn nicht zustimmen können.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Kellner. Frau Kellner, Ihre Redezeit beträgt zehn Minuten.

Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Bei der Diskussion um die Entfernungspauschale – wer in Bayern wohnt, sagt besser: beim Schlagabtausch – wird deutlich, dass die Staatsregierung und die CSU-Fraktion jedes Augenmaß verlieren, wenn es um die Lösung von Problemen geht. Im Wüten gegen die Ökosteuer geben Sie Ihrer Ideologie vor den Sorgen der Pendlerinnen und Pendler Vorrang.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir hätten Verständnis dafür, wenn zum Beispiel Hamburg und Bremen gegen diesen Kompromiss stimmten, weil sie Anlass zur Sorge haben, dass damit die Zersiedelung gefördert wird. Herr Staatsminister Prof. Dr. Falthäuser, aber warum gerade Sie als Mitglied einer Staatsregierung, die einem Flächenstaat mit großen Auspendler-Regionen vorsteht – –

(Zuruf des Abgeordneten Grabner (CSU))

– Die Menschen in Niederbayern und in der Oberpfalz wissen, was es heißt, wenn sie bis zu 100 Kilometer zum Arbeitsplatz fahren müssen. Sie bieten diesen Menschen keine Bahn-Infrastruktur, sondern haben, lange Zeit, bevor Rot-Grün an die Regierung kam, im Bayerischen Wald Bahnstrecken abgebaut. Wir wissen, was die Regelung für die Menschen bedeutet, die davon in großen Ausmaß betroffen sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihre Ankündigung, gegen die Entfernungspauschale zu stimmen, die die arbeitenden Menschen entlastet, verstehe, wer will. Dies werden die Pendler draußen nicht verstehen.

(Grabner (CSU): Aber natürlich!)

Bei der Diskussion über die Entfernungspauschale dürfen wir nicht vergessen, warum diese Änderung vorgenommen wurde: Es waren externe Faktoren, die zu diesem kräftigen Anstieg der Spritpreise geführt haben, nämlich der hohe Rohölpreis und der starke Dollar. Wenn Sie ehrlich sind – wir können notfalls mit dem Taschenrechner rechnen –, betrug der Anteil der Ökosteuer an den zuletzt 50 Pfennig mehr für den Spritpreis lediglich 12 Pfennig plus 2 Pfennig Mehrwertsteuer. Doch haben Sie dies zum willkommenen Anlass genommen, gegen die Ökosteuer zu hetzen. Sie sind mit Ihrer zweiten Kampagne gegen die Ökosteuer an die „Wand gefahren“. Ich prophezeie Ihnen: Beim dritten Anlauf wird es Ihnen ebenso ergehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer erinnert sich heute noch an Herrn Pfarrer Hinze, der sich einst als Tankwart versucht hat? Ihre Adventskalender-Aktion ist von ähnlicher Qualität.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Bundesregierung hingegen hat richtig gehandelt. Nachdem eine Änderung angesagt war, hat sie die ökologisch nicht sinnvolle Kilometerpauschale in eine umweltfreundliche Entfernungspauschale umgewandelt.

Damit hat sie die Nutzer von Bus und Bahn mit den Pkw-Nutzern gleichgestellt. Wenn wir heute noch einmal eine Entlastung in Höhe von 1 Milliarde DM haben, dann geht dieser Vorteil zu zwei Dritteln an die Nutzer des öffentlichen Personennahverkehrs. Ich gebe Ihnen Beispiele: Ein Arbeitnehmer, Steuerklasse I, 40 Kilometer, 80 000 DM Einkommen, erhält für das Auto noch einmal eine Entlastung um 363 DM, für die Bahn aber 1951 DM. Ein Arbeitnehmer, Steuerklasse III, 50 Kilometer, 100 000 DM Einkommen, erhält für den Pkw zusätzlich 374 DM, für die Bahn 1954 DM.

Ich sage Ihnen eines: Die ökologische Steuerreform befindet sich auf einem guten Weg. Sie tun gut daran, das zu akzeptieren, auch im Hinblick auf den europäischen Kontext.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bevor Sie sich hier hinstellen und sich großspurig aufplustern: In Ihrem Steuerreformkonzept wollten Sie die Entfernungspauschale auf 50 Pfennige senken. Sie hätten damit die Senkung des Spitzensteuersatzes unter anderem zulasten der Pendlerinnen und Pendler finanziert. So viel, Herr Kollege Grabner, zu Ihren sozialen Großtaten.

Ein weiterer Punkt, der uns in Bayern beschäftigen muss, ist die Landwirtschaft. Das Hauptproblem der Landwirtschaft, der deutschen und bayerischen Landwirte ist nicht der Preis des Agrardiesels, sondern die Wettbewerbsverzerrung innerhalb der EU. Wenn der Unterschied zu Frankreich 33 Pfennige beträgt, dann ist das von uns ernst zu nehmen. Der Kompromissvorschlag lautete jetzt, die Mineralölsteuer auf Agrardiesel noch einmal um 10 Pfennige zu senken. Ich bin so ehrlich und sage als GRÜNE: Das war nicht die Lösung, die wir uns gewünscht hätten. Wir hatten einen nach vorne weisenden Vorschlag, nämlich in einer Vereinbarung mit den Landwirten zu versuchen, den Treibstoffverbrauch in der Landwirtschaft von 2 Milliarden Liter pro Jahr auf 1,6 Milliarden Liter zu senken. Damit hätte die Reduzierung des Steuersatzes auf Agrardiesel haushaltsneutral finanziert werden können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Bundesregierung fördert darüber hinaus – dies ist ein Beitrag zur Umweltfreundlichkeit – den Umstieg auf biogene Treibstoffe; denn auch in der Landwirtschaft gilt: Der Diesel, der nicht verbraucht wird, ist der umweltfreundlichste und auch der billigste.

(Zuruf des Abgeordneten Eckstein (CSU))

– Herr Kollege Eckstein, wir als GRÜNE wissen im Gegensatz zu Ihnen von der CSU, dass nicht alles auf einmal zu haben ist. Wir wissen, dass in der Politik Kompromisse nötig sind, zum Ersten zwischen den Koalitionspartnern, zum Zweiten zwischen Bund und Ländern und zum Dritten zwischen unterschiedlichen Interessengruppen. Deshalb sage ich Ihnen und rate Ihnen: Hören Sie mit der Verweigerungshaltung auf, beteiligen Sie sich am Erarbeiten von Lösungen, und blockieren Sie diese Lösungen nicht. Merken Sie sich: Zu einer guten Politik gehört immer auch die Kompromissfähigkeit. Deshalb fordere ich Sie auf: Stimmen Sie dieser Entfernungspauschale zu, und tragen Sie damit den Bedürfnissen der bayerischen Bürgerinnen und Bürger Rechnung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Böhm: Als nächster hat Herr Kollege Schläger das Wort.

Schläger (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Da hat vorhin Herr Kollege Grabner beklagt, dass wir in der Bundesrepublik die höchsten Steuern auf Kraftstoffe haben. Recht haben Sie; denn für den Löwenanteil haben Sie gesorgt; 50 Pfennig an Steuern sind allein auf Ihre Arbeit zurückzuführen, die Sie damals in Bonn geleistet haben.

(Beifall bei der SPD)

Was haben Sie aber mit dem Geld gemacht? Sie haben es genutzt, um Haushaltslöcher zu stopfen, die Sie allenthalben aufgerissen haben. Was macht die jetzige Regierung damit? Sie finanziert die Renten. Zwischen diesen beiden Situationen besteht doch ein ganz gewaltiger Unterschied.

(Zuruf von der CSU)

Ich denke, dass es gut ist, die Renten zu finanzieren, weil diese Finanzierung zukunftsgerichtet ist.

Mit der beschlossenen Entfernungspauschale entsteht eine deutliche Entlastung der Fernpendler und der Nutzer von Bus und Bahn. Zum ersten Mal ist damit eine steuerliche Gleichbehandlung aller Verkehrsmittel erreicht worden. Dies ist ein bedeutender Fortschritt in der Förderung des ÖPNV und bringt eine steuerliche Entlastung für die Pendler, die Bus und Bahn benutzen. Leider hat sich die CSU bis jetzt den notwendigen Entlastungen für Pendler und Landwirte verweigert. Die Entlastung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einer Größenordnung von über 1 Milliarde DM könnte, wenn es nach Ihnen geht, zum 1. Januar nicht eintreten.

Meine Damen und Herren von der CSU, ich prophezeie Ihnen: Sie werden in dieser Beziehung noch vor Weihnachten Ihr Waterloo erleben, genauso wie bei der Steuerreform.

(Beifall bei der SPD)

Wie wirkt sich das, was unsere Bundesregierung auf den Tisch gebracht hat, für die Menschen aus?

(Zuruf von der CSU: Negativ!)

Ein Beispiel zu den Auswirkungen: Ein Pkw-Pendler fährt täglich 40 Kilometer zu seiner Arbeit. Bei 220 Arbeitstagen entspricht dies einem steuerlich absetzbaren Betrag von 6820 DM. Der Bahnpendler mit gleicher Strecke kann denselben Betrag absetzen. Entscheidend ist jetzt auch noch, wenn man Pkw-Fahrgemeinschaften bildet, kann jeder Einzelne diese 6820 DM steuerlich geltend machen, was nach bisherigem Recht nicht ging, aber natürlich zum Teil gemacht worden ist.

Summa summarum gibt es jetzt weniger Bürokratie, und der genaue Nachweis muss lediglich von denjenigen erbracht werden, die über 10000 DM absetzen wollen. Nach den uns vorliegenden Berechnungen sind dies etwa 3 % der Betroffenen.

Fazit: Der ÖPNV und die Bahn werden gefördert. Das Ergebnis ist einerseits ein Signal zum Umsteigen vom Pkw auf öffentliche Verkehrsmittel und fördert andererseits die Bildung von Pkw-Fahrgemeinschaften. Beides ist umwelt- und verkehrspolitisch sinnvoll; der Klimaschutz wird gefördert, die Straßen werden entlastet. Selbst der Fußgänger, der Fahrradfahrer oder der Motorradfahrer wird steuerlich genauso behandelt. Dies, meine Damen und Herren, ist für einen Flächenstaat wie Bayern und vor allem für Menschen, die in der Fläche wohnen, ganz enorm wichtig. Meine Damen und Herren von der CSU, mit Ihrer Haltung üben Sie Verrat an den Interessen der bayerischen Pendler.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Deshalb rufen wir Sie noch einmal auf: Ändern Sie Ihre Meinung und stimmen Sie unserem Antrag und dem, was die Bundesregierung vorgelegt hat, zu.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Böhm: Der nächste Redner ist Herr Kollege Dinglreiter.

Dinglreiter (CSU): Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Verehrter Herr Kollege Schläger, da Sie zur Rechtfertigung Ihrer Erhöhungen immer wieder die Mineralölsteuererhöhungen in den Neunzigerjahren heranziehen, muss ich Ihnen zum wiederholten Mal sagen, dass diese Erhöhungen zwei wesentlichen Aufgaben gedient haben, die diese Erhöhungen rechtfertigten. Zum einen wurde damit die Privatisierung der Bahn finanziert, zum anderen die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit. Beides geschah mit Ihrer Einwilligung.

(Beifall bei der CSU – Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Weiß das Herr Mehdorn schon? – Maget (SPD): Jetzt wird auch etwas Vernünftiges damit gemacht!)

Frau Kollegin Kellner, Sie reden davon, dass mit dieser Entfernungspauschale eine große Hilfe für die arbeitenden Menschen erreicht worden sei. Wo war denn diese große Hilfe bei Ihrer Steuerreform? Da haben Sie nicht daran gedacht. Jetzt sind Sie unter Druck gekommen.

Deshalb handeln Sie. Diese Entfernungspauschale ist nichts anderes als ein Mittel zur Kompensation der gestiegenen Treibstoffpreise. Diese Preise haben Sie wesentlich mitverursacht. Mit dieser Pauschale wird etwas repariert, was vorher mit der Ökosteuer mutwillig kaputt gemacht wurde.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Reparatur Ihres „Ökosteuerschadens“ ist Murks. Ich werde das kurz und knapp an ein paar Beispielen belegen: Die Entfernungspauschale bringt einigen, die unter Ihrer Politik leiden, überhaupt nichts. Ich nenne als Beispiel den gewerblichen Güterverkehr. Das deutsche Transportgewerbe ist doppelt geschlagen: Es muss Ihre Ökosteuersteigerungen mitmachen. Außerdem werden Sie – wenn ich das nächste Jahr einrechne – diesen Unternehmen pro Lkw über 10000 DM von dem Kapital wegnehmen, das diese Unternehmen dringend für Investitionen brauchen. Das bedeutet für diese Betriebe eine Existenzgefährdung. Wenn Sie die Rechnungen dieser Betriebe betrachten, werden Sie feststellen, dass ihnen die Verkürzung der Rentenbeiträge nichts nützt. Im Vergleich zu dem Betrag, den Sie mit der Ökosteuer absahnen, ist dieser Betrag äußerst gering.

60% dieser Ökosteuer werden für die Rentenbeiträge der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber verwendet. 40% der Ökosteuer werden für die Bezahlung rentenfremder Leistungen verwendet.

(Gartzke (SPD): Die Sie eingeführt haben!)

Diese rentenfremden Leistungen müssten Sie ansonsten aus dem Haushalt finanzieren. Meine Damen und Herren, andere Länder waren klug und haben die Mineralölsteuer für das Gewerbe reduziert. Das waren die Länder Frankreich, Belgien, die Niederlande und Italien. Deshalb steht unser Gewerbe unter einem ungeheuren Druck. In den nächsten Jahren werden viele Unternehmen in den Ruin gehen, was zu einer Vernichtung von Arbeitsplätzen führt. Ich frage mich, was aus den Zusagen des Herrn Bundeskanzlers und des Fraktionsvorsitzenden Struck geworden ist, die gesagt haben, dass sie helfen würden. Schon aus diesem Grunde wollen wir über eine Zustimmung der Entfernungspauschale dieser Ökosteuer nicht indirekt zustimmen. Diese Steuer ist für die Wirtschaft eine K.o.-Steuer.

Schwierigkeiten gibt es nicht nur beim Transportgewerbe. Viele Leute sind beruflich auf das Auto angewiesen, obwohl sie nicht jeden Tag zur Arbeit und zurück fahren. Die Handelsvertreter werden ungeheuer stark belastet und erhalten von Ihnen keine Hilfe. Herr Kollege Grabner hat bereits erklärt, dass diese Ökosteuer auch für viele Arbeitnehmer nur eine unzureichende Entlastung bringt. Dies gilt insbesondere für Arbeitnehmer mit kleinen und mittleren Einkommen. Bei anderen Personen wird hingegen eine Überkompensation eintreten. Ich frage Sie, ob dies angesichts der Belastungen für kleine Einkommensbezieher noch vertretbar ist. Wie passt diese Regelung mit dem geltenden Steuerrecht zusammen? Wenn ich es richtig im Kopf habe, sind Werbungskosten Aufwendungen zum Erwerb und zur Sicherung

von Einkünften. Sie sind nicht eingeführt worden, um einer bestimmten Gruppe von Leuten zusätzliche Einkünfte zu verschaffen. Ich nenne zum Beispiel die Personen, die gut verdienen und mit der Bahn fahren. Das macht steuerpolitisch keinen Sinn. Sie wollen sich offenbar die neue Mitte mit Geschenken sichern.

Meine Damen und Herren, das Gesetz, das Sie vorschlagen, ist nicht zielführend. Es kuriert lediglich an einzelnen Symptomen, ohne die Ursachen der Fehlentwicklung zu beseitigen. Auch wenn die Preissteigerungen auf dem Rohölmarkt mit zu diesen Preiserhöhungen geführt hat: Die Ökosteuer trägt wesentlich zu diesen Fehlentwicklungen bei. Durch sie werden die Kosten für die Berufspendler nach oben getrieben. Dies kann nicht durch eine Entfernungspauschale, sondern nur durch die Beseitigung der Ökosteuer korrigiert werden. Wenn Sie hier ansetzen, werden Sie vielen Menschen in diesem Land helfen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Das Wort hat Herr Kollege Gartzke.

Gartzke (SPD): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte ein paar Sätze zu Herrn Kollegen Dingreiter sagen: Es ist immer sehr interessant, wie in diesem Hause argumentiert wird. Heute habe ich zum ersten Mal gehört, dass die beiden Mineralölsteuererhöhungen, die unter Bundesfinanzminister Dr. Waigel eingeführt worden sind, für die Bahn und zum Ausbau der Straßen nach der Deutschen Einheit verwendet werden sollten. Früher haben Sie mit dem Golfkrieg argumentiert. Klar ist, wenn diese Mineralölsteuererhöhungen für den Straßenbau vorgesehen waren, waren sie nicht ausreichend, weil der Straßenbau noch immer nicht abgeschlossen ist.

(Beifall bei der SPD)

Auch die Bundesbahn hat nicht genügend Geld erhalten. Weil wir gerade beim Richtigstellen sind: Die Handelsvertreter sind Selbstständige, die ihre Fahrtkosten absetzen können. Wir sollten uns bewusst sein, dass es bei der Ökosteuer auch um Umweltpolitik geht. Die Umweltpolitik befindet sich an einem Scheideweg. Seit 30 Jahren wird in Bayern Umweltpolitik betrieben. Auch im Bund und in den Ländern ist in diesem Zeitraum viel geschehen. Derzeit stößt das Ordnungsrecht an seine Grenzen. In Bayern sind inzwischen Gesetze mit einem Umfang von 80000 Seiten für die Umwelt erlassen worden. Hinzu kommen Verordnungen, die einen Umfang von 300000 Seiten haben. Allerdings hapert es am Vollzug.

Wir können das Ordnungsrecht nicht weitertreiben. Wir können es allenfalls präzisieren. Deshalb ist es sinnvoll und richtig, wenn wir uns über andere Instrumentarien Gedanken machen. Ich spreche von angebotsorientierten Instrumentarien. Wir müssen den Menschen sagen, dass wir auf dem Energiesektor nicht wie bisher weitermachen können. Die Energie und die Ressourcen sind beschränkt. Deshalb macht es Sinn, diese zu besteuern und damit zu verteuern. Wichtig ist, dass wir diese Res-

sourcen schrittweise verteuern, damit sich die Bürger darauf einstellen können. Dieses Geld darf nicht in die Kassen gesteckt oder verfrühstückt werden, wie das 16 Jahre lang gemacht wurde. Die Haushalte sind in diesen 16 Jahren nämlich trotzdem nach unten explodiert. Vielmehr sollte dieses Geld in die Rentenversicherung gesteckt werden.

Herr Kollege Dinglreiter, dieses Geld wird nur in die Rentenversicherung gesteckt. Das ist eine Tatsache. Natürlich werden aus dieser Rentenversicherung auch versicherungsfremde Leistungen bezahlt. Aber wer hat denn diese versicherungsfremden Leistungen eingeführt? Ich nenne nur das Stichwort „Fremdrenten“. Diese Renten müssen öffentlich finanziert werden.

(Beifall bei der SPD)

Es ist nicht einzusehen, dass sich die Beamten und die Landwirte nicht an diesen versicherungsfremden Leistungen beteiligen. Dies ist eine Frage der Gerechtigkeit. Wir wollen nicht mit dem Zeigefinger und oberlehrerhaft lenken. Vielmehr wird es langfristige Prozesse geben. Die Autos werden nicht von heute auf morgen gekauft. Heizungen werden nur alle 20 Jahre ausgewechselt. Energie ist wichtig und wertvoll. Sie ist eine beschränkte Ressource, die ihren Preis hat. Eine Verteuerung der Energie bietet auch Chancen, weil zum Beispiel für Heizungen Geld investiert werden muss. Diese Politik hat bereits zu Erfolgen geführt. Ich darf Ihnen die Zahlen nennen: Im August, September und Oktober 2000 wurde der Benzin- und Dieselverbrauch um 4 bis 5 % reduziert. Die Novemberzahlen liegen noch nicht vor. Der Anteil des Rapsöls am Dieselmotorkraftstoff betrug 1997 noch 0,25 %, während er heute bei 1,2 % liegt. Bei den Automobilhändlern wird ein Drittel aller Neuwagen nur unter dem Gesichtspunkt des Benzinverbrauchs gekauft. Bei einem weiteren Drittel spielt der Benzinverbrauch eine große Rolle. Die übrigen Käufer interessieren sich überhaupt nicht für den Benzinverbrauch. Diese Leute haben anscheinend genügend Geld.

Ich halte es für sinnvoll, dass echte soziale Härten abgefedert werden. Für die Heizkosten werden Zuschüsse gewährt, obwohl die Ökosteuer auf das Heizöl nicht das Problem darstellt. Die zweite Abfederung erfolgt durch die Entfernungspauschale. Diese Entfernungspauschale ist eine echte Umweltchance für den ÖPNV. Damit wird der Umstieg auf die Schiene und die Bildung von Fahrgemeinschaften gefördert. Es wäre schade, wenn Sie diese Chance für Bayern nicht sehen und diese Sache im Bundesrat nicht unterstützen würden.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Böhm: Das Wort hat Herr Kollege Kobler.

Kobler (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Kollegen von der Opposition, Sie haben wahrlich einen sehr schmalen Pfad mit der Argumentation betreten, dass die Leute durch diese Entfernungspauschale zu den Gewinnern gehörten. Ich halte es für eine kühne Darstellung, wenn

Frau Kollegin Kellner von einer sozialen Großtat und Herr Kollege Maget von Segen spricht.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Öko-Mineralölsteuer macht nach Überzeugung der CSU-Fraktion viele Menschen – den größten Teil der Menschen – unseres Landes zu Verlierern und nicht zu Gewinnern. Gewinner sind nur die Pendler, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren können. Es mag sein, dass es ein „Umstiegsförderungsprogramm“ vom eigenen Pkw zu den öffentlichen Verkehrsmitteln ist, so weit diese Möglichkeit besteht. Leider ist Bayern ein Flächenstaat. Das heißt, dass viele Arbeitnehmer und Pendler nicht das Glück haben, auf öffentlich subventionierte öffentliche Verkehrsmittel zurückzugreifen. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen. Sie schaffen damit ein Zwei-Klassen-Berufspendlerum. Diejenigen, die öffentliche Verkehrsmittel benutzen können, werden doppelt gefördert, nämlich über die Förderung der Mineralölsteuer beim Betrieb und der billigen Anschaffung, das heißt mit billigen Fahrpreisen. Die anderen Berufspendler lassen Sie mehr oder weniger hängen. So viel zu den Arbeitnehmern. Aber Sie haben Familien, Pendler, Mieter, Rentner, Studierende, Arbeitslose oder Sozialhilfeempfänger vergessen.

(Zuruf des Abgeordneten Gartzke (SPD))

Diese Personenkreise haben Sie offensichtlich völlig vergessen. Sie haben sie abgeschrieben. Darüber haben Sie heute kein einziges Wort verloren. Ihnen nützt es auch nichts, auf die Rentenversicherung abzustellen. Die Renten über die „Zapfsäule“ an Tankstellen zu finanzieren wird ein Weg sein, der keine lange Dauer haben wird.

(Vereinzelter Beifall bei der CSU)

Das ist ein unguter Weg.

(Maget (SPD): Wie denn dann? – Zuruf der Frau Abgeordneten Werner-Muggendorfer (SPD))

Kollege Gartzke hat die Fremdrenten angesprochen. Wir sollten untereinander fair bleiben.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Ja, fair sollten wir sein!)

Für den Akt der Solidarität gab es bundesweiten Konsens, nämlich die Aussiedler und nach der Wende die Leute zu den gleichen Bedingungen ins Versorgungssystem aufzunehmen. Uns das vorzuwerfen ist ein übler Stil.

Die Entfernungspauschale ist unzureichend.

(Maget (SPD): Machen Sie einen besseren Vorschlag! – Weitere Zurufe von der SPD)

Sie ist ungerecht, weil viele keine Kilometerpauschale beanspruchen können. Die Höhe der Entfernungspauschale ist seit Jahrzehnten ein Thema.

(Zurufe von der SPD)

Ich möchte auf die einzelnen Stufen der Diskussion über die Entfernungspauschale, Kollege Maget, nicht eingehen.

(Maget (SPD): Nur einen Vorschlag bitte!)

Es ist schwierig, einen gewissen Ausgleich zu schaffen. Es war immer eine Hängepartie. Sie schaffen eine noch größere Kluft als es sie bisher gab.

(Zuruf des Abgeordneten Wahnschaffe (SPD))

Der Mineralölpreis von 2 DM bedeutet eine immense Steigerung für die Pendler, die 30 oder 40 Kilometer täglich in die Arbeit zu fahren haben. Dem können Sie keinen Gewinn entgegenstellen. Sie können den Arbeitnehmern gegenüber die hohen Spritpreise nicht begründen. Sie können das insbesondere nicht den Arbeitnehmern im ländlichen Raum begründen, die nicht auf subventionierte Massenverkehrsmittel zurückgreifen können.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Sie haben ihnen nicht geholfen!)

Das führt zu Ungerechtigkeiten, die nicht länger hingenommen werden dürfen. Sie verstoßen gegen das Gleichheitsprinzip, weil Sie eine „Hängepartie der Gerechtigkeit“ schaffen, indem Sie die, die die öffentlichen Verkehrsmittel beanspruchen, wesentlich besser stellen als die anderen, die das nicht können. Das ist ungut.

Meine Damen und Herren, Berufspendler müssen in der jetzigen Kostensituation bereits 30% und mehr ihres Einkommens für Fahrtkosten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte aufwenden. Dafür ist in erster Linie die rot-grüne Bundesregierung Urheberin. Ich sage offen: Die überhöhte Belastung führt zum Teil zur Arbeitsverweigerung der Leute in einfachen Arbeitsverhältnissen, weil es sich nicht mehr rechnet, 1500 DM bis 1800 DM im Monat – laut ADAC – für Fahrtkosten aufzuwenden. 20% Steuer, 20% Sozialabgaben und 30% Fahraufwand; das ist des Guten zu viel. Reden Sie mit Arbeitnehmern, die zum Beispiel von Augsburg nach München oder von Regen nach Passau fahren. Das Verhältnis der steuerlichen Wirksamkeit liegt bei 1 : 4. Das ist nicht hinnehmbar. Das ist eine große soziale Ungerechtigkeit. Weil die rot-grüne Bundesregierung die Einkommensschwachen übersehen hat, fordern wir die Staatsregierung auf, dieser Regelung im Bundesrat nicht zuzustimmen.

Präsident Böhm: Herr Kobler, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Kobler (CSU): Das muss ich bei meinem Einsatz für die Schwachen völlig übersehen haben.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Als nächste Rednerin hat Frau Kollegin Lück das Wort. Bei der Gelegenheit möchte ich bekannt geben, dass die SPD namentliche Abstimmung zu dem Dringlichkeitsantrag beantragt hat, der jetzt zu

diesem Tagesordnungspunkt behandelt wird. Frau Kollegin Lück.

Frau Lück (SPD): Herr Präsident, werte Kolleginnen, liebe Kollegen! Insbesondere liebe Kollegen von der CSU, mir kommen die Tränen, wenn ich Ihnen zuhören muss, wie sozial Sie zu den Mittel- und Kleinverdienern, wie sozial Sie zu den Familien, wie sozial Sie zu den Rentnern gewesen sein wollen.

(Kobler (CSU): Die Rentner werden sich bei Ihnen bedanken!)

Die Fakten zeigen, dass es ganz und gar anders gewesen ist.

(Beifall bei der SPD)

Es ist zum Weinen, dass sich Leute, die während ihrer Regierungsverantwortung schlimme Sachen gemacht haben, heute als Beschützer der Kleinen aufspielen. Mir kommt es so vor, dass Sie nach dem Motto gehen: Was schert mich mein Geschwätz von gestern; was schert mich mein Handeln von gestern; wir wissen davon gar nichts mehr; heute sind wir die feinen reinen Engel.

Ich sage Ihnen eines: Wir wollten die Entfernungspauschale schon immer, weil sie tatsächlich gerechter ist. Sie haben die Mineralölsteuer in großem Ausmaß erhöht. Wo haben Sie sie hingetan? – Sie haben sie in ein schwarzes Loch nach dem anderen versenkt.

(Frau Radermacher (SPD): In schwarze Haushaltslöcher!)

Sie wagen es, gegen die Ökosteuer zu polemisieren! Gleichzeitig meinen sowohl der bayerische Landwirtschaftsminister als auch der Umweltminister, dass die Energiepreise erhöht werden müssten. Wie passt denn das zusammen? – Sie sagen das, weil Sie die Problematik kennen. Zu sagen, nur der Name sei falsch, ist doch billigste Polemik.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Kobler (CSU))

Sie wissen so gut wie wir, dass wir nicht an den explodierenden Ölpreisen schuld sind, sondern dass andere Dinge schuld sind.

(Zuruf von der CSU)

Sie brauchen dieses Märchen. Aber es wird durch Wiederholen nicht wahrer.

(Kobler (CSU): Schuld ist der, der das beschließt!)

– Wir haben den Ölmultis nicht gesagt, dass sie ihre Ölpreise erhöhen sollen. Märchen werden nicht wahrer, auch wenn Sie sie tausendmal wiederholen.

Sie jammern über die Belastungen. Wir machen uns Gedanken darüber, wie man entlasten kann.

(Kobler (CSU): Die Ölmultis haben doch die Ökosteuer nicht beschlossen!)

Die Bundesregierung macht sich mit Energie und Ernst daran, die Auswirkungen für besonders Betroffene, nämlich die landwirtschaftlichen und die Gartenbaubetriebe, in den Griff zu bekommen. Sie haben stattdessen populistische Forderungen aufgestellt, deren finanzielle Einlösung Ihre eigenen Finanzminister im Ernstfall nie zugestimmt hätten. Sie haben die Verantwortung dafür zu tragen, dass das neue Agrardieselgesetz nicht wie von der Regierung vorgesehen zum 1. Januar 2001 in Kraft treten kann. Außerdem hätte das Gesetz, das für unsere Landwirtschaft wichtig ist, die Ökosteuer für die Landwirtschaft abgekoppelt und eine verlässliche Planungsgrundlage geschaffen. Auch für den Gartenbau wäre eine schnelle Neuregelung notwendig gewesen. Die vom Bund vorgesehenen wesentlichen Hilfen liegen jetzt dank Ihnen auf Eis.

Wer in agrarpolitischen und sonstigen Schaufensterreden den Eindruck erweckt, die Anliegen der Landwirtschaft zu vertreten, wenn es aber darauf ankommt, gegen die Interessen der Landwirtschaft und der Gartenbaubetriebe stimmt, ist ein schlechter Sachwalter dieser Leute. Ich fordere Sie deshalb auf, noch einmal ernsthaft nachzudenken und Ihre Blockade am 22. 12. 2000 im Bundesrat aufzugeben und gemeinsam die Probleme zu lösen. Sie sollten nicht über Ihre eigenen Versäumnisse und Fehler reden. Sie sind wütend, dass Sie während Ihrer Regierungszeit keine Einigung zustande gebracht und dass wir in dieser Bundesrepublik die Weichen in die richtige Richtung gestellt haben.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Böhm: Der nächste Redner ist Herr Kollege Kiesel.

Kiesel (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wie verpacke ich etwas, damit der Bürger nichts merkt oder dass er glaubt, es werde etwas für die Ökologie getan? – Ich mache eine Ökosteuer. Man hofft darauf, dass der Bürger glaubt, dass es aufwärts gehe und etwas für die Ökologie getan werde.

(Frau Radermacher (SPD): So dumm ist der Bürger nicht!)

Man hofft, dass der Bürger glaubt, die Regierung mache das Richtige und sie sei gut.

(Herbert Müller (SPD): Jawohl! – Beifall bei der SPD)

Was macht die Regierung aber in Wirklichkeit? In Wirklichkeit hängt sie den ländlichen Raum von der Entwicklung ab.

(Beifall bei der CSU)

Warum ist der ländliche Raum überhaupt so weit gekommen? Er ist deshalb so weit gekommen, weil es der Individualverkehr möglich gemacht hat, große Entfernungen

zu überbrücken, Industrie in den ländlichen Raum und Arbeitskräfte zu den Arbeitsstellen zu bringen. Was macht die Bundesregierung jetzt? Sie erhebt eine neue Steuer, die sie Ökosteuer nennt und belastet die Bürgerinnen und Bürger. Jetzt, da sie gemerkt hat, dass das Haus brennt, versucht sie mit der Entfernungspauschale Feuerwehr zu spielen.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Was wird damit gemacht, Herr Kiesel?)

Interessant ist, was die Sozialdemokratische Partei macht. Sie redet von sozialer Gerechtigkeit und spricht sich gegen Subventionen aus. Was ist aber die Wirklichkeit? Sie konzipiert eine Entfernungspauschale, die für alle gleich ist, auch für die Mitfahrer und Nutzer des ÖPNV. Das bedeutet, dass derjenige, der in einem Ballungsraum auf den öffentlichen Personennahverkehr zurückgreifen kann, gutes Geld verdient, was ich ihm auch gönne. Dieser hat nämlich einen Einkommensteuervorteil, das Land und die Kommune jedoch steuerliche Verluste. Wer aber auf dem flachen Land lebt, ist benachteiligt. Dann redet die SPD von sozialer Gerechtigkeit.

(Beifall bei der CSU)

Schauen wir uns die Politik der GRÜNEN an. Die GRÜNEN verabschieden sich von ihren hehren Zielen und streben nur noch nach Machterhalt. Die GRÜNEN haben Blut geleckt und sich von ihren Grundsätzen verabschiedet. Die SPD und die GRÜNEN verkaufen die Bürger für dumm. Jetzt wird die Zustimmung Bayerns zur Entfernungspauschale mit der Verbilligung des Agrardiesels gekoppelt, weil die CSU sich für einen Vergleich der Preise mit anderen Ländern und gegen Wettbewerbsverzerrungen ausgesprochen hat. Die SPD will die CSU in Zugzwang bringen, aber sie hat nur eine Mogelpackung zu bieten.

(Beifall bei der CSU)

Die SPD macht sich nur darüber Gedanken, wie sie die Öffentlichkeit für dumm verkaufen kann. Das muss man einmal deutlich sagen.

(Zuruf des Abgeordneten Gartzke (SPD))

Sie von der Opposition benachteiligen den ländlichen Raum. Das ist eine Tatsache, und es tut mir leid, dass so getan wird, als ob dies nicht wahr wäre. Es ist eine Unverschämtheit – ich muss das so deutlich sagen –, dass zusätzliche Subventionen für den öffentlichen Personennahverkehr gefordert werden. Ein 10-Minuten-Takt im öffentlichen Personennahverkehr kann nur in Ballungsräumen gelingen. Der ländliche Raum aber wird durch die Ökosteuer abgehängt. Sie hätten mit der Ökosteuer die Einführung von alternativen Energien finanzieren sollen. Dafür aber tun Sie nichts.

(Widerspruch bei der SPD – Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Peinlich, peinlich!)

Was die SPD macht, ist Volksverdummung. Die SPD hat unter Lafontaine zwei Jahre lang die Politik der CDU/

CSU und FDP verhindert. Er hat verhindert, dass vernünftige Gesetze gemacht werden konnten. Als er in der Verantwortung stand, ist er fahnenflüchtig geworden, weil er nicht fähig war, eins und eins zusammenzuzählen. Ich bin überzeugt davon, dass die Bevölkerung Ihr Manöver durchschauen und entsprechend handeln wird.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Der nächste Redner ist Herr Kollege Strasser.

Strasser (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine lieben Kollegen Kobler, Grabner, Dinglreiter und Kiesel, ich muss Ihnen ein großes Kompliment machen. So schwach habe ich Sie noch nie gesehen.

(Beifall bei der SPD)

Bisher bin ich immer davon ausgegangen, dass das eine oder andere, was Sie sagen, richtig sei. Heute aber haben Sie unwahrscheinlich viele Dinge verwechselt und durcheinandergebracht. Sie haben große Schwierigkeiten mit der Orientierung.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Kobler (CSU))

– Herr Kobler, Sie wissen nicht, wovon Sie reden. Reden Sie von der Ökosteuern oder von den hohen Benzinpreisen, reden Sie vom ländlichen Raum oder vom Ballungsraum? In puncto Entdeckungen ist Kolumbus im Vergleich zu Ihnen ein Waisenknabe gewesen. Es gibt unheimlich viel, was Sie von der CSU plötzlich entdecken. Am 12.12.2000 haben Sie von der CSU plötzlich die Renten entdeckt, Sie haben die Studenten und den ländlichen Raum entdeckt. Es ist unwahrscheinlich, was Sie plötzlich alles entdecken. Sie von der CSU waren es doch, die über Jahre hinweg den ländlichen Raum und die Pendler belastet haben. Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen. Sie waren es, die den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern das Geld aus der Tasche gezogen haben, indem Sie die Rentenbeiträge erhöht haben.

(Beifall bei der SPD)

Tun Sie doch nicht so, als ob Sie Waisenknaben wären. Das sind Sie nicht. Wir von der SPD sagen Ihnen: Die Bundesregierung macht eine hervorragende Politik. Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Die Entfernungspauschale ist eine gute Lösung für Bayern, die ländlichen Regionen und für uns insgesamt, weil damit Gerechtigkeit geschaffen worden ist. Wer die Entfernungspauschale ablehnt, so wie es die Bayerische Staatsregierung und die CSU-Fraktion tun, der schadet den Interessen des Freistaates Bayern, den Interessen der ländlichen Regionen, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und den Menschen insgesamt.

Man kann die dauernden Belehrungen der CSU nicht mehr ertragen. Wer uns belehren will, sollte sich vor Augen führen, was die CSU noch vor kurzem gesagt hat. Der Finanzminister hat in großen Worten davon gesprochen, dass die Entfernungspauschale eingeführt und der Arbeitnehmer-Pauschbetrag auf 1500 DM gesenkt werde. Jetzt kommen Sie von der CSU und werfen uns Taschenspielertricks vor. Sie sind doch die Trickser, indem Sie den Menschen vermitteln wollen, unter anderem mit 5,1 Milliarden DM eine Steuerreform finanzieren zu können.

Wer uns belehren will, sollte sich auch vor Augen führen, was er uns hinterlassen hat. Die CSU war maßgeblich für die Schulden in Höhe von 1,5 Billionen DM verantwortlich. Wir müssen den Haushalt jetzt auf Bundesebene sanieren.

(Beifall bei der SPD)

Herr Dinglreiter versucht zu erklären, was mit welchen Geldern finanziert worden ist. Sie sollten so ehrlich sein und den Menschen sagen, wie hoch der Anteil der Mineralölsteuer an einem Liter Benzin heute ist. Dieser beträgt 1,10 DM. Sie müssten dann sagen, dass 72 Prozent von dieser Mineralölsteuer auf die Politik der CSU zurückgeht. Das waren Sie von der CSU.

Das waren Sie. 72% der Mineralölsteuer haben Sie zu verantworten. Da dürfen Sie den Menschen nicht etwas anderes sagen.

Herr Dinglreiter, Sie sollten es zugeben, dass die Rechnungen, die Sie immer wieder präsentieren, nicht stimmen. Sie sollten zugeben, dass Sie die Mineralölsteuer zum 1. Juli 1991 um sage und schreibe 22 auf 82 Pfennig pro Liter Benzin erhöht haben. Damals haben Sie 14 Milliarden DM für den Staatshaushalt kassiert. Das waren doch Sie, meine Damen und Herren von der CSU. Zum 1. Juli 1991 haben Sie auch die Steuer auf Diesel erhöht. Zum 1. Januar 1994 haben Sie die Mineralölsteuer wiederum um 16 Pfennig pro Liter Kraftstoff erhöht.

Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren von der CSU: Sie waren es bzw. waren dabei. Insofern können Sie den Menschen heute nicht vorgaukeln, Sie wären unbeteiligt gewesen, nur SPD und GRÜNE wären für Erhöhungen der Mineralölsteuer verantwortlich zu machen. Meine Damen und Herren von der CSU, wir erwarten jetzt von Ihnen, dass Sie den erfolgreichen Kurs der Bundesregierung unterstützen. Stimmen Sie im Bundesrat dem einschlägigen Gesetzentwurf zu. Denn er stellt für die Menschen in Bayern, für die Landwirte sowie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, eine gute Lösung dar.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Böhm: Der Staatsminister der Finanzen, Herr Prof. Dr. Falthäuser, hat um das Wort gebeten.

Staatsminister Prof. Dr. Falthäuser (Finanzministerium): Im vorliegenden Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion ist zu lesen:

Das Ergebnis enthält im Kern:

– mehr Netto für den Pendler; ...

Rechnen wir einmal nach. Meine Damen und Herren von den Oppositionsfraktionen, für ein klassisches Beispiel ziehen wir üblicherweise denjenigen heran, der ein Jahreseinkommen von 60 000 DM erzielt. Das ist ein mittleres Einkommen. Wir gehen von einer Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte aus, die nicht extrem ist, also 40 km. Der Betreffende arbeitet an 220 Tagen im Jahr und hat ansonsten Werbungskosten in Höhe von 200 DM im Jahr. Dieser Arbeitnehmer hatte im vergangenen Jahr bei den Fahrtkosten etwa 528 DM an Mehraufwendungen zu verkraften. Übrigens stelle ich Ihnen alle Rechnungen gerne zur Verfügung, meine Damen und Herren von der Opposition. Die geplante Entfernungspauschale würde im dargestellten Fall eine Entlastung um 165 DM bringen. Ich stelle fest: Es bliebe bei einer Mehrbelastung in Höhe von 363 DM jährlich.

(Zurufe von der SPD: Und die Rentenversicherung?)

Doch in Ihrem vorliegenden Dringlichkeitsantrag ist von „mehr Netto für den Pendler“ die Rede, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion. Nach Adam Riese kommt es in dem dargestellten Fall zu einer Mehrbelastung in Höhe von 363 DM pro Jahr.

(Zurufe von der SPD: Und die Rentenversicherungsbeiträge?)

Ein Zweites. Herr Kobler hat zu Recht darauf hingewiesen: Viele können die Entfernungspauschale gar nicht ansetzen. Rechnen wir also wieder. Mein neues Beispiel: ein Rentner, verheiratet, 30 000 DM Rente jährlich, eine für einen Rentner angemessene jährliche Fahrstrecke von 12 000 km. In dem Fall ergäben sich Mehraufwendungen für PKW-Fahrten von 450 DM jährlich, jedoch keine Entlastung durch die Entfernungspauschale. Der betreffende Rentner hätte also eine Mehrbelastung von 450 DM jährlich zu verkraften. Was bedeutet dann die Formulierung „mehr Netto“ in Ihrem Antrag, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion? Gar nichts! Denn unter dem Strich bleibt dem Rentner weniger von seinem Einkommen.

Es gibt aber Ausnahmen. Nehmen wir einmal einen Bahnfahrer mit einem jährlichen Bruttolohn in Höhe von 130 000 DM, was durchaus nicht außergewöhnlich ist. Die Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte soll in dem Fall 76 km betragen. Wir gehen einmal von 210 Arbeitstagen im Jahr und Werbekosten in Höhe von 1800 DM aus. Hier handelt es sich um Standardwerte, die zwischen den Ländern abgestimmt sind. Der angeführte Arbeitnehmer zahlt für seine Bahnfahrkarte 3200 DM im Jahr. Durch die Entfernungspauschale würde er um 3482 DM entlastet. Im Ergebnis: eine Entlastung um 282 DM mehr, als er ausgibt. Das ist der Irrwitz des Steuerrechts unter den Herren Eichel und Schröder!

(Beifall bei der CSU)

Da soll es durch Kosten zu Einkünften kommen. So etwas habe ich noch nie gehört. So etwas in Berlin vorzulegen ist dreist; so etwas in Berlin zu verteidigen, ebenfalls.

(Beifall bei der CSU)

Wir fordern ganz nüchtern – ich wiederhole es –: Weg mit der Ökosteuer! Wenn sie abgeschafft wird, brauchen wir weder Finanzreserven noch Reparaturmaßnahmen.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Was machen wir mit der Rentenversicherung? – Maget (SPD): Einen einzigen Alternativvorschlag hätte ich gerne! – Weitere Zurufe von der SPD)

Mittlerweile scheint es fast schon vergessen. So möchte ich an dieser Stelle daran erinnern: Zum 1. April 1999 ist die Mineralölsteuer um 6 Pfennig pro Liter erhöht worden, zum 1. Januar 2000 um weitere 6 Pfennig. In drei Wochen kommt als verspätetes „Weihnachtsgeschenk“ eine weitere Erhöhung um 6 Pfennig pro Liter Benzin. Bis zum Jahr 2001 wird sich die Zusatzbelastung der Bevölkerung, die Mehrwertsteuer eingerechnet, auf 25 Milliarden DM summieren. Zu diesem Zeitpunkt wird die Entlastung durch die so genannte Steuerreform noch keine 25 Milliarden DM betragen.

Der Hauptteil der steuerlichen Entlastung wird erst im Jahr 2005 spürbar sein. Das ist noch lange hin. Im nächsten Jahr werden den Menschen jedenfalls schon 25 Milliarden DM abgezockt werden sein. Dann dürfen sie sich immer wieder auf den 1. Januar freuen. Denn ab 2002 und 2003 dürfen sie wiederum jeweils 6 Pfennig mehr Mineralölsteuer pro Liter Benzin zahlen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Oppositionsfraktionen, ich sage Ihnen: Die Menschen werden Ihnen die Ökosteuer noch um die Ohren schlagen. Jedes Jahr soll die Ökosteuer weiter erhöht werden; letztlich wird es dadurch zu einer Mehrbelastung von 37 Milliarden DM kommen. Nun soll die Entfernungspauschale als Placebo erhalten. Den Grundgedanken einer Entfernungspauschale halte ich für gut.

(Zurufe von der SPD: Na also!)

– Das wissen Sie doch. Sie haben doch unser Steuerkonzept gelesen. Eine Entfernungspauschale ist doch vernünftig. Dies gilt allerdings nicht, wenn ich die Menschen vorher durch eine Ökosteuer belaste und sie durch besagte Pauschale nur partiell, nicht ausreichend und falsch gesteuert entlaste.

Wie Sie wissen, erhält der Bund das gesamte Aufkommen aus der Ökosteuer. Die Entfernungspauschale müssen Bund, Länder und Gemeinden aber gemeinsam tragen. Das bedeutet erhebliche Steuerausfälle für den Freistaat Bayern. Der Bund spricht von Ausfällen in Höhe von 1 Milliarde DM. Hier rechnet Herr Eichel wieder einmal falsch. Nordrhein-Westfalen und Bayern pflegen ihre Zahlen abzustimmen. Wir haben die richtigen Zahlen – das sage ich in aller Deutlichkeit. Wir kommen zu dem Schluss: Aufgrund dessen, was zur Ökosteuer beschlossen wurde, ist mit Steuerausfällen in Höhe von 1,7 Milliarden DM zu rechnen. Das bedeutet

108 Millionen DM jährlich an Einbußen für den Freistaat Bayern und 38 Millionen DM für die hiesigen Kommunen. Ist das gerecht, wenn das Aufkommen aus der Ökosteuer nur nach Berlin fließt und die Länder, also auch Bayern, für die Entlastungsversuche aufkommen müssen?

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Zurufe von der SPD)

Jetzt kommt das Dreisteste. Herr Maget, wahrscheinlich gefällt es Ihnen: Man verknüpft die genannten Steuererhöhungen mit einer Absenkung der Mineralölsteuer auf Agrardiesel und macht sozusagen ein „politisches Paket“ daraus. Meine Damen und Herren von den Oppositionsfraktionen, diejenigen unter Ihnen, die ein schlechtes Gedächtnis haben, muss ich wiederum an Fakten erinnern: 1998 betrug die Mineralölsteuer auf Agrardiesel lächerliche 21 Pfennig pro Liter. Im laufenden Jahr sind es noch 44, für das nächste sind 57 Pfennig pro Liter vorgesehen. Nun kommt die Rettungsmannschaft im roten Feuerwehrauto daher und erklärt: Wir müssen die Steuer auf 50 Pfennig pro Liter für die Landwirtschaft und auf 47 Pfennig pro Liter für die Untergläsgärtner senken. Das sei das einzig Richtige.

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren von der SPD und von den GRÜNEN, Sie kommen mir vor wie der Feuerwehrmann, der vor zwei Jahren überall Brände gelegt hat, um sich nun beim Löschen als Held aufzuführen. Nicht anders verhalten Sie sich.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Zuerst heben Sie den Preis für Dieselmotorkraftstoff für die Land- und die Forstwirtschaft in drei Stufen an. Jetzt ermäßigen Sie ihn und erklären das zur Heldentat. Um es ganz kompliziert zu machen, vermischen Sie diese Maßnahme mit der Einführung einer Entfernungspauschale. Dabei ist das nichts anderes als das Zusammenwerfen von Äpfeln und Birnen. Gleichwohl machen Sie ein „politisches Paket“ daraus. Wissen Sie, was das ist? Das ist der Beleg für das totale steuerpolitische Chaos in Berlin.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

In aller Ruhe erkläre ich: Bayern bleibt konsequent. Wir schauen nicht auf die anderen Länder. Da gibt es keine Wiederholung der Vorgänge vom 14. Juli.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Nach unserer Auffassung gibt es eine einzige klare Linie: Weg mit der Ökosteuer! Hier wird der Steuerzahler abkassiert. Mit ihrer Abschaffung wird den Bürgern etwas Gutes getan.

Wir bleiben bei der Ablehnung der Ökosteuer und bei der Ablehnung Ihres Reparaturversuchs namens Entfernungspauschale. Das ist die klare Linie des Freistaates Bayern auch im Bundesrat.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Das Wort hat Herr Kollege von Rotenhan.

(Gartzke (SPD): Jetzt wird es lustig! – Allgemeine Heiterkeit)

Freiherr von Rotenhan (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schön, wenn man sich innerhalb kurzer Zeit eine Stellung erarbeitet hat, dass ein Raunen durch das Plenum geht, wenn man aufgerufen wird, um eine Rede zu halten.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Strasser (SPD))

– Herr Kollege Strasser, Sie sollten mit Ihren spöttischen Bemerkungen über die Qualität der Beiträge meiner Kollegen etwas vorsichtiger sein. Es ist den Rednern der CSU-Fraktion zu verdanken, dass die Debatte über ein für eine Aktuelle Stunde relativ phantasieloses Thema noch zu einer lebendigen Diskussion geworden ist.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Maget, stellt sich hierher und spricht davon, die CSU-Fraktion verrate die Landwirtschaft. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Er tut dies vor dem Hintergrund, dass der Bundeskanzler vor gut einem Jahr auf dem Bauerntag in Cottbus aufgestanden ist und gesagt hat: „Ihr Bauern habt uns nicht gewählt; ihr könnt uns den Buckel herunterrutschen. Wohltaten für euch sind von uns nicht zu erwarten.“

(Maget (SPD): Hat er das gesagt?)

Das sagt der Städter Maget, dessen Verständnis für die Landwirtschaft sich der Jahreszeit entsprechend wahrscheinlich an der Weihnachtsgeschichte orientiert, in der bekanntlich Ochs und Eselein im Stall von Bethlehem vorkommen.

(Heiterkeit bei der CSU – Kaul (CSU): Weiter so!)

Herr Kollege Grabner hat zu Recht von einem Taschenspielertrick gesprochen. Das, was hier passiert, ist nichts anderes als ein Ausspielen der Pendler gegen die Bauern und der Bauern gegen die Pendler. Rein rechtlich gesehen stehen wir vor zwei völlig unterschiedlichen Dingen. Sie wollen, dass die Bauern mit dem spitzen Finger auf uns zeigen, weil wir nicht zugestimmt haben, als es um die Absenkung der Steuer für Agrardiesel ging. Um Ihre Ehrlichkeit herauszufordern, beantrage ich, dass wir über die beabsichtigte Absenkung der Mineralölsteuer in Ihrem Dringlichkeitsantrag separat abstimmen.

(Beifall bei der CSU – Unruhe bei der SPD)

Es ist meiner Aufmerksamkeit nicht entgangen, dass der agrarpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Herr Starzmann, diese Debatte schnellstens verlassen hat, weil er

offenbar die Scheinheiligkeit seiner eigenen Fraktion nicht mehr ertragen konnte.

(Beifall bei der CSU)

Ich halte es fast für eine Unsittlichkeit, diese zwei verschiedenen Dinge in einem Paket zusammenzuschneiden. Selbst dann, wenn die Verringerung der Agrardieselsteuer bald kommt, bleibt für die deutsche Landwirtschaft eine Belastung zwischen 900 Millionen DM und 1 Milliarde DM.

Im Bundesrat ist im Agrarausschuss beantragt worden, dass man die Besteuerung des Agrardiesels auf eine Höhe reduziert, die den Bauern in Frankreich abgenommen wird, wo der Liter bekanntlich mit 11 Pfennigen besteuert wird. Das heißt auf Deutsch, dass der durchschnittliche Bauernhof dort 2300 DM weniger an Steuern bezahlt, als es ein durchschnittlicher Bauernhof in Bayern tut. Ich weiß, dass Sie sich mit dem Cashflow und den Berechnungen eines Bauernhofs nicht auskennen, aber ich möchte Ihnen trotzdem vorrechnen, was das für den durchschnittlichen bayerischen Bauernhof bedeutet. Der durchschnittliche bayerische Bauernhof ist 20 Hektar groß und hat ausweislich des Berichts der Staatsregierung inklusive der Veredelung eine Wertschöpfung von 48000 DM. Wenn der Gewinn eines Bauernhofes bei 48000 DM im Jahr liegt, dann ist dies de facto kein Gewinn, sondern nichts anderes als eine schlechte Bezahlung der Bäuerinnen und Bauern.

(Beifall bei der CSU)

Auf einem Bauernhof arbeitet bekanntlich nicht nur ein Mensch, sondern dort arbeiten mehrere Menschen. Wenn am Ende 48000 DM übrig bleiben, heißt das, dass eine Verzinsung des Eigenkapitals nicht stattfindet und die Abschreibungen kaum bezahlt werden können. In dieser Situation nehmen Sie dem durchschnittlichen Bauernhof weitere 2000 DM ab. Sie können sagen, was Sie wollen, aber diese Tatsache bleibt so stehen.

Meine Damen und Herren, selbstverständlich lehnen wir Ihren Antrag ab. Ich wiederhole noch einmal meinen Antrag, dass wir getrennt abstimmen. Das wäre auch aus Ihrer Sicht sehr viel ehrlicher.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Aktuelle Stunde ist beendet. Ich lasse über den mitberatenden Dringlichkeitsantrag abstimmen. Wie Sie bereits wissen, soll die Abstimmung auf Wunsch der SPD-Fraktion in namentlicher Form erfolgen. Herr Kollege von Rotenhan hat die getrennte Abstimmung des ersten Teils mit den Spiegelstrichen und des zweiten Teils zum Agrardiesel verlangt. Ich frage die SPD-Fraktion, ob sie damit einverstanden ist. – Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir über den Antrag im Ganzen ab.

(Unruhe bei der CSU – Zurufe von der SPD)

– Wir haben die Diskussion längst beendet und befinden uns im Abstimmungsvorgang.

Für die Stimmabgabe sind entsprechend gekennzeichnete Urnen bereitgestellt. Die Ja-Urne befindet sich auf der Oppositionsseite. Die Nein-Urne ist auf der Seite der CSU-Fraktion aufgestellt. Die Enthaltung-Urne befindet sich auf dem Stenographentisch. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Hierfür steht ausreichend Zeit zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 15.57 bis 16.02 Uhr)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, Platz zu nehmen. Die Abstimmung ist geschlossen. Ich werde das Ergebnis der Abstimmung nachher bekannt geben.

Ich rufe nun auf:

Tagesordnungspunkt 2

Haushaltsplan 2001/2002;

Einzelplan 15 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Das Wort hat Herr Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst.

Staatsminister Zehetmair (Wissenschaftsministerium): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Otto von Bismarck hat einmal gesagt, dass jeder Superlativ zum Widerspruch reize. Gleichwohl will ich gleich am Anfang meiner Haushaltsrede mit großer Genugtuung feststellen: Der Freistaat Bayern ist neben der Region des Großraums London der mit Abstand führende Standort von Wissenschaft, Forschung und moderner Hochtechnologie in ganz Europa.

(Beifall bei der CSU)

Ziel unseres Haushalts ist es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass dies auch so bleibt. Ich freue mich über den Entwurf des Einzelplans 15, den wir heute im Plenum des Bayerischen Landtags beraten. Denn trotz allgemeiner Spartendenz, die dem bayerischen Gesamthaushalt mit dem Ziel der Konsolidierung der Staatsfinanzen zugrunde liegt, macht der Entwurf des Einzelplans 15 klar, welche herausragenden Stellenwert die Staatsregierung auch weiterhin der Förderung von Wissenschaft, Forschung und Kultur für die Zukunft unseres Landes beimisst.

Ich will das belegen: Der Haushalt für Wissenschaft, Forschung und Kunst steigt einschließlich der umfinanzierten Mittel, welche im Einzelplan 13 veranschlagt sind, von 7,3 Milliarden DM im Jahre 2000 auf 7,84 Milliarden DM im Jahre 2002. Das ist ein Zuwachs von einer halben Milliarde DM oder von sieben Prozent. Daraus errechnet sich eine jährliche durchschnittliche Steigerungsrate von 3,5%, und das wiederum heißt: Wir liegen über der Steigerungsrate des bayerischen Gesamthaushalts von 2% im Jahresdurchschnitt.

Diese Zahlen sind ein sicheres Fundament für die Herausforderungen, die Bayern im internationalen Wettbewerb von Wissenschaft, Forschung und Technologie zu bewältigen hat. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir zirka 40% des Wissenschaftsetats für die Forschung ausgeben. Wie wichtig und wie notwendig dies ist, zeigt die aktuelle Situation und die Diskussion über neuartige Formen der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit, die uns alle unter dem Schlagwort BSE auf dem hochsensiblen Feld unserer Nahrungsmittel tief beunruhigt.

Auch hier möchte ich ein Wort der Genugtuung bayerischer Politik aussprechen. Wir haben im Jahre 1997 Herrn Prof. Dr. Hans Kretzschmar an die Universität München berufen. Er ist der herausragende deutsche Neuropathologe mit einer internationalen Ausstrahlung auf dem Gebiet der neurodegenerativen Erkrankungen. Er nimmt sich damit insbesondere der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit an. Sein wissenschaftliches Arbeitsfeld steht heute im Blickfeld von Wissenschaft und Politik, und ich bin froh, dass die Medizinische Fakultät der Universität München seinerzeit einen eindeutigen Vorschlag für diese Berufung gemacht hat, der ich dann auch gefolgt bin. Übrigens habe ich heute die Summe von zwei Millionen DM als Sondermittel für die BSE-Forschung an das Institut von Herrn Kretzschmar freigegeben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, „verkümmert der forschende Geist, dann stirbt auch die Gesellschaft“, das hat – wenn ich das zitiere, können Sie sich schon denken, dass es ein Römer gesagt haben könnte – der alte Cato treffend gesagt. Wir wissen in Bayern sehr genau, dass die Zukunft unseres Landes in den Köpfen unserer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler liegt. Wissenschaftliche Forschung auf höchstem Niveau ist geradezu lebensnotwendig. Das gilt insbesondere für die Naturwissenschaften, die Medizin und die Technik. Ich nenne als weitere Beispiele die Genomforschung, die Gentechnik, die Medizintechnik, die Protonentherapie, die Mechatronik, die Nanotechnologie oder die Materialforschung, die ebenfalls vorrangig im Interesse der Öffentlichkeit steht.

Die neue Forschungs-Neutronenquelle FRM II in Garching ist technisch fertig. Sie wird der am vielseitigsten verwendbare Forschungsreaktor der Welt in Wissenschaft, Technik und Medizin sein. An Widerständen gegen dieses Projekt hat es in der Vergangenheit wahrlich nicht gefehlt. Aber ich bin sicher, wenn er in Betrieb geht und das hoffentlich bald, wird es kaum mehr jemanden geben, der jemals seine Bedeutung und seinen Nutzen in Frage gestellt hat.

Meine Damen und Herren, dieses Projekt war nur in Bayern realisierbar, und ich bekunde allen Beteiligten, die sich in dieses Projekt mit Spitzentechnologie eingebracht haben, meinen großen Respekt.

(Beifall bei der CSU)

Heute stellen wir fest, dass an mehreren bayerischen Universitätsstandorten das Thema Protonentherapiezentrum ganz aktuell erörtert wird, und zwar in Erlangen, Nürnberg, Regensburg und München. Sollte es gelin-

gen, dass wir auch diese Einrichtung nach Bayern holen können, dann ist der Freistaat bei der Strahlenforschung nicht nur die absolute Nummer 1 in Deutschland, sondern in ganz Europa. Im gleichen Atemzug will ich aber sagen, dass wir dabei die Geisteswissenschaften keinesfalls vergessen oder geringer schätzen dürfen.

(Beifall eines Abgeordneten der CSU)

Denn Sie sind es, die entscheidend dazu beitragen, die Zielvorgaben allen Forschens grundlegend zu überdenken. Sie sind es, die uns dazu bringen, die Zielfrage „cui bono“ immer wieder neu zu stellen.

Es gibt an den bayerischen Universitäten derzeit 51 Sonderforschungsbereiche, so viele, wie in keinem anderen Land der Bundesrepublik. Sie sind mit ihren strengen Begutachtungsverfahren deutlich messbare Indikatoren für die Qualität einer Forschungslandschaft. Erst jüngst hat die Deutsche Forschungsgemeinschaft vier neue Sonderforschungsbereiche in Bayern genehmigt.

Darüber hinaus haben wir siebzehn Forschungsverbände, in denen Hochschulen und Wirtschaft eng zusammenarbeiten mit dem Ziel, neue Arbeitsgebiete zu erkunden und neue zukunftssträchtige hochqualifizierte Arbeitsplätze zu schaffen. Auch dies ist in der Bundesrepublik einmalig und beweist eindrucksvoll die Attraktivität des Forschungsstandortes Bayern.

An unseren Universitätskliniken, die eine internationale Reputation genießen, finden jeden Tag hochkomplizierte lebensrettende Operationen statt. Die medizinische Forschung und die Krankenversorgung an den bayerischen Universitätskliniken haben höchstes Niveau. Deshalb tun wir alles, um für die bedeutsame Arbeit der beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler optimale Voraussetzungen zu schaffen.

Herausragende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler kommen gerne nach Bayern, weil sie hier stabile politische Verhältnisse und verlässliche Arbeitsmöglichkeiten vorfinden. Diese wollen wir ihnen auch weiterhin bieten. So wird es uns auch künftig gelingen, die qualifiziertesten Hochschullehrkräfte zu gewinnen. Es gilt, den derzeit stattfindenden Generationenwechsel zu nutzen und durch richtige Weichenstellungen sowohl auf eine zukunftsorientierte Neuausrichtung der Lehrstühle zu achten, als auch die besten Kandidatinnen und Kandidaten nach Bayern zu berufen. In den letzten beiden Studienjahren wurden alleine an den bayerischen Universitäten 154 Lehrstühle und 106 C3-Professuren neu besetzt.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wie viele Frauen waren dabei?)

– Ich habe sie nicht durchgezählt, weil ich nicht so sehr nach Geschlechtern als nach der Qualifikation gehe. Alle waren hochqualifiziert, darunter waren natürlich auch Frauen.

Diesen Neubesetzungen galt mein besonderes Augenmerk. Ich kann feststellen, dass wir in der strukturellen Fortentwicklung der Fächer und in der personellen

Erneuerung unserer Hochschulen höchst erfolgreich waren und es auch noch sind. Neben dem hohen Ansehen, das unsere Hochschulen international genießen, haben insbesondere das Vertrauen in die Einhaltung von Berufungszusagen sowie die Möglichkeit, berechnete Ausstattungswünsche zu erfüllen, zu diesem Erfolg beigetragen. Das Lehrstuhlerneuerungsprogramm mit einer Laufzeit von fünf Jahren und einer Summe von jährlich 30 Millionen DM, welches meine Fraktion genehmigt hat und welches jetzt zu Ende geht, hat wahrhaftig Wunder gewirkt.

(Beifall bei der CSU)

Vor allem konnte damit die apparative Ausstattung der Lehrstühle verbessert werden. Die Professorin und der Professor, denen immer nachgesagt wird, dass es ihnen nur ums Geld ginge, achten in erster Linie darauf, dass sie für die wissenschaftliche Arbeit eine bestmögliche Ausstattung vorfinden. Darauf legt auch Bayern größten Wert. Das gilt auch für Bereiche wie die Gentechnik und die Molekularbiologie.

Wir stehen nunmehr fast in der Mitte der laufenden Legislaturperiode. Deren erste Hälfte war geprägt von der Umsetzung des zum 1. August 1998 in Kraft getretenen Hochschulreformgesetzes. Die Verbesserung des Hochschulmanagements und damit die Stärkung von Effizienz und Wirtschaftlichkeit der Hochschulen ist eines der wesentlichen Ziele der Hochschulreform. Mit besonderem Interesse haben wir alle die Bestellung der Hochschulräte verfolgt. Sie sind ein wesentliches Element der neuen Hochschulorganisationsstruktur. Nicht nur die Opposition begegnete diesem Gremium mit Skepsis, auch Hochschulmitglieder selbst hatten Bedenken und fürchteten um die wissenschaftliche Autonomie. Heute kann ich feststellen, dass alle Befürchtungen unbegründet waren.

Die Erfahrungen an den Hochschulen mit der sehr konstruktiven Mitarbeit ihrer Hochschulräte sind durchwegs positiv. Bemerkenswert ist auch, dass wir aus den Fachhochschulen nie Klagen hörten. An den Universitäten führen gewisse heterogene Strukturen und auch gewisse Profilierungswünsche dazu, dass die Pegel manchmal besonders stark ausschlagen, aber das ist im menschlichen Leben ganz normal. Insgesamt arbeiten die Hochschulräte so erfolgreich, dass alle anderen Länder in Deutschland in ihren Hochschulgesetzen – wenn auch mit kleinen Modifikationen – Hochschulräte einführen.

Daneben galt es, an den Universitätskliniken, denen das Hochschulreformgesetz eine weitgehend wirtschaftliche Selbständigkeit gebracht hat, Aufsichtsräte zu installieren. Auch diese Organe sind zwischenzeitlich bestellt. Zum Erfolg unserer Hochschulreform hat ganz entscheidend beigetragen, dass wir jeden Planungsschritt immer wieder mit allen Hochschulen eingehend besprochen haben. Man muss das nicht unbedingt machen. Baden-Württemberg hat es anders gemacht. Wir haben dafür an unseren Hochschulen ein hohes Maß an konstruktiver Begleitung. Auch wenn es viel Zeit und Mühe kostet, ist es mir wichtig, dass möglichst viele aus Überzeugung einen gemeinsam festgelegten Weg gehen. Wir können

noch so schöne Gesetze und noch so schöne Verordnungen erlassen und auch noch so schöne Haushalte aufstellen; wir werden keinen optimalen Zustand erreichen, wenn nicht die Persönlichkeiten an den Universitäten und Fachhochschulen bis hin zum Verwaltungspersonal bereit sind, einen gemeinsam gefundenen Weg mitzugehen. Wir sind momentan auf einem guten Weg. Der konstruktive Dialog hat sich gelohnt, und wir kommen weiter.

Dies gilt auch für die Haushaltsflexibilisierung. Ich will dieses Thema ansprechen, weil es eine gewisse neue Dynamik bekommen hat. Eine flexible Wirtschaftsführung und damit eine Stärkung der Eigenverantwortung der Hochschulen wird in Bayern durch entsprechende Haushaltsvollzugsvorschriften in großem Umfang bereits ermöglicht. In einem weiten Budget, das den gesamten Bereich Lehre und Forschung umfasst und damit den Kernbereich der Universität abdeckt, sind alle Sachausgaben sowie die nicht stellungsbundenen Personalausgaben gegenseitig deckungsfähig. Ferner können Stellengehälter freier Planstellen bis zur 75 % ihres Stellengehalts für wissenschaftsbezogene Investitionen herangezogen werden, womit die von den Hochschulen stets geforderte weitgehende Deckungsfähigkeit zwischen Personalstellen und Sachmitteln erreicht wird. Selbst erwirtschaftete zusätzliche Einnahmen aus der Bewirtschaftung hochschuleigener Grundstücke und Gebäude werden den Hochschulen zur 75 % überlassen und nicht beanspruchte Haushaltsmittel können in das nächste Haushaltsjahr übertragen werden.

Den Weg der Einräumung weiterer Haushaltsflexibilisierungen und des weiteren Rückzugs des Staates aus Detailsteuerungen werde ich konsequent weiter gehen. Derzeit finden darüber Verhandlungen mit dem Finanzministerium statt und selbstverständlich werden diese Vorschläge auch mit dem Parlament zu besprochen.

Allerdings will ich Folgendes deutlich festhalten: Eine vollständige Globalisierung der Hochschulhaushalte halte ich nicht für zielführend. Ein effizienter Einsatz der begrenzt verfügbaren Haushaltsmittel setzt neben einem flexiblen Mitteleinsatz innerhalb der Hochschule auch eine sachgerechte Mittelverteilung zwischen den Hochschulen voraus. Die Einführung umfassender Globalhaushalte würde zu erheblichen Einschränkungen des Kontroll- und Budgetrechts des Parlaments führen und die Einflussmöglichkeiten des Staates stark reduzieren. Politische Prioritätensetzung durch Parlament und Regierung wäre nur noch in eingeschränktem Umfang möglich. Es kann nicht sein, dass dem Staat nur noch die Rolle des Geldgebers überlassen wird. Notwendig sind ausgewogene Regelungen, die sowohl den Bedürfnissen nach einem effizienten und eigenverantwortlichen inneruniversitären Mitteleinsatz als auch den Bedürfnissen nach einer sachgerechten Mittelverteilung zwischen den Hochschulen unter Berücksichtigung hochschulübergreifender Gesichtspunkte Rechnung tragen.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen hier immer wieder eine Gratwanderung und einen Balanceakt vollführend. Wenn sich eine Universi-

tätsklinik völlig von der Forschung absetzen und nur noch Krankenversorgung betreiben will, frage ich mich, ob wir diese Krankenversorgung noch unter universitärer und staatlicher Führung brauchen. Sollen wir dann nicht darüber diskutieren, ob diese Klinik privatisiert werden soll? Dessen müssen wir uns bewusst sein, zumal der Wissenschaftsrat 800 Betten streichen lässt, womit er deutlich machen will, dass wir nicht immer mehr zulegen dürfen. Oft stellt sich dabei auch die Frage, ob wir das Management abgeben sollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Bayern wird seine Spitzenstellung in Wissenschaft und Forschung weiter ausbauen. Dies war erklärtes Ziel der Hightech-Offensive und zuvor auch der Offensive Zukunft Bayern.

Die Hightech-Offensive hat mit 900 Millionen DM für die Wissenschaft und Forschung unseren Fachhochschulen und Universitäten einen gewaltigen zusätzlichen Anschlag gegeben. Sie wird Innovation und technologischen Fortschritt in Bayern weiter beflügeln. Auch die Regionalkonzepte mit je 50 Millionen DM für sieben Regierungsbezirke haben zum Ergebnis, dass die Mehrheit der dann realisierbaren Projekte aus dem Brutto der Hochschulen gekommen ist. Sie waren gut vorbereitet – und dafür ein Kompliment – in den Regionen: in Niederbayern oder Oberfranken, in Schwaben oder Unterfranken.

Inzwischen haben wir 550 Partnerschaften zwischen ausländischen und bayerischen Universitäten und 700 Partnerschaften zwischen Fachhochschulen und ausländischen Hochschulen. Damit will ich auch belegen, dass wir weiterhin die Internationalität und Attraktivität unserer Hochschulen stärken wollen. Das beginnt mit weiteren Vorlesungen in englischer Sprache, mit internationalen Studiengängen und Studienabschlüssen. Wir haben beispielsweise im Universitätsbereich eine sechszwanzigseitige Liste mit Vorlesungen und Seminaren in Fremdsprachen. Vergleichbares haben wir auch im Fachhochschulbereich.

Der Vermittlung fachbezogener Kenntnisse in den wichtigsten Fremdsprachen messe ich große Bedeutung bei; denn damit verbessern wir deutlich die Beschäftigungschancen unserer Absolventen. Wir erleichtern den Studierenden einen Studienaufenthalt im Ausland, und wir bauen eine wesentliche Hürde für Studienaufenthalte von Ausländern in Bayern ab. Das ist ein kraftvolles Vorantreiben der Internationalisierung unserer Hochschulen.

Im Rahmen der Partnerschaften wird eine fruchtbare Kooperation betrieben. Lassen Sie mich das europäische Graduiertenkolleg nennen, das sich an der Universität München in Verbindung mit der Sorbonne in Paris der Nachwuchsförderung auf dem Gebiet europäischer Privatrechtsfragen widmet, oder die erfolgreiche Zusammenarbeit bayerischer Fachhochschulen mit Universitäten in Brasilien.

Hervorheben möchte ich auch universitätsübergreifende Einrichtungen wie das Bayerisch-Kalifornische Hochschulzentrum in Erlangen, das Bayerisch-Amerikanische Zentrum und das Bayerisch-Französische Hochschul-

zentrum der beiden Münchner Universitäten. Der Verbindung mit Osteuropa tragen wir unter anderem mit den osteuropäischen Instituten in München, einem Bohemicum und einem geplanten Europäum an der Universität Regensburg Rechnung.

Mit Geld allein lassen sich Partnerschaften aber nicht mit Leben erfüllen; die Bereitschaft dazu muss in den Köpfen und Herzen weiter wachsen. Die Zahl ausländischer Studierender hat sich kontinuierlich erhöht. Im Wintersemester 1999/2000 studierten immerhin 18500 ausländischer Studentinnen und Studenten an unseren Hochschulen. Das sind 9% aller Studierenden.

Ein wichtiger Schritt zur Internationalisierung sind die neuen Bachelor- und Mastergrade. Die bayerischen Universitäten und Fachhochschulen haben bisher über 120 Studienangebote mit internationalem Bezug entwickelt, die zum Großteil mit diesen neuen Hochschulgraden abschließen. Das Spektrum reicht von den Ingenieurwissenschaften und den Wirtschaftswissenschaften bis zu den verschiedenen Geisteswissenschaften, zum Beispiel der Afrikanologie in Bayreuth. Die Einführung der neuen Bachelor- und Masterstudiengänge – das darf ich mit Nachdruck, aber auch aus meiner eigenen Überzeugung sagen – soll nicht zu einer Abwertung des deutschen Diploms führen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Wir haben uns allmählich angewöhnt, mit großem Ernst all das aufzunehmen, was jemand über die Vereinigten Staaten von Amerika erzählt.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Radermacher (SPD))

Es ist nicht so, dass im Hochschulbereich alles Gold ist, was da zu glänzen scheint.

(Zurufe von Abgeordneten der SPD)

Wir müssen zusehen, dass der akademische deutsche Abschlussgrad in der Welt der Insider viel bedeutet, und wir wollen seinen international guten Ruf erhalten.

Die neuen Medien werden gerade im Hochschulbereich künftig eine immer größere Rolle spielen. Die virtuelle Hochschule Bayern leistet hierbei Schrittmacherdienste. Am 15. Mai dieses Jahres konnten wir den Startschuss für diese besondere Hochschuleinrichtung geben. Im Jahr 2001 werden wir die bisherigen fünf Fächergruppen Ingenieurwissenschaften, Informatik, Medizin, Wirtschaftswissenschaften und Schlüsselqualifikationen um zwei Studiengänge erweitern, nämlich um die Rechtswissenschaften und um die Erziehungswissenschaften. Das Konzept der Virtuellen Hochschule Bayern soll und kann nicht den Hochschullehrer und die Hochschullehrerin im Hörsaal oder im Seminar ersetzen. Damit soll das bestehende Studienangebot erweitert und ergänzt werden. Mit dem vorgesehenen Verbundcharakter der bayerischen Hochschulen hat die Virtuelle Hochschule Bayern Vorbildfunktion für die zukünftigen nationalen oder internationalen Netzwerke virtueller Bildung. Die Zeitknappheit verbietet es mir, das deutlicher auszuführen.

Hier ist es uns gelungen, die Ersten zu sein. Die Fachhochschulen und die Universitäten gehen gut miteinander um: die einen mit ihrer Börse in Hof, die anderen mit ihrer Börse in Bamberg. Alle Hochschulen sind bayernweit vorbildlich vernetzt.

Ein völlig neuartiges Netzwerk ist derzeit im Entstehen: Ich meine die bayernweite Landeshochschulentwicklungsplanung. Die Landeshochschulentwicklungsplanung ist ein Praktikum des Miteinander der Hochschulen. Das neue Hochschulgesetz fordert die Hochschulen auf, zunächst selbst zu entscheiden, – Bottom-up-Verfahren sagen wir neudeutsch –, wo sie die Schwerpunkte ihrer Entwicklung setzen wollen. Die Hochschulräte haben den ihnen dabei zukommenden Part mit viel Engagement ausgefüllt. Zurzeit arbeiten wir in unserem Haus mit den Hochschulen an einer hochschulübergreifenden Abstimmung und Profilbildung, wobei wir besonderes Augenmerk darauf legen, dass die Hochschulen auch künftig auf höchstem Niveau ausbilden und den Bedürfnissen der jeweiligen Hochschulregion und der dort ansässigen Wirtschaft in Form von strukturellen Impulsen Rechnung tragen. Ziel ist ein ausgewogenes Hochschulsystem, das alle Wissensbereiche letzten Endes umfasst. Hochschulplanung ist so gesehen ein integraler Bestandteil der Landesentwicklung insgesamt.

Die beste Planung nützt nichts ohne das notwendige Geld. Ich danke dem Finanzminister und meiner Fraktion und vorsorglich auch Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition, insofern Sie zustimmen. Ab 2001 wird es möglich sein, alle von den Hochschulen bewirtschafteten Stellen des Bayerischen Hochschulsonderprogramms und des Hochschulsonderprogramms III, das sind 824 Stellen, auf Dauer zu etatisieren und damit auch zu dynamisieren. Das ist ein großer Erfolg. Bayern ist eines der ganz wenigen Länder, das diese Programme nach Wegfall der Mitfinanzierung des Bundes aus seinem Haushalt alleine finanziert.

(Beifall bei der CSU)

Um die Planungssicherheit zu erhöhen, haben wir auch die Stellen des bayerischen Überlastprogramms und des Nachwuchswissenschaftlerprogramms als Dauerstellen ausgebracht. Für den weiteren Ausbau der neuen Fachhochschulen stehen 110 neue Stellen im Doppelhaushalt zur Verfügung. Den zusätzlichen Stellenbedarf an den bestehenden Hochschulen erschließen wir uns durch Umwidmung frei werdender Stellen, die wir gezielt für neue Schwerpunkte einsetzen. Zusammen mit den Mitteln für Lehre und Forschung, die im vorherigen Haushaltsentwurf im Universitätsbereich insgesamt 6,6 Millionen und bei den alten Fachhochschulen um 6,9 Millionen steigen, sichern wir eine hochwertige Lehre und Spitzenforschung an unseren Hochschulen.

Einen ganz entscheidenden Beitrag für die Entwicklung des Wissenschafts- und Kulturstandortes Bayern leistet der Hochbauhaushalt des Einzelplans 15. Gegenüber 577 Millionen DM in diesem Haushaltsjahr stehen im Haushaltsjahr 2001, einschließlich der Umfinanzierungen und Sondermitteln, ohne HTO-Mittel, 660 Millionen DM und im Jahr 2002 650 Millionen DM zur Verfügung. Fast die Hälfte dieses Gesamtvolumens von 1,3 Milliar-

den DM entfällt auf die Sanierung der Hochschulklinika, nämlich 550 Millionen DM.

(Beifall bei der CSU)

Das ist begründet. Der Bedarf für die Hochschulklinika ist sehr hoch in den nächsten Jahren. Die Kollegen aus den Universitätsstädten klatschen besonders stark auf die Bänke.

Wenn wir schon bei dem Beifall sind: Ich danke Ihnen besonders auch dafür, dass Sie gemeinsam mit dem Kabinett weitere 100 Millionen DM – 50 Millionen plus 50 Millionen – drauflegen. Damit haben wir einen guten Startschuss in Nordbayern – ich darf das den Münchnern einmal sagen, wir müssen auch so etwas zugeben – –

(Zuruf von der SPD: Es wird auch Zeit, dass einmal was gemacht wird! – Gegenruf des Abgeordneten Dr. Eykmann (CSU))

Ich möchte den Satz zu Ende führen. Auch die Münchner müssen zugeben, dass in der Planung zur Umsetzung dieser Baumaßnahme die Erlanger und die Würzburger am weitesten sind. Daher werden wir wohl mit denen beginnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

In München ist es aber auch schwieriger, weil wir dort noch strukturelle Fragen zu lösen haben: drei Standorte, zwei mit einer Fakultät, die früher getrennt waren und jetzt zusammengeführt werden. Das ist auch ein mühsamer Prozess.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, rund 50% der Betten der Maximalversorgung in Bayern werden von den Universitätsklinika vorgehalten. Die Sanierung der Klinika ist unabdingbare Voraussetzung für deren Wettbewerbsfähigkeit. Hierfür sind nicht nur medizinische Spitzenleistungen, sondern auch die Qualität der Unterbringung der Patienten entscheidende Kriterien – und bei Letzterem haben wir noch einen erheblichen Nachholbedarf.

Wenn der ORH-Bericht ein kritisches Wort zu den Polikliniken aller Universitäten sagt – übrigens eine Feststellung, die für alle Polikliniken in Deutschland gilt –, dann muss man sich entscheiden, ob man für diesen Bereich noch eine optimale Krankenversorgung will oder ob man es ganz den Oberzentren überlässt, die dann entsprechend investieren müssen. Das ist letztlich die Gretchenfrage, die es zu entscheiden gilt.

Auch außerhalb des Klinikbereichs brauchen wir erhebliche Hochbaumittel. Wir haben für die Universitäten 226 Millionen DM in 2001 und 183 Millionen DM in 2002 eingeplant. Das bedeutet, dass wir endlich mit dem zweiten Bauabschnitt für die WiSo-Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg in Nürnberg beginnen können. Das bedeutet, dass wir für die Fachhochschulen vor allem das Großbauvorhaben in München an der Loth-/Heßstraße,

das insgesamt 230 Millionen DM kosten wird, machen können und daneben noch mehrere wichtige Bauprojekte, sowohl Neubauten als auch Sanierungsvorhaben, an anderen Fachhochschulstandorten.

(Hufe (SPD): Technische Chemie!)

Auch den Bereich Kunst werden wir im Bauhaushalt nicht vernachlässigen. Bisher standen uns dafür etwa 50 Millionen DM zur Verfügung, einen gleich hohen Jahresbetrag haben wir auch für 2001 und 2002, und zwar alles außerhalb der Pinakothek der Moderne, außerhalb des Neuen Museums Nürnberg, außerhalb des Schäfer-Museums in Schweinfurt und außerhalb des Buchheim-Museums, das letztlich doch ganz bei uns bleibt, weil alles andere doch nicht so "Ernst" zu nehmen war, wie es der Name zunächst erwarten ließ.

Meine Damen und Herren, diese Zahlen sollten eindrucksvoll zeigen, dass wir auch ein hervorragendes Beschäftigungsprogramm für die Bauwirtschaft auflegen.

Das Stichwort Beschäftigung führt mich zu den IT-Berufen. 60 Millionen DM stellen wir dafür in fünf Jahren zur Verfügung. Als Vergleichszahl darf ich nennen: Der Bund stellt für alle 16 Länder in diesen fünf Jahren 50 Millionen DM zur Verfügung.

Es ist uns gelungen, in kürzester Zeit dank des besonderen Engagements der Fachhochschule Deggendorf mit BR-alpha einen IT-Kompaktkurs von deutschlandweiter Bedeutung einzurichten, eine wirkliche Pionierleistung. Dort kann man neben der beruflichen Tätigkeit den Bachelor machen, sich aber auch generell fortbilden und ein Zertifikat erhalten, und das in eineinhalb Jahren.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Aber, meine Damen und Herren, lassen Sie mich auch sagen – und ich tue hier meine persönliche Meinung kund –, dass wir uns nicht nur von der Problematik der Informatik gefangen nehmen lassen sollten. Richtig ist, dass der Arbeitsmarkt gegenwärtig jede Absolventin und jeden Absolventen aufsaugt. Richtig ist auch, dass das Informatikstudium gerade jetzt einen Nachfrageboom wie nie zuvor erlebt. Wer aber sagt mir, dass das in vier, fünf oder sechs Jahren, wenn die heutigen Anfänger ihr Studium abschließen werden, noch genauso sein wird? Gleichzeitig zeichnet sich in einer Reihe anderer Fächer ein Mangel an Hochschulabsolventen ab, der noch zunehmen wird. Ich nenne nur die Fächer Chemie und vor allem Physik, die von den Studienanfängern deutlich vernachlässigt werden. Es ist unser aller Aufgabe, auf ausgeglichene Verhältnisse hinzuwirken.

Ein aktuelles Thema, dem ich den ganzen kommenden Samstag widmen werde, ist die Reform des Hochschullehrerdienstrechts und der Hochschullehrerbesoldung. Wegen der fortgeschrittenen Zeit will ich darauf jetzt nicht näher eingehen. Die Eckpunkte, die ich vertrete, sind bekannt und sind zum Teil auch schon durchgesetzt, beispielsweise Flexibilität durch die neuen Besoldungsgruppen W 2 und W 3 und Abschaffung der Besoldungsgruppe C 2 bei den Fachhochschulprofessoren;

Ablehnung, dass es keine Assistenten mehr geben darf; Zustimmung zur schnelleren Ausbildung zum Hochschullehrer, zur Hochschullehrerin, aber Ablehnung des Verbots der Habilitation.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist auch ein klares Bekenntnis der Bayerischen Staatsregierung zur Förderung von Kunst und Kultur im Haushalt vorgesehen, und ich bitte das Hohe Haus um entsprechende Unterstützung. Ich habe vorhin die großartigen Museumsbauten genannt, die zum Teil schon eröffnet sind, zum Teil in der nächsten Zeit, spätestens 2002, in Betrieb gehen werden. Nachdem es uns gelungen ist, die Sammlung Brandhorst und die Stiftung Brandhorst für den Freistaat Bayern zu gewinnen, planen wir auf dem Gelände der ehemaligen Türkenkaserne ein Ausstellungsgebäude für die Ausstellung Brandhorst und gleichzeitig das notwendige Gebäude für die Staatliche Graphische Sammlung. Dies beinhaltet der Haushalt und dies ist eine ganz wichtige Antwort sowohl im Bereich Public Private Partnership als auch auf die notwendige Pflichtaufgabe des Freistaats Bayern für seine herausragende graphische Sammlung.

Nicht vergessen will ich zu sagen, dass das bürger-schaftliche Engagement, das die Schaffung manches Kunst- und Kulturzentrums möglich gemacht hat, vorbildlich geworden ist, gerade für die Pinakothek der Moderne und auch für den Bau der Staatlichen Graphischen Sammlung.

Ich bin stolz, dass trotz des Ziels eines Haushalts ohne Neuverschuldung die freiwilligen Leistungen für die Kunst- und Kulturpflege nicht gekürzt, sondern zum Teil sogar deutlich erhöht wurden. Dies gilt besonders für die Förderung der nichtstaatlichen Theater, für die nach 88,5 Millionen DM in diesem Jahr 91,5 bzw. 92,5 Millionen DM in den beiden nächsten Jahren eingeplant sind. Für die künstlerische Musikpflege – und darunter fällt auch die Förderung der nichtstaatlichen Orchester – stehen im nächsten Jahr 2,5 Millionen DM mehr zur Verfügung. Bei der Denkmalpflege bleibt das Fördervolumen immerhin ungeschmälert erhalten, durch Bewilligungen der Bayerischen Landesstiftung und des Kulturfonds erfährt dieser Bereich eine deutliche Aufstockung, so dass auch Großvorhaben finanzierbar werden.

Eine zukunftsorientierte, innovative Entwicklung von Wissenschaft und Forschung, Bildung und Kultur, Wirtschaft und Technik setzt auch eine leistungsfähige Literatur- und Informationsversorgung voraus. Gemeinsame Aufgabe der Bibliotheken ist es, auf die Anforderungen und Ansprüche der Bibliotheksbenutzer im Zeitalter der Informations- und Kommunikationsgesellschaft mit modernen Serviceleistungen zu reagieren. Im Bibliotheksverbund Bayern arbeiten über 80 staatliche und sonstige Bibliotheken in einem vernetzten und dialogorientierten Informationsverbund unter Nutzung des so genannten Bayernnetzes, neuester Software und moderner Systemarchitekturen zusammen. Den Schwerpunkt bilden dabei natürlich die Hochschulbibliotheken und die Bayerische Staatsbibliothek mit einem Gesamtbestand von über 34 Millionen Bänden. In Zukunft wird es nicht mehr in erster Linie entscheidend sein, meine Damen und Herren, in welcher Bibliothek

welches Dokument vorhanden ist, sondern wie schnell der Benutzer zu dem von ihm benötigten Dokument kommt, und zwar online. Ohne die Bereitstellung von Sondermitteln, seit 1993 etwa 52 Millionen DM, wären wir noch nicht so weit bei unserem ehrgeizigen Ziel. Aber wir haben noch eine lange Wegstrecke und einen steilen Anstieg vor uns, so dass ich auch für die nächsten Jahre um Aufmerksamkeit und Wohlwollen bitte.

(Dr. Kaiser (SPD): Wir sind wohlwollend!)

Frau Präsidentin, Hohes Haus, mit diesen Ausführungen habe ich nur die wichtigsten Themen des Haushalts meines Ressorts ansprechen können. Dieser Haushalt zeigt den Facettenreichtum von Wissenschaft, Forschung und Kunst in Bayern und – was viel wichtiger ist – das enorme kreative Potenzial unseres Landes, das wir fördern und weiterentwickeln müssen. Dabei hoffe ich weiter auf Ihre Mithilfe. Der Ihnen vorliegende Entwurf des Einzelplans 15 für die Jahre 2001 und 2002 ist ein sicheres Fundament, auf dem wir unsere Zukunft aktiv gestalten können.

Für die sachkundigen Beratungen des Haushaltsausschusses unter dem ausgleichenden Vorsitz des Kollegen Manfred Ach danke ich allen Kolleginnen und Kollegen. Ich danke den Berichterstattern, den Kolleginnen Monika Lochner-Fischer und Emma Kellner und vor allem meinem Fraktionskollegen Engelbert Kupka, der sicher schon bei den Unterhachingern weilt, wofür ich ja – ah, er ist noch da, obwohl er bald spielt; Respekt! –

(Hofmann (CSU): Die spielen ohne ihn genauso gut!)

für Ihre Beiträge.

Ich bitte das Hohe Haus, dem Entwurf des Einzelplans 15 zuzustimmen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Die Redezeit betrug 37 Minuten. Damit verlängert sich die Redezeit der Fraktionen um jeweils 7 Minuten.

Im Ältestenrat wurde für die allgemeine Aussprache eine Redezeit von einer Stunde und 30 Minuten festgesetzt. Davon entfallen nun auf die Fraktion der CSU 49 Minuten, auf die SPD-Fraktion 37 Minuten und auf die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 25 Minuten.

Ich eröffne die Aussprache. Als erste Rednerin hat das Wort Frau Kollegin Dr. Baumann. Bitte.

Frau Dr. Baumann (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wie schön, Herr Minister, dass ich einen Standardsatz meiner Haushaltsrede dieses Jahr nicht mehr sagen muss, nämlich dass es bundesweit keine einzige Frau auf einem Lehrstuhl für Frauenheilkunde gebe. Ich bedanke mich dafür bei Ihnen ausdrücklich. Ich weiß, dass das nicht ganz einfach gewesen ist.

(Beifall bei der SPD)

Was wir schön finden, wollen wir auch so nennen.

Um so mehr ist es schade, dass Sie ein Versprechen aus Ihrer Haushaltsrede von 1990/91 auch in diesem Haushalt nicht wahrgemacht haben, nämlich einen Stellenpool für die Wissenschaftlerinnen zu schaffen. Ich habe auch daran in jeder Haushaltsrede erinnert.

Die Fortschritte in Bayern bei der Frauenförderung erkennen wir an. Wir sind da strukturell anderer Meinung als Sie. Wir hätten es nicht mit Habilitations-Förderpreisen gemacht, sondern wir hätten gern Ihre Idee aufgegriffen, den Stellenpool, den Sie 1991 angeregt hatten, einzurichten. Der Anteil der habilitierten Frauen in Bayern ist gestiegen, auch der Anteil der Lehrstuhlbesitzerinnen ist gestiegen. Nach der Statistik ist in Bayern jeder 15. Lehrstuhl mit einer Frau besetzt; bundesweit ist es jeder zehnte. Also da ist noch ein gewisses Polster. Ihre Anstrengungen sehe ich auch darin, sich als frauenfreundlicher Minister profilieren zu wollen.

(Frau Radermacher (SPD): Damit hat er keine Probleme.)

Ich will Ihnen dabei gern helfen.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben in Ihrer Rede auch die virtuelle Hochschule angeschnitten. Sie wird ja aus den Privatisierungserlösen finanziert. Wir hatten darüber im Ausschuss im vergangenen Jahr heftige Auseinandersetzungen. Ich möchte die Gelegenheit hier nutzen, um noch einmal klarzustellen, dass wir nicht gegen die virtuelle Hochschule sind, wie es bei einzelnen Ihrer Fraktion angekommen ist, sondern dass wir dagegen sind, wie es unter Umständen gemacht wird; wir wissen nicht genau, wie es gemacht wird, weil ein Konzept nicht zu erkennen ist. Wir wissen, dass gearbeitet wird, dass Professorinnen und Dozentinnen gebeten werden, ihre Vorlesungen digital der virtuellen Hochschule zur Verfügung zu stellen; aber wie es genau gemacht wird, entzieht sich unserer Kenntnis. Auch in diesem Fall, weil es künftig um Millionenbeträge geht, die für die Entwicklung nötig sein werden, liegt uns auch an der finanziellen Kontrolle, ob das Geld, das der Haushaltsausschuss bereitgestellt hat und das der Landtag, dem folgend, wohl beschließen wird, richtig eingesetzt wird.

Virtuelle Hochschulen gibt es weltweit einige. Fast alle haben dieselben Fehler gemacht, nämlich das Konzept von dem realen Unterrichts, dem Frontunterricht, der Vorlesung 1:1 ins Netz zu stellen. Das kann nicht der Sinn einer virtuellen Hochschule sein, sondern eine virtuelle Hochschule soll sich das Medium des Internets oder der online-Möglichkeiten tatsächlich zu Eigen machen.

(Beifall bei der SPD)

Dafür gibt es Beispiele. Von einem in München weiß ich. Ich vermute, es gibt an anderen bayerischen Hochschulen weitere Beispiele. Aber das Münchener Beispiel kenne ich zufällig. Es wird am Geschwister-Scholl-Insti-

tut durchgeführt, das sonst nicht so sehr in dem Glanz und auch nicht dem Wohlgefallen des Ministers steht, in der Regel auch nicht des Ausschusses, weil die Zustände an dem Institut nachdenklich machen. Aber dort gibt es Projekte, wo tatsächlich im Seminar für Angewandte Politik, online zur selben Stunde mit Studierenden und Dozenten in Paris und mit Studierenden und Dozenten in New York gearbeitet wird. Das ist etwas, was wir uns unter einer virtuellen Hochschule vorstellen, die die Möglichkeiten des Netzes ausnützt. Wir würden gern dazu beitragen, das zu konstruieren, wenn wir ein Konzept der Staatsregierung für die virtuelle Hochschule kennen. Wir kennen es nicht.

Es gibt einen weiteren Punkt, den sehr vorsichtig anzusprechen ich mich bemühen möchte, den ich aber nicht undiskutiert lassen kann. Vorsichtig deswegen, weil ich weiß, dass die CSU da noch in einem Denkprozess ist und ich den Denkprozess für den Nachtragshaushalt nächstes Jahr nicht stören möchte. Es geht um die Situation der wissenschaftlichen Bibliotheken. Mein Arbeitskreis hat sich in mehreren Gesprächen und Anhörungen ausführlich damit befasst, und zwar schon wegen der Tatsache, dass Sie, Herr Minister, oft zweimal im Jahr, aber mindestens einmal, mit Sondermitteln für die wissenschaftlichen Bibliotheken herauskommen. Ich bin keine Haushälterin. Mir ist es immer schleierhaft, wie 5 Millionen, manchmal sogar 7 Millionen, in einem Haushaltsjahr plötzlich für so etwas frei werden. Ich denke, die Haushälter wissen, aus welchem Topf das kommt.

Aber eine Einrichtung wie die wissenschaftlichen Bibliotheken lässt sich in diesem Jahrhundert nicht mehr über Sondermittel finanzieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Staatsbibliothek steht vor einer Umwälzung, nämlich einen digitalen Katalog anzufertigen. Der Schlagwortkatalog, der Autorenkatalog, alles, was nicht in absehbarer Zeit digitalisiert und im Netz vorhanden sein wird, was in absehbarer Zeit nicht ins Netz gestellt werden kann, wird, weil die Benutzer auf das Bestellsystem online zugreifen werden, für die wissenschaftliche Arbeit nicht mehr existieren. Da geht es um einen Bücherwertbestand von über 700 Millionen DM, der derzeit im Katalog nicht digitalisiert ist, das heißt nicht digital angefordert werden kann, nicht digital über das Netz bestellt werden kann. Darin ist noch nicht eingeschlossen, dass die Bücher dem Inhalt nach digital vorhanden sind; das ist eine ganz andere Kategorie.

Dafür braucht die Staatsbibliothek nach Aussagen des Generaldirektors 4,5 bis 5 Millionen DM. Das ist ein kleiner Betrag im Verhältnis zu dem, was in den Bundesländern Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen für diese Tätigkeit eingestellt worden ist, nämlich etwa 20 bis 30 Millionen. Billiger wird es deswegen, weil es mittlerweile Möglichkeiten gibt, das online im ostasiatischen Raum machen zu lassen. Die Staatsbibliothek ist fündig geworden, das so zu tun.

Der zweite Bereich ist, den Haushalt der Universitätsbibliotheken generell auf andere Füße zu stellen. Die Preise steigen. Die wissenschaftliche Literatur hat in den

letzten Jahren Preissteigerungen von in Spitzenfällen über 1000% erfahren. Die wissenschaftliche Literatur leidet bei der Neuanschaffung deutlich auch unter der Euroschwäche. Ich will das hier nicht ausführen, damit der Euro nicht noch schwächer wird. Aber der internationale Buchpreis wird in Dollars oder englischen Pfund ausgedrückt. Das kann vielleicht durch Sondertitel im Haushalt ausgeglichen werden. Aber das kann die Bibliotheken nicht in die Lage versetzen, weiter zu digitalisieren, letztlich auch irgendwann einmal die Bücher digital im Netz vorhanden zu haben und den Menschen andere Möglichkeiten anzubieten.

Ich betone das deswegen so sehr, weil wir alle miteinander unstrittig für den Haushalt wollen, dass alle Studierenden künftig einen Laptop haben. Wir wollen, dass mehr digital gearbeitet werden kann. Aber das macht – dies ist der Zusammenhang mit der virtuellen Hochschule – überhaupt keinen Sinn, wenn die Studierenden nach wie vor zu Fuß in die Bibliotheken gehen müssen, um sich das Buch auszuleihen bzw. nachzufragen, ob das Buch da ist, und festzustellen, dass es erst in vier Wochen verfügbar ist, wenn es von der Ausleihe zurückgekommen ist.

Insofern ist ein anderes Finanzierungssystem nötig.

Ich möchte in diesem Zusammenhang Herrn Prof. h.c. Klaus G. Sauer zitieren, der uns in einem Fachgespräch den wesentlichen Unterschied zu den amerikanischen Universitäten deutlich vor Augen geführt hat. Wenn in den USA der Haushalt einer Hochschule um zwei Prozent steigt, steigt der Haushalt der Bibliothek der Hochschule um vier Prozent. Diese amerikanischen Verhältnisse hätten wir auch in Bayern gern. Wir wollen unseren Beitrag dazu im Nachtragshaushalt leisten. In diesem Haushalt konnten wir es nicht, weil Sie letztes Jahr unsere einschlägigen Anträge abgelehnt haben.

(Kaul (CSU): Die amerikanischen Hochschullehrer haben ein ganz anderes Einkommen!)

– Nicht alle, Herr Kaul. Wenn Sie den Vorschlägen von Frau Ministerin Bulmahn folgen, wird auch bei uns die Mehrheit der Professoren andere Einkommen haben.

(Kaul (CSU): Diese haben teilweise drei Jobs, damit sie überleben können!)

– Darauf komme ich noch. Tatsächlich haben in den USA die Bibliotheken einen anderen Stellenwert und identifizieren sich die Studierenden mit ihrer Bibliothek intensiver. Auch ist es in den USA durchaus üblich, wie uns die Fachleute in der Anhörung berichteten, dass die Studierenden die Bibliothek ehrenamtlich beaufsichtigen. Von diesem System sind wir weit entfernt, weil wir kein Stipendien-System haben. Wir haben nun wieder ein ordentliches BAföG und können hoffen, dass sich auch bei uns die Verhältnisse ändern. Ich nehme Ihren Einwand durchaus ernst. Doch alles auf einmal, das geht nicht. Ich möchte bei Ihnen das Bewusstsein wecken, dass bei den wissenschaftlichen Bibliotheken etwas „am Dampfen“ ist.

(Kaul (CSU): Meinen Sie, Sie fördern die Ehrenamtlichkeit, indem Sie die BAföG erhöhen?)

Die Ehrenamtlichkeit ist bei unseren Bibliotheken deshalb nicht vorhanden, weil noch zu viele Studierende neben dem Studium gegen Geld arbeiten müssen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Wenn der Lebensunterhalt einer Studentin gesichert ist, hat sie auch Zeit, die Bibliothek bis 18 bzw. 22 Uhr ehrenamtlich zu beaufsichtigen. Aber in einigen Jahren wird das BAföG hierzu vielleicht etwas beigetragen haben.

(Kaul (CSU): Da läuft Ihre Uhr rückwärts!)

Der Haushalt gibt nun in groben Zügen Anlass zu widersprechen. Deshalb lehnen wir ihn ab. Der letzte Haushalt ist erst vor etwas mehr als eineinhalb Jahren beschlossen worden. Wir haben bereits kritisiert, dass für die Neuinvestitionen „Erstausrüstung“ an Universitäten ein dreistelliger Millionenbetrag und für die Fachhochschulen ein ähnlicher Betrag eingesetzt wurde; denn dies wird auf zu lange Zeit gestreckt. Wir würden gern – wie auch im letzten Haushalt beantragt – die Erstausrüstungsinvestitionen vorziehen und das auf einmal zumachen, was jedoch im Haushaltsausschuss abgelehnt wurde. Die CSU ist dafür, die Investitionen für die Universitäten mit 38 Millionen DM pro Jahr nach wie vor zu strecken. Dies bedeutet, dass die letzte Universität ihre Erstausrüstung für neue Institute und neue Fachbereiche im Jahr 2003 endlich bekommt. Bei den Fachhochschulen sieht die Situation noch trüber aus. Dort wird so lange gestreckt, dass die Erstausrüstung für neue Institute oder Fachbereiche erst im Jahr 2007 finanziert ist. Wir halten dies nicht für richtig und lehnen deshalb diesen Teil des Haushalts ab.

Nachdem wir uns bei der Neufassung des Hochschulgesetzes ausgiebig gestritten und einige Punkte durchgesetzt haben, gibt es im Grunde in manchen Punkten Erkenntnisse, dass der Haushaltsentwurf unseren Vorstellungen folgt. Die Studiendekane etwa bekommen nun doch Geld; dies haben Sie uns vor zwei Jahren abgelehnt. Doch dieses Mal ist deutlich geworden, dass es ohne Geld für Studiendekane nicht geht. Aber in Kleinigkeiten sind wir uns weitgehend einig.

Es wäre nicht spannend, gäbe es nicht hin und wieder Herr Ministerpräsident Dr. Stoiber, der außerhalb des Landtags bildungspolitische Reden hält, wie letzte Woche an der Technischen Universität beim *dies academicus*. Kaum ist der Einzelplan 05 für Frau Kultusministerin Hohlmeier beschlossen, fordert Ministerpräsident Dr. Stoiber die Ganztagschule und wenn nicht sofort die Ganztagschule, dann wenigstens die Ganztagsoberstufe. Warum, hat er nicht ausgeführt. Er hat in einem anderen Zusammenhang gesagt, dass man das Abitur nicht mehr als alleinige Zugangsvoraussetzung zur Hochschule sehen soll.

Wenn solche Themen außerhalb des Landtags diskutiert werden, muss man hellhörig sein. Wir haben zwar in vielen Gremien über eine 12- bzw. 13-jährige Schulzeit bis zum Abitur diskutiert, aber dass von Seiten der Konservativen das Abitur als Hochschulreife infrage gestellt wird, bringt eine neue Qualität in die Diskussion. Es

bedarf schon näherer Ausführungen, ob dies mit der örtlichen Technischen Universität München zusammenhängt und ob der Satz für andere Universitäten anders ausfällt, insofern müsste man die Nagelprobe machen. Aber allein, dass die Technische Universität von sich aus die Bewerber durch Tests gezielt auswählen möchte, lässt darauf schließen, dass es ein Geschenk an Herrn Herrmann sein sollte.

Ministerpräsident Dr. Stoiber machte auch Ausführungen zum Dienstrecht von Frau Ministerin Bulmahn, wobei er etwas anderer Auffassung ist als Sie, Herr Minister. Pressemitteilungen von Ihnen zufolge sei es falsch, was Bundesministerin Bulmahn macht. Sie haben zum Teil zu Protokoll gegeben und relativiert, dass es auf keinen Fall richtig sei, auch die W-3-Professurenstelle für die Fachhochschulen einzuführen, dass es vielleicht richtig sei, die Junior-Professur einzuführen. Aber Sie sagten auch jetzt deutlich, dass die Habilitation auf jeden Fall beizubehalten sei. Sie haben in mehreren Pressemitteilungen die Dienstrechtsreform generell abgelehnt. Insofern sagt Ministerpräsident Dr. Stoiber etwas ganz anderes: Er will von der Dienstrechtsreform mehr. Mehr, mehr, schneller, sagt der Ministerpräsident, Dienstrechtsreform auch für die Techniker. Auch die Techniker sollen, ebenso wie die Sekretärinnen, gleich in die leistungsbezogene Besoldung hinein. Warum nicht sofort aus dem öffentlichen Dienstrecht aussteigen? Dies täten auch wir gerne. Aber dies hat die Expertenkommission leider nicht vorgeschlagen, weil es sehr schwierig ist und das Beamtenrecht unter Umständen für eine leistungsgerechte Bezahlung noch mehr Freiheiten lässt als das, was hinterher käme.

Man hat damals in Bonn lange Zeit gehabt, über neue Dienstrechte nachzudenken. Es wird – wenn auch nicht mehr in dieser Legislaturperiode – zu einer Öffnung im öffentlichen Dienstrecht kommen, davon bin ich überzeugt. Aber Frau Ministerin Bulmahn wird mit Innenminister Schily – oder wer immer ihm nachfolgen wird; dieses Thema in der nächsten Legislaturperiode generell angehen.

Weiter führte Ministerpräsident Dr. Stoiber die „Offensive Zukunft Bayern 3 – Wissenschaft mit Leben füllen“ an; auch dies sagen wir immer. „Wissenschaft mit Leben füllen“ bedeutet nicht nur, die Gebäude hinzustellen, sondern auch, die Studierenden und Professoren dafür zu haben. Wir haben die Professorenstellen dafür angemahnt. Jetzt zählen Sie 35 Stiftungslehrstühle. – Nebenbei bemerkt bedanke ich mich, dass Sie aus meiner Schriftlichen Anfrage gleich Presseerklärungen machen: Kaum ist mir die Antwort zugeschickt, steht sie am Vortag schon in Ihrer Presseveröffentlichung.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Stiftungslehrstühle für die Hightech-Standorte – diese Entwicklung gefällt mir nicht. Manche Stiftungslehrstühle sind nur für drei Jahre gestiftet. Die Frage ist: Was passiert hinterher? Drei Jahre sind zu kurz, um einen Lehrgang für Studierende durchzuführen, ein ganzes Studium abschließen zu lassen. Manche Lehrstühle sind für fünf Jahre gestiftet. Die Frage ist also: Was passiert hin-

terher? Darüber sollten wir uns im Ausschuss konstruktiv unterhalten.

Als Bestes hat Ministerpräsident Dr. Stoiber vorgeschlagen, das Hochschulrahmengesetz – HRG – gleich ganz abzuschaffen. Diesen Vorschlag haben wir in den SPD-regierten Ländern bereits diskutiert. Als B-Land-Vertreterin war ich immer der Meinung, dies nicht zu tun; manche Reform in Bayern ist nur gekommen, weil das Hochschulrahmengesetz dazu gezwungen hat. Es ist schön, wenn nun die Staatsregierung darüber anders denkt. Man kann durchaus darüber diskutieren, ob das Hochschulrahmengesetz abgeschafft werden soll. Wir werden aber weiterhin aufmerksam darauf achten, wie in Bayern künftig das Gesetz und die dazu gehörenden Rechtsverordnungen aussehen.

Sie ahnen, worauf ich anspiele: Es kann nicht sein, dass per Rechtsverordnung der Wille des Gesetzgebers ins Gegenteil verkehrt wird. Mir ist deshalb ein Hochschulrahmen, der bestimmte Rahmenbedingungen festsetzt, aber nicht das Detail regelt, immer noch lieber.

Jetzt geht es zum Beispiel um die Einführung der Junior-Professur. Sie wollen den Junior-Professor; die Habilitation wollen Sie aber nicht abschaffen. Dies kann dazu führen – im bayerischen Gesetz ist die Habilitation nicht mehr zwingend vorgeschrieben; der Fachbereich kann das so handhaben, wie er möchte –, dass beides nebeneinander bestehen bleibt und einige Fachbereiche sowohl die Junior-Professur als auch die Habilitation verlangen. Dies möchten wir verhindern. Deswegen möchte ich generell im Bundesrecht einen Hochschulrahmen haben, damit in solchen Fällen kein Auseinanderdriften der Anforderungsprofile erfolgt.

Ich will nicht mehr ausführen, was der Herr Ministerpräsident zur Finanzierung der Hochschulen, zur Globalisierung und Flexibilisierung der Haushalte gesagt hat. Ich bin allerdings erstaunt, warum man dann vor zwei Jahren unseren Anträgen nicht etwas mehr Gehör geschenkt hat; denn damals haben wir genau dieses beantragt.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollten nicht haben, dass die Hochschulen per Vereinbarungen „regiert“ werden und diese von einzelnen Rektoren oder Präsidenten direkt mit dem Ministerpräsidenten ausgehandelt werden und der Landtag außen vor bleibt und dann aus Pressemitteilungen erfährt, was an den einzelnen Hochschulen eigentlich los ist. Dies wollen wir nicht. Wir wollen nach wie vor Zielvereinbarungen zur Globalsteuerung, aber Zielvereinbarungen, die vom Landtag im Einvernehmen mit der Hochschulrektorenkonferenz oder wem auch immer von den Hochschulen beschlossen werden.

(Beifall bei der SPD)

Ein Wort zur Kultur. Wir wissen, das Bayern leuchtet; wir wissen, dass es in vielen Regionen auch glänzt. Wir anerkennen dieses, aber wir haben auch unsere Sorgen. Schon beim letzten Plenum ging es im Hauptteil der Diskussion um die Situation der nichtstaatlichen Theater.

Ich fürchte, dass auch nach der Debatte im letzten Plenum und im Kulturausschuss vorige Woche nicht sicher ist, dass das Würzburger Theater gerettet ist, dass es so bestehen bleibt, wie wir es uns über die Parteien hinweg wünschten. In die Theater muss mehr investiert werden. Nicht nur das Würzburger Theater ist technisch am Ende, sondern auch andere Theater. Deswegen fordern wir in unserem Haushaltsantrag eine ordentliche investive Summe für die Informations- und Kommunikationstechnologie – so haben wir dies allgemein genannt –, um die Theater technisch zu modernisieren. Dies ist Aufgabe des laufenden Haushaltes. Dies haben wir beantragt. Im Haushaltsausschuss ist dies leider abgelehnt worden. Ich fürchte, dass sich nach dem Würzburger Beispiel andere Kommunen mit nichtstaatlichen Theatern ähnlich äußern werden, und dann werden wir uns alle miteinander im Ausschuss einmal konstruktiv zusammensetzen und uns überlegen müssen, wie dieses Problem zu lösen ist.

Grundsätzlich gibt es zum Kulturhaushalt, weil soviel leuchtet und soviel glitzert, wenig zu sagen, außer, dass wir es generell anders machen würden.

Ich möchte hier nur etwas näher anführen, was jetzt im Haushaltsausschuss entschieden worden ist und worüber ich beschämt bin. Es gibt kulturelle Institutionen wie den Kulturrat, für den wir Jahr für Jahr im Haushalt 100 000 DM als strukturelle Unterstützung fordern. Unsere Forderung wird aber nicht erfüllt. Es gibt auch den Berufsverband der bildenden Künstler. Der Berufsverband der bildenden Künstler – BBK – erhält derzeit 100 000 DM jährlich als Unterstützung für seine Arbeit. In vielen Fällen nimmt er Staatsaufgaben wahr, zum Beispiel beim Kulturaustausch mit Ostblockländern, bei Präsentationen bayerischer Kultur im Ausland und bei der Betreuung ausländischer Künstler in Bayern. Da leistet der Berufsverband der bildenden Künstler eine Menge. Der Etat ist aber seit Jahren unverändert geblieben. Ich dachte eigentlich, in den Fraktionen bestehe Einvernehmen darüber – zumindest war dies bis zur Woche der Haushaltsausschusssitzung so –, den Etat des BBK von 100 000 auf 200 000 DM aufzustocken. Jetzt beträgt die Erhöhung nur 50 000 DM. Ich halte dies, ehrlich gesagt, für kleinkariert und beschämend. Man braucht den Verband immer wieder für Staatszwecke. Ich finde es nicht in Ordnung, nur 50 000 DM zu geben, noch dazu aus der Portokasse und nicht aus dem Haushalt. Für eine andere Lösung wäre ich nahezu zu allem bereit.

In Ihren Augen ist der Haushalt sicher ausgewogen, in unseren Augen aber nicht. Deswegen lehnen wir ihn ab, auch wenn wir vieles mittragen würden. Dies ist nicht der Haushalt großer Neuerungen; diese sind in dem Jahr nach der Regierungsübernahme verkündet worden. Deswegen hätte ich auch fast dieselbe Haushaltsrede wie im letzten Jahr halten können. Ich möchte auf einen Absatz dieser Rede eingehen, weil er aktueller geworden ist; damals wollte niemand darauf hören. Damals gab es einen Passus zum Deutschen Orden, in dem ich mich verwundert zeigte, wie schnell doch damals dem Deutschen Orden eine verbale Genehmigung für eine Hochschule gegeben worden ist. Ich möchte dies nur in Erinnerung rufen.

(Beifall bei der SPD)

Ansonsten bedanke ich mich bei den Frauenbeauftragten der Hochschulen für ihren unermüdlichen und manchmal auch nicht erquicklichen Einsatz, bei vielen Mitarbeitern und auch bei manchen Leitungsgremien der Hochschulen. Ich weiß, welche Arbeit diese leisten. Ich bedanke mich auch für manche Information. Ich hätte gern mehr Informationen aus diesen Gremien; ich erhalte nicht alle; ich gehöre der Opposition an; das weiß ich. Ich bedanke mich trotzdem bei allen, die in diesem Wirkungsbereich tätig sind, und ganz besonders bei den nichtstaatlichen Theatern, die mit wenig Geld Großes leisten.

(Beifall bei der SPD)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Das Wort hat nun Herr Kupka. Bitte.

Kupka (CSU): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Drei Kriterien sind es, an denen sich jeder Einzelplan aus der Sicht des Haushälters messen lassen muss: erstens am Volumen, zweitens an der Frage, ob die Gelder effizient eingesetzt werden, und drittens an der Frage, ob sie richtig ausgegeben werden. Selbst bei unterschiedlicher Sichtweise in diesem Haus wird man feststellen müssen, dass sich der Einzelplan 15 in Bezug auf jedes dieser Kriterien sehen lassen kann. Auch die Kritik, die Sie, Frau Baumann, angebracht haben, ist eigentlich nicht so ausgefallen, als ob Sie mit dem Einzelplan so unzufrieden wären. Sie hatten nur andere Sichtweisen; das ist auch zulässig.

Wir haben eine Steigerung des Haushaltsvolumens – der Minister hat darauf schon hingewiesen – von über 7%, während der Gesamthaushalt im Schnitt nur um 4% steigt. Wären wir den Anträgen der SPD und der GRÜNEN gefolgt, hätten wir nochmals eine Steigerung um über 4% gehabt; denn sie haben über 317 Millionen DM an Mitteln beantragt.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 10 Millionen DM!)

Das hätte ja wohl alle Maßstäbe gesprengt. Trotz dieser überproportionalen Steigerung und auch vor dem Hintergrund der Bemühungen, bald einen Haushalt ohne Neuverschuldung zu erreichen, ist dieser Haushaltsplan stabilitäts- und konjunkturgerecht. Die Investitionsquote liegt über 15% inklusive der 50 Millionen DM, die zusätzlich für die Sanierung der Universitätskliniken bereitgestellt werden. Davon profitiert – ich kann nur unterstreichen, was der Minister sagte – insbesondere die Bauwirtschaft. Dies ist ein echtes Beschäftigungsprogramm für den Bausektor. Die Mittel werden also nicht nur richtig, sondern auch effizient eingesetzt. Die Ansätze der Anlage S für den Hochbau steigen von 577 Millionen DM im Jahre 2000 auf 610 Millionen DM und bleiben dann bei 600 Millionen DM. Ein erheblicher Teil dieser Mittel wird für die Sanierung der einzelnen Häuser benötigt. Diese Maßnahmen sind neben den vorgesehenen Neubauten absolut notwendig. Sie führen in vielen Fällen zu

einer erheblichen Senkung des Energieverbrauchs und auch zu einem effektiveren Wirtschaften.

Unsere größte Herausforderung – dies wurde heute schon angesprochen – in den nächsten zehn Jahren wird die Sanierung der Hochschulkliniken sein.

Der Haushaltsausschuss konnte sich ein Bild vom desolaten Zustand des Klinikums Würzburg oder der Frauenklinik Erlangen machen. Mängel in der Gebäude- und Gerätesicherheit und bei der Hygiene sowie eine Baubsubstanz aus dem 19. Jahrhundert schreien nach einer Sanierung. Wir müssen dafür Geld in die Hand nehmen. Das tun wir auch. Für die Klinikbaumaßnahmen werden im Jahr 2001 210 Millionen DM und im Jahr 2002 204 Millionen DM zur Verfügung gestellt. Der Wissenschaftsminister hat es in einer konzertierten Aktion mit dem Finanzminister fertiggebracht, die Staatsregierung und die CSU-Fraktion davon zu überzeugen, dass wir 50 Millionen DM mehr investieren müssen. Damit stehen in den kommenden vier Jahren für die Sanierung der Kliniken über 1,1 Milliarden DM zur Verfügung. Ein stolzer Betrag.

(Beifall bei der CSU)

Dieser Zahl muss ich allerdings den Sanierungsbedarf bei Münchner Kliniken in Höhe von 3 Milliarden DM gegenüberstellen. Auch neue Häuser mahnen inzwischen Sanierungsmaßnahmen an, die große Beträge erfordern. Das Klinikum Großhadern benötigt 270 Millionen DM für den Bettenbau. Somit stehen wir vor einer Daueraufgabe. Wir werden hierfür erhebliche Mittel investieren müssen. Davon sind unsere Bürgerinnen und Bürger unmittelbar betroffen. Wir können die Zustände in diesen Kliniken nicht so lassen. Andernfalls müssten wir uns von dieser staatlichen und universitären Aufgabe trennen. Heute war schon von der Globalisierung der Haushaltsmittel die Rede, um diese Mittel effizienter anzuwenden. Ich bin kein Gegner der Globalisierung. Ich muss jedoch dem Staatsminister Recht geben. In letzter Konsequenz würde eine totale Globalisierung bedeuten: das Geld abgeben, ohne mitreden zu können. Im Haushaltsausschuss wurde gerade von der SPD Klage über eine mangelnde Schwerpunktsetzung geführt, weil wir eine gegenseitige Deckungsfähigkeit von Sach- und Personalmitteln hätten. Meine Damen und Herren, wenn wir eine globale Mittelzuweisung hätten, würde diese Beschwerde gegenstandslos werden, weil wir in diesem Fall überhaupt nicht mehr mitzureden hätten. Wir könnten auch keine politischen Akzente mehr setzen. Wir wollen mehr Freiräume und Eigenverantwortung für die Universitäten. Dabei muss jedoch stets die Frage beantwortet werden, wo die Grenze der Abgabe von Kompetenzen liegt und wo die politische Verantwortung beginnt. Wir dürfen dem Minister die politische Verantwortung nicht wegnehmen. Wir hätten letztendlich dann keine Möglichkeit, Schwerpunkte zu setzen.

(Beifall bei der CSU)

Global- und Sammelansätze können durchaus sinnvoll sein. Dies gilt auch für die gegenseitige Deckungsfähigkeit. Wir sehen das zum Beispiel bei Umbaumaßnah-

men. Die politischen Prioritäten muss jedoch auch künftig das Parlament setzen.

Der Stellenplan ist ein weiterer Schwerpunkt. Ich habe bereits beim letzten Doppelhaushalt darauf hingewiesen, dass gerade im Hochschulsonderprogramm die Stellen etatisiert werden müssen. Dies wurde jetzt erreicht. Damit haben wir auch Planungssicherheit für die Hochschulen gewonnen. Ich bin dafür dem Finanzminister sehr dankbar, weil es nicht einfach war, die Mittel für diesen Sektor festzuzurren; denn diese Mittel sind im Haushalt und werden nach den Anforderungen dynamisiert. Für die Personalstellen wurde damit Planungssicherheit geschaffen. Ohne diese Entscheidung wäre eine Internationalisierung und Modernisierung der Forschung und Lehre stark beeinträchtigt gewesen. Die Hochschulen sollen nun diese Möglichkeiten nutzen. Dies gilt auch für die Überlaststellen, die keine Programmstellen mehr sind. Aus den freien Überlaststellen werden bei den Universitäten die Forschungsschwerpunkte weiter ausgebaut werden können.

Erlauben Sie mir noch eine kurze allgemeine Anmerkung zum Stellenplan. Die Autonomie der Universitäten wurde vergrößert. Deshalb müssen sich die Universitäten jetzt verstärkt der geänderten Grundstruktur zuwenden. Im Haushaltsausschuss wurden bei jeder neuen Maßnahme neue Stellen gefordert und eine Fülle von entsprechenden Anträgen gestellt. Neue Maßnahmen müssen von den Hochschulen primär im Rahmen der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel durchgeführt werden. Wenn diese Mittel nicht ausreichen, müssen wir uns darüber unterhalten, was zu tun ist. In Zukunft werden Teamwork, Vernetzung, Transparenz- und Verbundforschung noch stärker angesagt sein. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Mittel, die wir „global“ zur Verfügung stellen, effizient genutzt werden.

Ein weiterer Schwerpunkt sind die Fachhochschulen. Die Mittel zum Aufbau von neuen Fachhochschulen wurden nochmals erhöht. Dies gilt auch für die Mittel für die sogenannten weichen Standortfaktoren. Ich nenne nur die Förderung der nichtstaatlichen Theater und der Musikpflege. Frau Kollegin Dr. Baumann, in der Frage des Würzburger Theaters darf man es sich nicht so einfach machen, wie Sie das getan haben. Der Staat hat eine freiwillige Leistung erbracht. Nun sind die Städte, Landkreise und Kommunen gefordert.

(Dr. Kaiser (SPD): Ihr in München habt leicht reden!)

– Ist Würzburg so klein? Wir haben die Mittel erhöht. Der Staat wird seinen Beitrag leisten. Die Kommunen sind jedoch ebenfalls gefordert. Die Kommunen können sich nicht ausklinken und aus diesen Theatern eine staatliche Aufgabe machen.

(Beifall bei der CSU)

Der Haushaltsausschuss hat mit den Stimmen der CSU gegen die Stimmen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN dem Einzelplan 15 mit Nachschubliste und den beschlossenen Änderungen zugestimmt. Ich bitte das Hohe Haus, diesem Einzelplan ebenfalls zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Der nächste Redner ist Herr Kollege Dr. Dürr.

Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich rätsle seit zwei Jahren, warum sich niemand für die Punkte des Einzelplans 15 interessiert. Auch diese Sitzung findet so gut wie unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Heute ist mir eine Lösung für dieses Rätsel eingefallen. Wissenschaft, Forschung und Kultur sind der Motor der Entwicklung eines Landes. In Bayern sieht es so aus, als müsse dieser Motor im Wesentlichen von alleine laufen.

(Ach (CSU): Sind Sie zugewandert?)

Wenn die Politik bei diesen Themen eine große Rolle spielen würde, wäre in diesem Hause das Interesse größer.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Irgendeinen Grund muss es geben. Offensichtlich passiert in diesem Hohen Hause nichts Entscheidendes. Wenn in den Bereichen Wissenschaft und Kultur etwas läuft, läuft es offensichtlich von alleine und nicht wegen der Politik der Staatsregierung. Wir gehen davon aus, dass auf diesen wichtigen Arbeitsfeldern, nämlich Wissenschaft, Forschung und Kultur, die Politik der Staatsregierung nicht für den internationalen Wettbewerb fit ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen dringend eine Politik, die sich für mehr Weltoffenheit und mehr Chancengleichheit einsetzt und dafür, dass alle Teile der bayerischen Bevölkerung gleichberechtigt ihren Beitrag zum Wohle unseres Landes leisten können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Wohlstand eines Landes hängt heute ganz entscheidend von den Qualifikationen und den Fähigkeiten seiner Bevölkerung ab. Das ist unbestritten. In Bayern gibt es jedoch große strukturelle Defizite. Große Teile der bayerischen Bevölkerung sind nicht so qualifiziert, wie sie es sein könnten. Sie werden systematisch von weiterführenden Qualifikationen ausgeschlossen. Man muss sich nur einmal die Statistiken ansehen. Die Eingewanderten und ihre Kinder werden nicht nach ihren Fähigkeiten gefördert. Genauso ist es bei Kindern und Jugendlichen aus bildungsfernen Schichten. Damit muss Schluss sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch die systematische Benachteiligung der Frauen in Bayern muss beendet werden. Dabei geht es um Demokratie und Gerechtigkeit. Diese Benachteiligungen stellen aber auch eine volkswirtschaftliche Verschwendung ersten Grades dar.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ökonomisch ist es völliger Unsinn, dass die Hälfte der Bevölkerung, die Frauen, bei Spitzenqualifikationen, zum Beispiel in den Ingenieurberufen und bei der Informatik, kaum vertreten sind. Das werden Sie doch wohl nicht bestreiten. Dieser Zustand herrscht in einer Zeit, in der Spitzenkräfte fehlen und in der wir händeringend nach Spitzenkräften suchen. Dabei hätten wir diese Spitzenkräfte im Lande.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren von der CSU, in diesen Punkten ist Ihre Bildungs- und Gesellschaftspolitik nicht nur vormodern und undemokratisch, sondern inzwischen auch ökonomisch schädlich. Der Wohlstand eines Landes hängt heute entscheidend von den Kenntnissen und Fertigkeiten seiner Bevölkerung und von seiner Fähigkeit zur internationalen Zusammenarbeit ab.

Deshalb haben wir in unseren Haushaltsanträgen den Schwerpunkt auf die Internationalisierung der Hochschulen und die Förderung der Gleichstellung gelegt. Hier sind die größten Schwachstellen Ihrer Politik. Diese Schwachstellen bedeuten im internationalen Wettbewerb erhebliche Nachteile für unser Land.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Schwachstellen wollen wir endlich beheben. Wir wollen die Attraktivität der Hochschulen erhöhen.

(Hofmann (CSU): Bei den GRÜNEN muss sie erhöht werden!)

Wir wollen das Angebot der Hochschulen verbessern. Das wollen Sie doch hoffentlich auch. Wir wollen die Nachfrage nach unseren Hochschulen auf dem internationalen Bildungsmarkt verstärken. Auch das werden Sie vielleicht wollen. Dann müssen Sie aber etwas dafür tun. Stimmen Sie einfach unseren Anträgen zu. Dann können Sie etwas dafür tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen von Rotenhan?

Dr. Dürr ((BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er soll sich selbst melden. – Sie können auch fragen, ich habe noch Zeit.

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Es gibt keine Zwischenfrage. Herr von Rotenhan, es gibt keine Zwischenfrage.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch, ich habe sie zugelassen!)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Herr Kollege, Sie sagten gerade, er solle sich selbst zu Wort melden.

(Zurufe von der CSU)

Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ist egal, er kann nachher etwas dazu sagen. Ich dachte, ich wäre unter Zeitdruck. Aber Herr Minister hat lange genug geredet, sodass ich genügend Zeit habe.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Lass ihn ruhig reden!)

Wir wollen die internationale Zusammenarbeit weiter ausbauen.

(Zurufe von der CSU – Allgemeine Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die veranschlagten Mittel zur Förderung von Austausch und Zusammenarbeit reichen nicht aus. Diese Mittel werden jedes Jahr restlos ausgeschöpft. Das heißt, dass sie für die Hochschulen nicht reichen. Wir schlagen nicht nur vor, die Mittel zu erhöhen, sondern wir haben zusätzlich ganz konkrete wirksame Vorschläge unterbreitet. Diese hätten nicht sehr viel gekostet. Will man die Attraktivität der Hochschulen wirklich erhöhen, muss man dementsprechend handeln. Wir fordern mit einem Programm „Willkommen in Bayern“ einen Welcome-Service für ausländische Dozentinnen und Studierende.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Teilen der SPD)

Die individuelle und gezielte Betreuung ausländischer Dozentinnen und Studierender ist in anderen Ländern längst eine Selbstverständlichkeit. Dort hilft man bei der Wohnungssuche, bei Behördengängen, studienbegleitend bei Tutorien und beim Sprachunterricht und bietet Maßnahmen zur sozialen und kulturellen Integration an. Es ist nicht so, dass sich unsere Hochschulen nicht bemühen würden, aber der politische Wille der Staatsregierung steht nicht dahinter. Daran fehlt es. Hier gibt es enormen Nachholbedarf. Darauf haben der Rektor der LMU und der Chef des Studentenwerks gestern ausdrücklich hingewiesen. Wir sagen, wir müssen die Nachfrage verstärken. Es genügt nicht, das Angebot zu verbessern, wie zum Beispiel durch internationale Studiengänge oder durch Vergleichbarkeit der Abschlüsse. Auch hier gibt es viel zu tun. Aber die Hochschulen müssen dafür sorgen, dass ihre Angebote bekannt werden. Deswegen müssen sie verstärkt im Ausland werben können, wie das in anderen Ländern längst passiert. Dafür brauchen sie Geld. Wir brauchen im Ausland mehr Hochschulmarketing. Wir brauchen die Beteiligung an internationalen Messen, und wir brauchen die gezielte Anwerbung vor Ort. Das machen alle anderen. Wenn wir das nicht auch intensiver machen, bleiben wir zurück.

(Zuruf von der SPD: Ein Silikon-Valley war nicht drin!)

– Das war ein Anfang. In Indien hat man gesehen, dass uns die Amis voraus sind. Das ist einfach so. Herr Huber – er ist leider nicht mehr da – könnte im Haushaltsausschuss erzählen, dass es dringend Nachholbedarf gibt.

(Ach (CSU): Ich höre das von den GRÜNEN gerne, dass die Amis uns voraus sind!)

– In diesem Punkt schon. Hier sind sie uns voraus. Sie kennen ihre Interessen. Aber deren Interessen sind nicht unsere, Herr Ach. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen.

(Zuruf des Abgeordneten Ach (CSU))

Vom Bewusstsein und dem Engagement für die eigenen Interessen können wir von ihnen lernen. Die Interessen dürfen nicht einfach übernommen werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen die internationale Zusammenarbeit ausbauen. Die strukturelle Verflechtung mit wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Institutionen ist eines der effektivsten Werbemittel. Das hat in der Vergangenheit immer ganz gut geklappt. Aber hier gibt es momentan einen kleinen Hänger. Persönliche Kontakte, Mundpropaganda und Überzeugung durch Qualität bringen uns die Kontakte, die wir brauchen. Deswegen wollen wir die Zusammenarbeit mit ausländischen Hochschulen weiter ausbauen, und wir wollen auch unsere inner- und außeruniversitären Forschungseinrichtungen stärken. Vor allen wollen wir das im Hinblick auf Osteuropa tun. Das Stichwort ist das Südostinstitut. Die Gegenwartsabteilung des Südostinstituts muss in München bleiben. Die Verlegung wäre völlig falsch.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Spantele (CSU): Fischer ist anderer Meinung!)

– Dass Joschka andere Interessen hat als die Amis und wir, ist doch verständlich. Wir haben nicht immer die gleichen Interessen. Machen Sie sich doch für die Interessen Bayerns stark. Das wäre nicht schlecht.

Es wäre völlig falsch, ausgerechnet jetzt, wo sich durch die Erweiterung Europas völlig neue Chancen bieten, auf den Wettbewerbsvorteil, wie ihn das Südostinstitut bietet, zu verzichten. Wir wollen die Position Bayerns im Herzen Europas besser nutzen. Deswegen fordern wir in unseren Haushaltsanträgen neue binationale Hochschulzentren.

(Zuruf des Abgeordneten Gabsteiger (CSU))

Wir wollen ein bayerisch-tschechisches, ein südosteuropäisches Hochschulzentrum und ein Polonikum. Das wären Sachen, die Sie mit uns tragen könnten. Diese Zentren sollen die Kooperationen zwischen bayerischen und osteuropäischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen bündeln.

(Zuruf des Abgeordneten Hofmann (CSU))

– Wenn Sie nicht wissen, worum es geht, sollten Sie wenigstens zuhören.

(Zuruf des Abgeordneten Hofmann (CSU))

Im Haushaltsausschuss hat Herr Kollege Kupka – er ist leider nicht mehr da – erklärt, er bestreite nicht,

(Zuruf des Abgeordneten Hofmann (CSU))

– hören Sie zu, Herr Kollege Hofmann, das muss doch richtig sein.

dass vieles, was die GRÜNEN im Bayerischen Landtag wollen, wünschenswert sei. Aber man müsse Schwerpunkte setzen. Wir machen nichts anderes.

(Ach (CSU): Andere als wir!)

Wir setzen Schwerpunkte bei der Internationalisierung und bei der Frauenförderung. Wir setzen sie da, wo es weh tut.

(Gabsteiger (CSU): Sie können leicht Schwerpunkte setzen!)

Die Hochschulen wissen das. Sie tun viel. Sie wollen sich für ausländische Wissenschaftler und Studierende attraktiv machen. Darum bemühen sich die Hochschulen. Die Politik der Staatsregierung müsste sie endlich tatkräftig unterstützen.

(Gabsteiger (CSU): Vor dem fürchtet sich der Zehetmair nicht!)

Die bayerische Hochschulpolitik muss endlich intensiv auf die Beseitigung von Wettbewerbsnachteilen von Frauen hinarbeiten. Deswegen haben wir in unseren Haushaltsanträgen die Initiativen der Münchner und anderer Hochschulen aufgegriffen. Wir fordern ein Sonderprogramm „Wettbewerbsgleichheit“ zur Überbrückung von Mutterschutzzeiten, Mentoringprogramme und die Unterstützung von Familienarbeit. Wir fordern ein Sommerprogramm „Sommerhochschule“, „Mädchen machen Technik“. Diese Initiativen gibt es an bayerischen Hochschulen. Aber wir brauchen solche Initiativen flächendeckend und nicht nur an einzelnen Hochschulen. Wir brauchen sie intensiver. Sie, Herr Minister, haben im Hochschulausschuss gesagt, dass die Hochschulen die Wichtigkeit des Themas nicht erkannt hätten, wenn sie nicht in der Lage seien, Mädchen zu fördern. Dieser Vorwurf fällt an Sie, Herr Minister, zurück. Wenn Sie nicht bereit sind, Frauen und Mädchen zu fördern,

(Ach (CSU): Mädchen gehen in die Schule!)

dann haben Sie die Wichtigkeit des Themas nicht erkannt. Das sind Ihre Worte. Die Hochschulen brauchen für alle diese Initiativen Unterstützung. Davon spüren wir im vorliegenden Haushaltsentwurf nichts.

Wir beraten heute auch den Kulturhaushalt. In den letzten Wochen war viel von Kultur die Rede – meist von Leitkultur. Ich wundere mich, dass Herr Beckstein nicht hier ist.

(Gabsteiger (CSU): Er hat Wichtigeres zu tun!)

Ich habe fest damit gerechnet, dass er heute in die Debatte eingreifen wird. Er macht sich zur Zeit wirklich für die Kultur stark. Nach dem, was ich alles gelesen habe, habe ich gedacht, wir hätten einen neuen Minister für Kultur und Leitkultur.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lachen bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Dr. Spaenle (CSU) – Weitere Zurufe von der CSU – Glocke des Präsidenten)

Ich dachte, er hätte Ihren Platz übernommen, Herr Minister. Herr Beckstein hat neulich einen Satz gesagt, der seine kulturelle Kompetenz verdeutlicht. Herr Beckstein hat auf dem CSU-Parteitag über die Leitkultur gesprochen. Herr Hofmann, Sie waren wahrscheinlich dabei. Er hat gesagt, unter Leitkultur verstehe er, dass es keine Minarette in einem oberbayerischen Dorf geben könne.

(Hofmann (CSU): In einem Dorf!)

– Das hat er gesagt.

Gleichzeitig hat er gesagt, dass türkische Frauen mindestens so viel zu sagen haben müssten wie ihre Männer.

(Zuruf von der CSU: Seid Ihr dagegen?)

Das ist das gesamte kultur- und gesellschaftspolitische Konzept der CSU im Nucleus. Das ist der gesamte intellektuelle Reichtum – verdichtet in zwei Halbsätzen.

Es lohnt sich, dass man genauer hinschaut. Leitkultur bedeutet für die CSU – das ist für Sie wichtig, Herr Hofmann, damit Sie es später weitererzählen können

(Hofmann (CSU): Nicht nur für mich!)

Leitkultur bedeutet, dass es keine Minarette in einem oberbayerischen Dorf geben könne. Das ist deutlich.

So deutlich ist es aber auch wieder nicht, denn es stellen sich etliche Fragen. Sind oberbayerische Dörfer der CSU besonders heilig? Sind Minarette in schwäbischen und fränkischen Städten nicht so schlimm? In Schwaben gibt es bereits ein Minarett. Ist die oberbayerische Kultur jetzt die bayerische Leitkultur, von der Sie immer reden? Sollen sich jetzt alle übrigen Bayern an uns Oberbayern anpassen? Wollen Sie das? Herr Beckstein will das. Lernt Herr Beckstein jetzt oberbayerisch?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Heiterkeit)

Wer soll ihm das beibringen? Ich nicht. Es sind Herrn Becksteins Äußerungen, die ich hier zerlege. Ich frage mich, in welchem Land Herr Beckstein eigentlich lebt.

(Hofmann (CSU): Herr Kollege Regensburger hat sich schon gemeldet!)

– Das macht nichts, er kann später reden.

Es sind noch keine fünfzig Jahre her, dass ein Evangelischer wie Herr Beckstein allergrößte Schwierigkeiten hatte, seine Religion in einem oberbayerischen Dorf auszuüben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In manchen Dörfern hätte er sich nicht einmal beerdigen lassen können. Heute will er anderen Menschen die Ausübung ihrer Religion erschweren. Herr Beckstein kann froh sein, dass es eine Entwicklung gegeben hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Er kann froh sein, dass damals die Mehrheit der Oberbayern nicht auf eine Leitkultur gepocht und gesagt hat, dass es überhaupt nicht in Frage komme, dass in Oberbayern evangelische Kirchtürme herumstünden oder auf oberbayerischen Friedhöfen evangelische Leichen herumlägen. Das hat man damals in Oberbayern Gott sei Dank nicht gesagt.

Jeder, der das Recht hat, in Oberbayern zu wohnen, hat auch das Recht, sich hier zu Hause zu fühlen. Das gilt auch für Herrn Beckstein. Wir wollen keine Bayern erster und zweiter Klasse und auch keine Oberbayern erster und zweiter Klasse.

Ich frage mich, in welchem Land Herr Beckstein eigentlich lebt. Es ist doch nicht die Aufgabe eines Ministers zu sagen, ob in einem oberbayerischen Dorf ein Minarett stehen darf oder nicht. Das kann bei uns jedes Dorf selbst entscheiden. Dafür braucht ein bayerischer Gemeinderat keinen Minister Beckstein. Bei uns gibt es die Planungshoheit der Gemeinden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Brosch (CSU): Wovon reden Sie eigentlich?)

Es wäre doch noch schöner, wenn der Minister Beckstein einer bayerischen Kommune sagen dürfte, was diese bauen darf und was nicht.

Noch schöner ist der zweite Teil des Satzes zur Leitkultur, in dem es heißt, dass gerade türkische Frauen in Deutschland mindestens so viel zu sagen haben müssten wie die Männer. Das ist gut. Natürlich sollen Frauen so viel wie Männer zu sagen haben, in dieser Beziehung hat Herr Beckstein Recht. Klatschen Sie von der CSU ruhig, Beckstein hat Recht. Ich weiß nur nicht, warum es gerade türkische Frauen sein sollen. Warum ist gerade für türkische Frauen Gleichberechtigung so wichtig. Warum will Herr Beckstein gerade türkische Frauen bevorzugen?

(Herrmann (CSU): Über den Einzelplan des Hauses Beckstein wird morgen geredet!)

– Ich komme gleich zu Ihnen, Herr Herrmann. Wie sieht es denn in der CSU aus? Gerade in der CSU sollten die Frauen mindestens so viel wie die Männer zu sagen haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Immerhin ist der Frauenanteil unter den CSU-Abgeordneten von 1946 bis heute dramatisch gestiegen. Statt vier Frauen hat die CSU-Fraktion jetzt schon vierzehn Frauen. Das ist wirklich eine revolutionäre Entwicklung.

(Zurufe von der CSU)

Die Frage der Gleichstellung ist ein schönes Beispiel dafür, wieviel gerade diejenigen von anderen Kulturen lernen können, die glauben, andere belehren zu müssen. Wie sieht es denn mit der Gleichstellung an den bayerischen Hochschulen aus? Fast alle Vorschläge, die wir heuer vorgelegt haben, hat die CSU abgelehnt. Zumindest hat sie sie dann abgelehnt, wenn es um echten Einfluss von Frauen und um die finanzielle Ausstattung gegangen ist. Wir sind der Meinung, dass man endlich Strukturen schaffen muss, um auch Frauen einen fairen Wettbewerb zu ermöglichen.

(Herrmann (CSU): Wer hat denn den Einfluss von Frau Paulig abgewürgt?)

Frau Kollegin Baumann hat bereits darauf hingewiesen, dass es ein Skandal ist, dass nur weniger als sieben Prozent der bayerischen Professoren Frauen sind. Damit ist Bayern das Schlusslicht der Bundesländer. Das muss einem schon wehtun, aber im internationalen Vergleich sieht es noch schlimmer aus. Der Frauenanteil an den Professuren liegt beispielsweise in Italien, das als Macho-Land angesehen wird, bei zirka 25 %, in Spanien, wo es angeblich noch größere Machos als bei uns gibt, bei 33 %.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Schade, dass Herr Beckstein nicht hier ist, denn selbstverständlich liegt der Frauenanteil an den Hochschulen auch in der Türkei höher als in Bayern. Einen niedrigeren Anteil als in Bayern findet man kaum irgendwo.

(Hofmann (CSU): Das muss ein Akt der Verzweiflung gewesen sein, als Sie den gewählt haben!)

Wenn wir mit der Türkei mithalten wollen, müssen wir uns sehr anstrengen, weil es in der Türkei den weltweit höchsten Anteil von Frauen an Hochschulen gibt. Das können Sie Herrn Beckstein ausrichten. Strengen Sie sich von der CSU also an, damit Sie die Türkei einholen können. Am besten fangen Sie damit heute schon an, indem Sie unseren Anträgen zustimmen. Helft mit, Kolleginnen und Kollegen von der CSU, und wenn wir Herrn Beckstein mit ins Boot bekommen, dann klappt das schon.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Gelegentlich hat man hier oben den Eindruck, als sei gleichzeitig an fünf oder sechs Kollegen das Wort erteilt worden. Ich wollte nicht eingreifen, weil die Zwischenrufe provoziert waren. Aber das ist nicht der dialogische Stil, der im Parlament üblich sein sollte.

Der nächste Redner ist Herr Kollege Spaenle. Bitte schön, Herr Kollege.

(Hofmann (CSU): Jetzt kommt Niveau in die Debatte!)

Dr. Spaenle (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Das hätte die Jungfernrede des neuen Fraktionsvorsitzenden der GRÜNEN sein sollen, es war aber doch eher die Büttenrede eines Bonsais aus dem grünen Komödienstadel.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Herr Kollege, bei allem Verständnis, jetzt haben Sie sich etwas im Ton vergriffen. Wir sollten diesen Stil nicht einführen.

Dr. Spaenle (CSU): Der Bonsai ist ein kleiner, kräftiger Baum. Ich weiß nicht, was Sie gegen diese Formulierung haben. Aber ich nehme Ihre Mahnung gerne an und werde die Meinungsverschiedenheit mit Herrn Kollegen Dürr das nächste Mal austragen.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Gote (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir haben einen weiteren historischen Moment erlebt. Der neue Fraktionschef der GRÜNEN hat zum Widerstand gegen den APO-Kämpfer Joschka Fischer aufgefordert. Auch das ist an dieser Debatte und dem neuen Stil, den die Kolleginnen und Kollegen vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN pflegen, bemerkenswert.

Wir sollten aber wieder zur sachlichen Debatte um die Wissenschafts- und Kulturpolitik im Freistaat Bayern zurückkommen. Ich weiß nicht, wer sich von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, noch an den Ruf „vencemos“ erinnert. Mit diesem martialischen Revolutionsruf des spanischen Bürgerkriegs hat vor genau drei Jahren der Würzburger Universitätsrektor Theodor Berchem den Sturm auf München eingeleitet, was zum spektakulärsten Demonstrationzug zum Maximilianeum in den Neunzigerjahren geführt hat.

Was war die Ursache für diesen unruhigen Winter an den bayerischen und deutschen Hochschulen? – Der Bayerische Landtag hatte begonnen, sich mit dem Hochschulwesen zu befassen und eine umfassende Reform einzuleiten, und – venceremos – gewonnen haben in der Tat die bayerischen Hochschulen, die Professoren und die Studierenden.

Bayerns Wissenschaftspolitik hat den Weg der konsequenten Reform eingeschlagen. Heute, mehr als zwei Jahre nach Inkrafttreten des neuen Hochschulgesetzes, lässt sich eine positive Bilanz ziehen. Das Hauptziel, den bayerischen Hochschulen neue Dynamik und Reformgeist einzuhauchen, ist erreicht.

Da fällt der Blick etwa auf die neue Einrichtung des Hochschulrates. In den Protestwochen seinerzeit wurde er lautstark als Menetekel der Verknechtung der edlen Unschuld Scientia durch den bösen Geist der Ökonomie

gebrandmarkt. Es mag wohl sein, dass damals manchem inzwischen wohlbestallten Altachtundsechziger ein wohliger Schauer des Erinnerns an revolutionäre Taten über den Rücken gelaufen ist. Tatsache ist: Inzwischen sind an allen Hochschulen unseres Landes Hochschulräte tätig, durchweg besetzt mit renommierten Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Wirtschaft. Sie leisten im Hinblick auf die Neuausrichtung und Profilbildung unserer Universitäten, Fachhochschulen und Akademien durchweg gute Arbeit. Entgegen allen Befürchtungen ist bisher kein einziger Fall unbotmäßiger Einflussnahme auf Leitentscheidungen von Hochschulgremien zu beklagen. Das Gegenteil ist der Fall. Eines der Hauptanliegen der Hochschulreform war und ist das intensive Bemühen der einzelnen Hochschule um ihre wissenschaftliche Struktur und Zukunftsfähigkeit. Gerade hier leisten die Hochschulräte hervorragende Beratungsarbeit.

Die Überprüfung des eigenen Standortes, des jeweiligen Fächerspektrums, des Ausbildungsangebotes und des jeweiligen Wissenschaftspotenzials kann mit Recht als das erfolgreiche Herzstück des akademischen Reformprozesses gelten. Alle Hochschulen, an ihrer Spitze sicherlich die Technische Universität München, sind dabei bereit, wissenschaftsorganisatorisches Neuland zu betreten. Besonders erfreulich ist die Beobachtung, dass hierbei nicht Reformismus, l'art pour l'art, das Handeln bestimmt, sondern zielorientiertes Überlegen.

Für manch kundigen Betrachter vielleicht unerwartet, haben sich die historischen und die kulturwissenschaftlichen Institute der Münchner LMU als eine der ersten Disziplinen landesweit fakultätsübergreifend in einem neuen „Historischen Department“ mit gemeinsamer Personalverantwortung sowie Bibliotheks- und Ressourcenbewirtschaftung zusammengeschlossen. Zunächst gab es Bedenken und Befürchtungen bei allen Beteiligten. So stellte der akademische Mittelbau die berechtigte Frage nach weiterer Mitsprache. Initialzündung für den letztlich positiven Prozess war die Errichtung des neuen Historikerzentrums an der LMU, ein bundesweit einmaliger Ansatz zur Stärkung der Geisteswissenschaften. Eingebbracht hat dieses Projekt dem Rektor der Ludwig-Maximilians-Universität, Herrn Prof. Dr. Heldrich, allerdings auch einen Preis für die Verhuzung der deutschen Sprache wegen des Anglizismus „Department“. Auch das ist eine besondere Frucht der Hochschulreform.

Vieles mehr ist an unseren Hochschulen in Gang gekommen. Von der Politik angestoßen, läuft ein tiefgreifender Prozess der inhaltlichen Reflexion. Eindrucksvoller Beleg für diese Bemühungen: Mehr als 100 Professorenstellen wurden in den vergangenen Jahren neu ausgerichtet. Die mittlerweile vorliegenden Entwicklungspläne aller bayerischen Hochschulen liefern die Matrix für eine landesweite Planung, der regionale Angebotsvielfalt ebenso wichtig ist wie die Konzentration auf Spitzenleistungen im internationalen Vergleich. Verzahnung akademischer Selbstverantwortung und neuer Anreizsysteme durch die im Hochschulgesetz verankerte belastungs- und leistungsbezogene Mittelvergabe begründet die notwendige Stetigkeit von Reform und Leistungswillen an unseren Hochschulen, und zwar insbesondere in der

akademischen Lehre. Hier stehen wir aber erst am Anfang. Heute werden zirka 30% der Mittel, die den Hochschulen für Forschung und Lehre zur Verfügung stehen, nach objektiven Erfolgs- und Leistungskriterien vergeben. Unser politisches Ziel ist es – das möchte ich betonen –, diesen Anteil stark zu steigern. Dass dieser Weg von Erfolg gekrönt ist, zeigen, wie schon von Herrn Staatsminister Zehetmair erwähnt, die Zahl der Sonderforschungsbereiche, der Graduiertenkollegs und Forschungsverbände an bayerischen Universitäten. Bayern liegt diesbezüglich im Bundesvergleich an der Spitze.

Das Wissen um die regionalen Unterschiede und den jeweils unterschiedlichen Nachholbedarf in den verschiedenen Teilen unseres Landes ist für uns Anlass zu kraftvollem Handeln, zu hohen Investitionen in den Rohstoff Geist. Anders verhält sich die SPD: Sie zieht aus der dargestellten Situation eine andere Konsequenz. Sie redet die eigene Heimat schlecht, wie es sich etwa Oberfranken regelmäßig von den Kollegen Biedefeld und Hoderlein gefallen lassen muss.

(Zurufe von der SPD)

Die landesplanerisch, regional- und strukturpolitisch weitsichtige Welle an Fachhochschulgründungen ist mit der Vernetzung der Einrichtungen in Neu-Ulm und in Aschaffenburg in diesen Jahr zu einem überzeugenden Abschluss gekommen. Was an Reform und Ausbau der bayerischen Hochschulen und ihres normativen Rahmens mit großem Erfolg auf den Weg gebracht wurde, bedarf der inhaltlichen und materiellen Akzentuierung und Ergänzung. Hier liegen aus unserer Sicht die Aufgaben der Hochschulpolitik der kommenden Jahre. Dass es, wie schon angesprochen, gelungen ist, aus Sonder- und Überlastprogrammen des Landes und des Bundes mehr als 800 Stellen in den Stammhaushalt zu überführen, ist das Ergebnis eines besonders zukunfts-trächtigen politischen und finanziellen Kraftakts.

Zwei Schwerpunkte unserer Arbeit in der näheren Zukunft möchte ich ansprechen. Das ist zum einen die Verbesserung der Situation der Lehre vor allen in den so genannten Massenfächern. Zum anderen ist das Fithalten des bayerischen Bibliothekswesens angesichts der neuen technischen Herausforderungen und der neuen Medien zu erwähnen. Der Unialltag vieler Studierenden, insbesondere derer in Studienfächern mit hoher Teilnehmerzahl, lässt sich durch qualifizierte Betreuungsangebote verbessern. Das belegen Beispiele aus allen Fachbereichen und Hochschularten. Ganz konkret: Ein Studierender braucht zu Beginn des Studiums, zu Beginn der Orientierungsphase im Hauptstudium und zur Prüfungsvorbereitung jeweils Orientierung und Hilfe. Erfreuliches Ergebnis: Der Studienerfolg des einzelnen Studierenden ist nachweislich, in Noten messbar, deutlich höher, wenn ein dem Verlauf des jeweiligen Studiums angepasstes Tutorienangebot zur Verfügung steht, als wenn dies nicht der Fall ist.

Unser Ziel es deshalb, für alle Studierenden in so genannten Massenfächern ein Angebot von zwei Tutorienstunden pro Semester sicherzustellen. Mit der deutlichen Aufstockung des Mittelansatzes für Tutorien um 3 Millionen auf fast 5,5 Millionen DM im kommenden

Haushalt wird ein bundesweit einmaliges Zeichen gesetzt. Mit diesen Mitteln wird mehr als die Verdoppelung des bisherigen Betreuungsangebots erreicht werden können.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Mit der gleichzeitig deutlichen Ausweitung der Bibliotheksöffnungszeiten an allen bayerischen Hochschulstandorten und der Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Studiendekane bringt die bayerischen Hochschulpolitik einen bundesweit einmaligen Masterplan zur Verbesserung der Studiensituation für jeden einzelnen Studierenden auf den Weg. Wo Leistung verlangt wird, müssen die Bedingungen stimmen. Wir schaffen die besten Bedingungen, wie die Zahl der Bewerber aus anderen Bundesländern eindrucksvoll beweist. Herr Kollege Dr. Dürr hat zu Recht darauf hingewiesen, dass wir hinsichtlich der Werbung und der Vermarktung unseres Hochschulangebotes auf internationaler Ebene weiterhin deutliche Anstrengungen unternehmen müssen. Unsere bisherigen großen Anstrengungen wären nicht erreichbar gewesen ohne das Verständnis der Kollegen aus dem Haushaltsausschuss und insbesondere des Vorsitzenden jenes Gremiums, Herrn Manfred Ach, dem ich an dieser Stelle namens der Hochschulpolitiker dieses Hauses ein großes Dankeschön sagen muss.

(Beifall bei der CSU)

In direktem Zusammenhang mit den Bemühungen um die Verbesserung der Situation an unseren Hochschulen steht die zweite Aufgabe, die ich hier kurz ansprechen möchte; erfreulicherweise hat sich Frau Kollegin Dr. Baumann bereits dazu geäußert. Die Bibliotheken sind die Zentraleinheiten für wissenschaftliche Forschung und Lehre in unserem Land. Bayerns Bibliotheken und ihre Anstrengungen, auf Bundesebene wie international an der Spitze des Literatur- und Medienbetriebs zu stehen, genießen großes nationales und internationales Ansehen.

Um diese Position halten und ausbauen zu können, sind weitere organisatorische, konzeptionelle und technische Quantensprünge erforderlich. Elektronische Vernetzung, Erschließung von Katalog- und Volltextbeständen – Stichwort: virtuelle Bibliothek –, netzgestützte Bestellung und Recherche und nicht zuletzt der immer wichtiger werdende Zugriff auf elektronische Fachliteratur und Fachzeitschriften seien hier nur als Beispiele genannt. Die rasanten – um nicht zu sagen: rasenden – Steigerungen bei den Zeitschriftenpreisen, wovon insbesondere die englischsprachigen Titel betroffen sind, und die Dollarfakturierung machen starke materielle Bemühungen erforderlich. Mit einer Aufstockung der Bibliotheksmittel im neuen Haushalt und weiteren 2 Millionen DM für zusätzliche Studienliteratur setzen wir hier erste Akzente, denen weitere folgen müssen.

Die Zukunft der Universitäten und Hochschulen liegt – von dieser politischen Zielprojektion gehen wir weiter aus – im Ausbau von Eigenverantwortung und Selbstständigkeit. Dies gilt für jede einzelne Hochschule. Das Nötige zur Haushaltsflexibilisierung und Innovationsfähigkeit in den Strukturen wurde bereits angesprochen.

Dies gilt im mindestens gleichen Maße für die Situation der Studierenden von morgen. Nicht stärkere Verschulung, sondern im Gegenteil ein Mehr an Eigenverantwortung für das eigene Studium wird unsere Hochschulen prägen. Credit-point-System, Universitätswechsel, Weiterentwicklung vom klassischen Studiengang zu abschlussorientierten Studieneinheiten – Stichwort: Module –, fließender Übergang vom Studium zum Job, der immer öfter zum Beruf wird, lebenslange Rückkehr an die Hochschule und der weite Bereich der Weiterbildung – diese Stichworte skizzieren die Hochschule von morgen und geben der Hochschulpolitik trotz oder gerade wegen zunehmender Autonomie und Eigenverantwortung neue und zusätzliche Aufgaben auf.

Datengestützte virtuelle Angebote werden dabei neben dem grundständigen Studium an einer Hochschule immer zentralere Bedeutung erlangen. Bayern ist mit seiner Virtuellen Hochschule in Organisation, akademischem Niveau und Angebots-Performance bundesweit führend und braucht auch den Vergleich mit amerikanischen Angeboten nicht zu scheuen.

Zwei Aspekte, die sich eher nebenbei während der Errichtung der Virtuellen Hochschule ergaben, erscheinen mir bemerkenswert. Zum einen geht es um die Tatsache der Zusammenarbeit aller bayerischen Hochschulen, und zwar der Universitäten ebenso wie der Fachhochschulen, bei Konzeption und Inhalten. Hierin liegt eine bei aller Unterschiedlichkeit der Ausrichtung unserer Hochschulen wichtige Chance für den Wissens-Campus Bayern. Es geht um die Kooperation in der Vielfalt. Die selbstverständliche Evaluation aller ins Netz gehenden Lehrinhalte ist ein zweites und landesweit zum ersten Mal angewandtes Modell der Hochschulpolitik. Auch hier handelt es sich um ein Modell mit Zukunft.

Wissenschaftspolitik und Hochschulpolitik sind Schlüsseldisziplinen für die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit, des High-Tech- und High-Think-Standortes Bayern. Gleichzeitig stärkt die bundesweit einmalige akademische Landschaft in unserem Land die geistig-intellektuelle Schlagkraft und die besondere Kraft von Gesellschaft und Kultur in Bayern.

Kein anderes Land in Deutschland weist ein solches Ineinandergreifen von historischem Bewusstsein und kultureller Identität auf. Gerade in den vergangenen beiden Jahren wurde dem Freistaat deshalb in ganz besonderer Weise die Wahrnehmung der Wächterfunktion für die Entwicklung des Föderalismus in Deutschland abverlangt. Die Auseinandersetzung um die Frage der Kulturhoheit der Länder, die der inzwischen auf die Zuschauertribüne gewechselte erste deutsche Staatsminister für Kultur, Herr Naumann, und der bayerische Wissenschaftsminister Zehetmair ausgetragen haben, ist dabei weit mehr als nur der Streit um die Pickelhaube oder die Verfassungsfolklore.

Gute Politik arbeitet mit Gesten. Schröders Geste machte die Kultur zum Gegenstand zentralstaatlicher Politik. Dieser Geste folgten mannigfaltige, eher schattenspielfhafte Versuche Naumanns, das, was Deutschland eigen ist und eigen macht, die kulturelle Vielfalt und Stärke in den Ländern, klein und niedrig zu machen. Hier

mussten und müssen Bayern und seine verantwortlichen Kulturpolitiker handeln. Nur die Bewahrung des equilibre und der Äquidistanz – des Gleichgewichts und des gleichen Abstands in dem, was Sinn macht – in Kunst und Kultur zwischen dem Bund und den Ländern sichert die Zukunft des Erfolgsmodells „Föderalismus“ in unserem Land. Hierin liegt eine fundamentale Aufgabe der Kultur in der Landespolitik. Hier gilt es zu streiten um eine Republik der eigenen Identitäten und Kulturen. Genau das hat etwas mit Leitkultur zu tun.

Lieber Sepp, es geht um die Einheit in der Vielfalt und nicht um die Gemeinheit in der Einfalt. Ein besonders ärgerliches Ereignis nach den Kürzungsversuchen in Bayreuth und Bamberg ist der plump-dreiste Anschlag Berlins auf das Südost-Institut in München und der Versuch, es nach Gutsherrenart zu zerschlagen. Man holt sich das, was einem passt, und ignoriert dabei völlig, dass die Leistungsfähigkeit der von München nach Berlin zu holenden Teile des Südost-Instituts dabei vor die Hunde geht. Das ist das Junkertum des ehemaligen APO-Kämpfers Joschka Fischer. Es ist nichts anderes als blanker Zynismus im Umgang mit dem Kulturföderalismus.

Kulturpolitik ist immer auch Standortpolitik. Kulturpolitik als so genannter weicher Standortfaktor hat harte Konsequenzen. Als Stichwörter nenne ich den Tourismus das Fachhandwerk und künstlerische Berufe. Deshalb verstärken wir unsere Anstrengungen im Bereich der Denkmalpflege erneut. Die Denkmalpflege selbst unterzieht sich auf Beschluss der Staatsregierung einer inneren Revision bezüglich der Ausrichtung ihrer Politik. Wir halten die Mittel für die Baudenkmalpflege, die leider lange Zeit reduziert wurden, wieder stabil. Unsere Haushälter haben das Signal gegeben, dass die Mittel hierfür in den kommenden Jahren deutlich erhöht werden. Jede Mark an öffentlichen Mitteln löst im Bereich der Baudenkmalpflege Investitionen von 8 DM bis 9 DM aus anderen Quellen aus. Das wollen wir als konkrete Standort- und Kulturpolitik in den Dörfern und Städten unseres Landes bewahren und stärken.

Die für sich sprechenden Leistungen Bayerns auf dem Gebiet der klassischen Kulturpflege sind schon angesprochen worden. Allein heuer konnten wir zwei neue Museen in Nürnberg und Schweinfurt eröffnen, während andernorts Museen geschlossen wurden. Allein die beiden großen Museumsprojekte in München und Nürnberg erfordern eine Kraftanstrengung von über 300 Millionen DM. Über Pleiten und Schwierigkeiten muss offen geredet werden. Ein weiterer Glanzpunkt ist dem bayerischen Kulturminister Hans Zehetmair gelungen, indem er die Sammlung Brandhorst nach München geholt hat.

Über die Äußerungen des Kollegen Hufe zur Kultur- und Kunstpolitik des Freistaates Bayern, die er als Politik der großen hohlen Gesten bezeichnet hat, war ich enttäuscht. Kein anderes Land weist solche kulturpolitischen Leitprojekte auf. Dass mit solchen Projekten eine Signalfunktion für die Kulturpolitik und eine Leitfunktion für die Standortpolitik einhergeht, ist international unbestritten. Das, was Sie vorbringen, ist provinzielles Gemäkel, nichts anderes.

Der Freistaat Bayern liegt auch mit seinen Leistungen für die staatlichen und nichtstaatlichen Theater bundesweit mit an der Spitze. In Bayern musste in den vergangenen Jahren kein einziges Theater schließen. Bayern ist neben Baden-Württemberg das einzige Bundesland, in dem das der Fall ist. Das besondere Niveau der Staatstheater und der damit verbundenen Ausgaben, die immer wieder zu Diskussionen in allen Fraktionen führen, können sich im internationalen Vergleich sehen lassen. Die Situation der nichtstaatlichen kommunalen Theater ist uns allen bekannt. Die Situation ist nach dem Beschluss des Kabinetts von vorvergangener Woche Gegenstand der Überprüfung sowohl der Staatsregierung als auch des Parlaments. Die gemeinsame Absicht der großen Fraktionen in unserem Ausschuss, noch im Laufe des Winters zu einem Fachgespräch und einer Anhörung zu kommen, ist hierfür ein deutliches Zeichen.

Eine große Leistung ist auch die erneute deutliche Erhöhung des Zuschusses für die nichtstaatlichen Orchester, der mit weit über 1 Million DM zusätzlich in den Haushalt eingestellt werden konnte.

Wissenschaftspolitik und Kulturpolitik nehmen Herausforderungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur an. Sie finden konkrete Antworten auf den Strukturwandel in unserem Land. Vor allem aber leisten sie Leit- und Orientierungshilfe für die großen gesellschaftlichen, kulturellen und sozialen Umbrüche in unserer Gesellschaft auf der Schwelle zum dritten Jahrtausend. Bayerns Weg von Tradition und Fortschritt, Verpflichtung dem Bewährten gegenüber und mutigem Anpacken von modernen Entwicklungen und ihren Gefahren bildet auch weiterhin die Grundlage für eine erfolgreiche Entwicklung unseres Landes.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Nächster Redner ist Herr Kollege Hufe. Bitte schön.

Hufe (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! An sich hatte ich nicht vor, mich zu Wort zu melden. Ich möchte die Rede des Herrn Kollegen Dr. Spaenle nicht aufwerten, aber es gibt doch einige Dinge, die so nicht hingenommen werden können.

Für uns Sozialdemokraten ist es der richtige Weg, unsere Einsatz für die Kulturpolitik im Freistaat Bayern an den Menschen zu orientieren, die in Kunst und Kultur beschäftigt sind. Das Bruttoeinkommen bei einem Normalvertrag in den künstlerisch darstellenden Berufen liegt bei 2500 DM. Es ist unsere Aufgabe, auch im Freistaat Bayern dafür zu sorgen, dass die Lebenssituation der Künstlerinnen und Künstler besser wird. In dieser Frage werden wir wohl alle übereinstimmen.

(Freiherr von Rotenhan (CSU): Den Bauern geht es auch nicht besser!)

Wir haben seit Jahren versucht, die Situation der nichtstaatlichen Theater zu verbessern. Wir sind aber mit einem Antrag, mit dem wir die Zuschüsse für die nichtstaatlichen und die staatlichen Theater bei 1 : 1 belassen

wollten, im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst an Stimmgleichheit gescheitert. An Stimmgleichheit ist dieser Antrag gescheitert! Mittlerweile geht die Schere immer weiter auseinander. Inzwischen ist es so, dass mehr als zwei Mark in die staatlichen Theater fließen, während die nichtstaatlichen Theater nur eine DM bekommen. Selbstverständlich hat das auch Auswirkungen auf das Theater in Würzburg, wenn die staatliche Zuschusspolitik über Jahre die staatlichen Theater einseitig bevorzugt hat. Man kann sich immer wieder vorstellen, Herr Kultusminister, und sagen: Wir wollen Champions-League spielen. Das ist sicher richtig; doch wir dürfen die Landesliga nicht vernachlässigen. Man muss darauf hinweisen, dass die Schere immer weiter auseinander klafft, und das haben wir seit Jahren getan.

Ich glaube, in der Hochschulpolitik wurde nicht alles angesprochen, was hier angesprochen gehört hätte. Wir fordern beispielsweise seit 1985 das Abrundungskonzept für die technische Fakultät in Erlangen. Seit 1985 fordern wir dies, und damals haben die Professoren geschrieben, dass sich vor allem in den Bereichen Kommunikation und Informatik eine Lücke abzeichnet, die geschlossen werden muss. Seit 1985 steht das also schon schwarz auf weiß. Herr Kollege Herrmann, Sie werden bestätigen: Es fehlen noch immer sechs Lehrstühle.

(Herrmann (CSU): Das ist nicht die Ursache des Mangels an Studenten!)

– Auch das ist eine Ursache. Wir haben an der Fachhochschule in Nürnberg zwei Drittel der Studenten abgelehnt. Wir haben sie wieder nach Hause geschickt, weil wir nicht über genügend Kapazitäten verfügen.

(Herrmann (CSU): An der Fachhochschule!)

– Das gehört aber zur Hochschulpolitik dazu, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit Jahren haben wir an der Fachhochschule das Problem, dass die Abteilung für technische Chemie nicht gebaut werden kann. Ewig sucht man im Ministerium nach neuen Ausflüchten, weshalb man die Probleme nicht bereinigen kann. Darüber habe ich heute aber kein Wort gehört.

Sie haben Herrn Kollegen Naumann aus Berlin angesprochen. Seine Äußerungen zum Föderalismus lehne ich ab, ich kann sie nicht teilen, und ich halte sie, was die Kulturhoheit der Länder betrifft, auch für nicht in Ordnung. Ich hätte mir aber auch gewünscht, dass man sagt, dass Bayern in der Kulturpolitik mit Abstand das meiste Geld aus Berlin bekommt.

(Staatsminister Zehetmair (Wissenschaftsministerium): Was?)

– Wir bekommen neben Berlin die meisten Bundeszuschüsse. Wir bekommen beispielsweise ein Drittel mehr als Nordrhein-Westfalen. Nordrhein-Westfalen hat 18 Millionen Einwohner, wir haben 12 Millionen. Die Zuschüsse für Nordrhein-Westfalen wurden um 7% gekürzt, die für Bayern um 1,5%. Es wurde ein riesiges Geschrei gemacht über die 70000 DM für Bayreuth. Auch ich habe das für ungeschickt gehalten; das ist nicht

in Ordnung. Der Freistaat bekommt aber über eine Million DM mehr für das Museum in Nürnberg auf dem Reichsparteitagsgelände. Ich hätte mir auch in diesem Punkt Klarheit und Wahrheit gewünscht und dass man das hier anspricht. Es ist aber einfacher, sich jemanden zu suchen, auf den man einprügeln kann, anstatt zu differenzieren. Das sind wir aber, zumindest von Teilen der CSU, gewohnt. Wir machen das nicht mit, deshalb habe ich mich noch einmal zu Wort gemeldet, um einiges klarzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wenn ich auf die Uhr schaue, dann hat der Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst nun das Wort für eine sehr kurze zusammenfassende Stellungnahme.

Staatsminister Zehetmair (Wissenschaftsministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! Ich bedanke mich für diese Aussprache. Der Kabarettist hat den Saal verlassen und erholt sich bereits. Ansonsten waren es ungemein interessante Beiträge, für die ich mich bei allen bedanken möchte. Ich gehe nur auf wenige Punkte ein, weil es zeitbedingt nicht anders geht.

Um am Ende zu beginnen, so bin ich der Auffassung, dass der Bund nicht nur einen Zuschuss für das Museum auf dem Nürnberger Reichsparteitagsgelände bezahlen müsste, sondern dass der Bund die Kosten voll und ganz bezahlen sollte, genau wie beim Holocaustdenkmal. Das ist eine Einrichtung, für die es überhaupt keine Begründung gibt, warum das Land hier bezahlen soll. Hier besteht eine Schiefelage. Die anderen Geschichten, Deutsches Museum, Bamberger Symphoniker, Germanisches Nationalmuseum, das kennen Sie alles. Die Aussagen von Herrn Naumann zu Bayreuth waren nicht klug, das haben Sie selbst gesagt. Deshalb will ich hierauf nicht näher eingehen.

Ich möchte noch zu Frau Kollegin Dr. Baumann und zu all denen etwas sagen, die auf die Frauenfrage eingegangen sind. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es hat keinen Wert, darum herumzureden, auch wenn das zum Geklarre zwischen den einzelnen Parteien gehört: Wir haben zu wenig Wissenschaftlerinnen in Forschung und Hochschule.

(Beifall bei der CSU und bei der SPD)

Es ist überhaupt keine Frage: Genauso, wie wir zu wenig Männer an den Grundschulen haben, finden wir zu wenig Wissenschaftlerinnen an den Hochschulen. Was Sie im Hinblick auf einen Pool gesagt haben, ist im Ansatz völlig richtig. Ich habe einen Pool im Einzelplan 15 28. Ich habe aber keine Rechtsgrundlage, um ihn nur mit Frauen zu besetzen, die kann ich auch nicht haben. Wenn aber die Gefahr einer Konkurrentenklage nicht besteht, dann werden Sie mir im Rahmen der Möglichkeiten nichts vorwerfen können. Ich habe mich immer bemüht, diesem Anliegen Rechnung zu tragen. Die Mittel, die durch das Auslaufen des Haushaltsplans 3 nicht mehr verfügbar sind, das sind immerhin 8,5 Millionen,

stehen in den Einzelplänen 15 21 und 15 22 zur Verfügung, und dafür bin ich dem Hohen Haus sehr dankbar.

Offen gesagt: Das Geld allein ist es nicht. Es muss da und dort auch am Klima und an der Atmosphäre gearbeitet werden. Es ist Fakt, dass ich den besten Diplomingenieurinnen Preise verleihe, trotzdem sind in der Elektrotechnik nicht einmal sieben Prozent Studentinnen. Das ist bedrückend.

Ich möchte noch einen weiteren Punkt ansprechen: die Internationalisierung. Die GRÜNEN haben im Haushaltsausschuss Ansätze eingebracht, die mir bei meiner Arbeit durchaus gut getan hätten. Ich muss aber auch sagen, dass Bayern als einziges Land einen Fonds „Hochschule international“ geschaffen hat. Diesen Fonds haben wir von 20 Millionen DM auf 30 Millionen DM erhöht, und er wird auf 50 Millionen DM aufgestockt werden. Damit verzeichnen wir über erheblich bessere Ansätze, um künftig weiter zu kommen. Bund und Länder werden zusammen eine Marketingbörse einrichten, das haben wir in der Bund-Länder-Kommission vereinbart. Wir werden damit die Mittel bündeln, damit sich die Länder Deutschlands in Wissenschaft und Forschung international besser darstellen können.

Was die Werbung für die ausländischen Studierenden betrifft, so tut man den Studentenwerken Unrecht, wenn man nicht zugibt, dass sie mit dem „Servicepaket“ enorm aufgeholt haben. Die Behandlung der ausländischen Studierenden an der Ausländerstelle der Städte muss noch besser und freundlicher werden, auch für die ausländischen Wissenschaftler. Es ist aber in den letzten Jahren viel geschehen. Herr Kollege Dr. Dürr, folgende Bitte gebe ich Ihnen erneut mit: Es wäre ein wichtiger Schritt für die Werbung in der Internationalisierung, wenn mit dem Abbau des Goetheinstituts und der deutschen Schulen endlich aufgehört würde und wenn wir eine deutliche Gegenoffensive starten würden.

(Beifall bei der CSU)

Nun muss ich zum letzten Punkt kommen: die Literatur und die Versorgung mit Literatur. Das ist eine Herausforderung für die nächsten Jahre, vor allem im Hinblick auf die technischen Zugangsmöglichkeiten. Darauf haben verschiedene Redner, aber darauf habe auch ich selbst in meiner Darstellung hingewiesen. Hier müssen wir den enormen Nachholbedarf aufholen, der sich allein durch die Dollarwährung ergeben hat, wie Frau Kollegin Dr. Baumann bereits sagte. Hinzu kommt, dass der Säureverfall bei den Büchern ein dramatisches Ausmaß angenommen hat, das in die zigmillionen reicht.

Alles in allem geht es um leistungsbezogene Mittelzuweisung, das hat Herr Kollege Dr. Spaenle sehr eindringlich dargelegt. Die CSU-Fraktion hat drei Millionen DM zusätzlich für Tutorien beantragt. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Weiterbildung und der Kulturföderalismus. Ich hoffe, dass diese Themen auch weiterhin Anlass bieten, nicht vor leeren Bänken zu diskutieren. Meine Damen und Herren, Kulturpolitik ist das Kernstück der Eigenstaatlichkeit der Länder.

(Beifall bei der CSU)

Dieser Haushalt hat eine große Bedeutung für den Stellenwert Bayerns. Ich bitte Sie um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplanes 2001/2002, Einzelplan 15, sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 14/5003 zugrunde.

Der Einzelplan 15 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 14/5003 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 15 entsprechend der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die Fraktion der CSU. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen sehe ich keine. Damit ist der Einzelplan 15 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäss § 132 Absatz 5 der Geschäftsordnung gelten zugleich die schon vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge als abgelehnt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(siehe Anlage 2)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das ist das gesamte Hohe Haus. Damit ist es so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 14/5003 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf Drucksachen 14/4769 bis 14/4773 ihre Erledigung gefunden haben. Das Hohe Haus nimmt hiervon zustimmend Kenntnis. Die Beratung des Einzelplans 15 ist damit abgeschlossen.

Ich gebe jetzt das Abstimmungsergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend höhere Entfernungspauschale auf Drucksache 14/5316 bekannt. Mit Ja haben 65 Abgeord-

nete gestimmt, mit Nein 98. Stimmenthaltungen gab es vier. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Ich schließe die Sitzung und wünsche einen angenehmen Abend.

(Schluss 18.13 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abg. Maget, Strasser, Dr. Kaiser u. a. u. Frakt. (SPD);
Höhere Entfernungspauschale (Drucksache 14/5316)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ach Manfred		X	
Appelt Dieter			
Dr. Baumann Dorle	X		
Beck Adolf		X	
Dr. Beckstein Günther			
Berg Irlind	X		
Dr. Bernhard Otmar			
Biedefeld Susann	X		
Blöchl Josef			X
Bocklet Reinhold			
Böhm Johann		X	
Boutter Rainer	X		
Brandl Max			
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brosch Franz		X	
Brunner Helmut		X	
Christ Manfred		X	
Deml Marianne		X	
Dingreiter Adolf		X	
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Josef	X		
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Egleder Udo	X		
Eppeneder Josef		X	
Ettengruber Herbert			
Dr. Eykmann Walter		X	
Prof. Dr. Faltlhauser Kurt		X	
Dr. Fickler Ingrid		X	
Fischer Herbert		X	
Franzke Dietmar	X		
Freller Karl			
Gabsteiger Günter		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gartzke Wolfgang	X		
Dr. Gauweiler Peter			
Geiger Hermann	X		
Glück Alois		X	
Göppel Josef			X
Görlitz Erika		X	
Goertz Christine	X		
Dr. Götz Franz			
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Grabner Georg		X	
Dr. Gröber Klaus		X	
Guckert Helmut		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra			
Haedke Joachim		X	
Dr. Hahnzog Klaus	X		
Hartenstein Volker			X
Hartmann Gerhard	X		
Hausmann Heinz		X	
Hecht Inge	X		
Heckel Dieter		X	
Hecker Annemarie		X	
Heike Jürgen W.		X	
Heinrich Horst	X		
Herrmann Joachim		X	
Hirschmann Anne	X		
Hoderlein Wolfgang	X		
Hözl Manfred		X	
Hofmann Walter		X	
Hohlmeier Monika			
Huber Erwin		X	
Hufe Peter	X		
Irlinger Eberhard			
Jetz Stefan		X	
Dr. Jung Thomas	X		
Dr. Kaiser Heinz	X		
Kaul Henning		X	
Kellner Emma	X		
Dr. Kempfler Herbert		X	
Kiesel Robert		X	
Klinger Rudolf		X	
Knauer Christian		X	
Kobler Konrad		X	
Köhler Elisabeth	X		
Dr. Köhler Heinz			
König Alexander		X	
Kränzle Bernd		X	
Kreidl Jakob			
Kreuzer Thomas		X	
Dr. Kronawitter Hildegard	X		
Kuchenbaur Sebastian			
Kupka Engelbert		X	
Leeb Hermann		X	
Leichtle Wilhelm			
Lochner-Fischer Monica			
Lode Arnulf		X	
Loscher-Frühwald Friedrich			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lück Heidi	X		
Maget Franz	X		
Prof. Männle Ursula		X	
Matschl Christa		X	
Mehrlich Heinz	X		
Meißner Christian		X	
Memmel Hermann			
Dr. Merkl Gerhard		X	
Meyer Franz		X	
Miller Josef			
Mirbeth Herbert		X	
Möstl Fritz	X		
Dr. Müller Helmut		X	
Müller Herbert	X		
Müller Willi		X	
Münzel Petra			
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Narnhammer Bärbel	X		
Nentwig Armin	X		
Neumeier Johann		X	
Niedermeier Hermann			
Nöth Eduard		X	
Obermeier Thomas		X	
Odenbach Friedrich	X		
Paulig Ruth			
Peterke Rudolf		X	
Peters Gudrun	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Pienßel Franz		X	
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radermacher Karin	X		
Ranner Sepp		X	
Freiherr von Redwitz Eugen		X	
Regensburger Hermann			
Reisinger Alfred		X	
Riess Roswitha		X	
Ritter Ludwig		X	
Dr. Ritzer Helmut	X		
Freiherr von Rotenhan Sebastian		X	
Rotter Eberhard		X	
Rubenbauer Herbert		X	
Rudrof Heinrich		X	
Dr. Runge Martin			X
Sackmann Markus			
Sauter Alfred		X	
Schammann Johann	X		
Scharfenberg Maria	X		
Schieder Marianne	X		
Schieder Werner	X		
Schindler Franz	X		
Schläger Albrecht	X		
Schmid Albert			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schmid Berta		X	
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		X	
Schmidt Renate	X		
Schmidt-Sibeth Waltraud	X		
Schmitt Helga	X		
Schneider Siegfried		X	
Dr. Scholz Manfred			
Schopper Theresa	X		
Schreck Helmut		X	
Dr. Schuhmann Manfred	X		
Schultz Heiko	X		
Schweder Christl		X	
Schweiger Rita		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard			
Dr. Söder Markus		X	
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Spitzner Hans		X	
Sprinkart Adi	X		
Stahl Christine			
Stahl Georg		X	
Stamm Barbara			
Starzmann Gustav			
Steiger Christa	X		
Steinmaßl Hermann		X	
Stewens Christa		X	
Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard			
Dr. Stoiber Edmund			
Strasser Johannes	X		
Strehle Max		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thätter Blasius		X	
Traublinger Heinrich		X	
von Truchseß Ruth	X		
Unterländer Joachim		X	
Prof. Dr. Vocke Jürgen		X	
Vogel Wolfgang	X		
Vogel Anne	X		
Volkman Rainer	X		
Wahnschaffe Joachim	X		
Dr. Waschler Gerhard		X	
Dr. Weiß Manfred			
Weinhofer Peter			
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Dr. Wiesheu Otto			
Dr. Wilhelm Paul		X	
Winter Georg		X	
Wörner Ludwig	X		
Wolfrum Klaus	X		
Zehetmair Hans		X	
Zeitler Otto			
Zeller Alfons		X	
Zengerle Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	65	98	4

Zu Tagesordnungspunkt 2

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 15:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Kellner, Dr. Dürr und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Erhöhung der Zuschüsse an die Stiftung für wissenschaftliche Südosteuropa-Forschung (Südost-Intitut) in München (Kap. 15 03)
Drs. 14/4749
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Lochner-Fischer, Strasser, Hartmann u. a. SPD Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Förderung der IuK-Technik bei nichtstaatlichen Theatern (Kap. 15 05 TG73)
Drs. 14/4781
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Lochner-Fischer, Strasser, Dr. Baumann u. a. SPD Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Förderung nichtstaatlicher Orchester (Kap. 15 05 TG 75)
Drs. 14/4782
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Lochner-Fischer, Strasser, Dr. Baumann u. a. SPD Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Förderung und Pflege der Bildenden Kunst (Kap. 15 05 TG 77)
Drs. 14/4750
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Kellner, Dr. Dürr und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Erhöhung der Mittel zur Kinderbetreuung (Kap. 15 06)
Drs. 14/4750
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Kellner, Dr. Dürr und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Erhöhung der Mittel für das Sonderprogramm zur Förderung von Hochschulabsolventen aus osteuropäischen Staaten (Kap. 15 06)
Drs. 14/4751
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Kellner, Dr. Dürr und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Sonderprogramm Sommerhochschule „Mädchen machen Technik“ (Kap. 15 06)
Drs. 14/4752
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Kellner, Dr. Dürr und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Sonderprogramm Wettbewerbsgleichheit; Förderung der Gleichstellung (Kap. 15 06)
Drs. 14/4753
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Kellner, Dr. Dürr und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2001/2002;
hier: „Willkommen in Bayern“ – Welcome Service für ausländische Dozentinnen und Dozenten (Kap. 15 06)
Drs. 14/4755
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Kellner, Dr. Dürr und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2001/2002;
hier: „Willkommen in Bayern“ – Welcome Service für ausländische Studierende (Kap. 15 06)
Drs. 14/4756
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Kellner, Dr. Dürr und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Aufbau binationaler Hochschulzentren (Kap. 15 06)
Drs. 14/4757
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Kellner, Dr. Dürr und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Ausweitung der Zusammenarbeit mit ausländischen Hochschulen (Kap. 15 06 TG 75)
Drs. 14/4758

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Kellner, Dr. Dürr und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Erhöhung der Mittel für Wissenschaftskooperation und Kulturarbeit (Kap. 15 06 TG 80)
Drs. 14/4759
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Kellner, Dr. Dürr und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Präsentation der Hochschulen im Ausland (Kap. 15 06)
Drs. 14/4760
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Kellner, Münzel, Dr. Dürr und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Einführung einer neuen Titelgruppe „Forschungsförderprogramm: Entwicklung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zur Vermeidung von Tierversuchen an Bayerischen Hochschulen“ (Kap. 15 06, neue TG)
Drs. 14/4761
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Kellner, Dr. Dürr und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Erhöhung des Zuschusses an den Verein „Deutschkurse für Ausländer“ (Kap. 15 07 Tit. 685 02)
Drs. 14/4762
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Lochner-Fischer, Strasser, Dr. Baumann u. a. SPD Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Erstmalige Einrichtung und Ausstattung von Hochschulräumen (Kap. 15 28 TG 75)
Drs. 14/4784
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Lochner-Fischer, Strasser, Dr. Baumann u. a. SPD Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Vereinbarkeit von Studium und Kindern (Kap. 15 28)
Drs. 14/4785
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Kellner, Dr. Dürr und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Auslandsdienstreisen an Fachhochschulen (Kap. 15 49)
Drs. 14/4763
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Kellner, Dr. Dürr und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Größere Unterstützung ausländischer Studierender und des Auslandsstudiums bayerischer Fachhochschulstudenten (Kap. 15 49 Tit. 681 04)
Drs. 14/4764
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Lochner-Fischer, Strasser, Dr. Baumann u. a. SPD Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Erstmalige Einrichtung und Ausstattung von Fachhochschulen (Kap. 15 49 TG 75)
Drs. 14/4786
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Kellner, Dr. Dürr und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Bayerisches Programm für ausländische Dozentinnen und Dozenten an Fachhochschulen (Kap. 15 49)
Drs. 14/4765
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Lochner-Fischer, Strasser, Dr. Baumann u. a. SPD Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Bodendenkmalpflege ausbauen (Kap. 15 74 TG 74)
Drs. 14/4787
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Kellner, Dr. Dürr und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Einstellung des Fonds „Hochschule International“ in den Epl. 15 (Epl. 15)
Drs. 14/4766
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Kellner, Dr. Dürr und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Mittelverwendung des Fonds „Hochschule International“ (Epl. 15)
Drs. 14/4767
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Strasser, Pranghofer, Lochner-Fischer u. a. SPD Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Studiengang Mechatronik an der Fachhochschule Aschaffenburg (Kap. 15 32 Anlage S)
Drs. 14/4789